

Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?



1. [Wladimir Putin: Biographie und Ziele](#)
2. [Putins Kampf gegen Oligarchen und freie Medien](#)
3. [Rückkehr zur Diktatur und das "Primat" der Sicherheitspolitik unter Putin](#)
4. [Wirtschaftliche Vorstellungen von Präsident Putin sowie Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung unter Putin](#)
5. [Die Ziele des russischen Präsidenten in der Außen- und Sicherheitspolitik](#)
6. [Fazit: Wohin steuert Russland unter Wladimir Putin?](#)
7. [Verwendete Literatur](#)
8. [Fußnotenübersicht](#)

Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?

Frage: Warum glauben alle, dass gleich nach den Wahlen Sie sich radikal ändern werden. Haben Sie wirklich den Wunsch, alles und alle zu verändern ?

Putin: Das sage ich nicht!

("Kommersant", 10.03.2000) 🏰¹ ←↑→

1. Wladimir Putin: Biographie und Ziele 🏰²




Wladimir V. Putin 🏰³ wurde am 7. Oktober 1952 in Leningrad, dem heutigen St. Petersburg geboren. Sein Vater war ab 1932 bei einer U-Boot-Flotte stationiert, wurde im Krieg verletzt und arbeitete später unter anderem auf einer Kolchose. Die Mutter verhungerte während des Krieges beinahe, ein Bruder war kurz nach der Geburt gestorben, ein anderer kam im Zweiten Weltkrieg bei der Blockade Leningrads durch die deutsche Wehrmacht ums Leben. Putins Großvater war Koch – zunächst bei Lenin, später auch bei Stalin. Putin selber war ein Musterschüler und ein Musterstudent,




begeisterter Judosportler, Skiläufer und Schwimmer. 1975 legte er sein Examen an der Juristischen Fakultät der Staatlichen Leningrader Universität ab, ein Jahr zuvor hatte ihn der KGB angeworben. Er fiel bereits in dieser Zeit durch Strebsamkeit, Zuverlässigkeit und beachtliches Organisationstalent seinem späteren Förderer, Anatolij Sobtschak auf, der von 1990-1996 Oberbürgermeister in Leningrad war.


Putin, der schon als Oberschüler beim KGB arbeiten wollte, arbeitete bis 1990 in der für die deutschsprachigen Länder zuständigen Vierten Abteilung der Ersten Hauptabteilung im Auslandsnachrichtendienst des sowjetischen KGB. Hier wurde er Bewunderer von Jurij Andropow, dem langjährigen KGB-Chef (1967-1982) und späteren Staats- und Parteichef der Sowjetunion (1982-1984), dessen Gedenktafel er als eine seiner ersten Amtshandlungen als Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB in der Ljubljanka wieder anbringen ließ. Putin wurde als Spion in der DDR eingesetzt, getarnt als Tass-Korrespondent. Aus dieser Zeit rühren seine sehr guten Deutschkenntnisse. Außerdem spricht er gut Englisch. Im Laufe des Jahres 1990 kehrte Putin nach Leningrad zurück und wurde dort Assistent des für internationale Fragen zuständigen Prorektors der Staatlichen Leningrader Universität, wo er erneut mit dem Jura-Professor Anatolij Sobtschak in Kontakt kam. Der holte sich den intelligenten und mit einem fabelhaften Gedächtnis ausgestatteten Putin als Berater. Nach Sobtschaks Wahl zum Bürgermeister der Stadt erhielt Putin den Posten des Vorsitzenden des Komitees für auswärtige Beziehungen des Bürgermeisteramtes. In dieser Position reiste er viel – und kennt damit mehr von der Welt als alle seine Vorgänger im Kreml.


Von 1994 bis 1996 wurde er Erster Stellvertretender Bürgermeister und leitete seit 1995 den regionalen Ableger der Partei "Unser Haus Russland", der damaligen "Präsidentenpartei". Nach der Niederlage Sobtschaks bei den Bürgermeisterwahlen 1996 stieg Putin als Leiter der Hauptkontrollverwaltung zum Stellvertretenden Leiter der Präsidentschaftsadministration in Moskau auf und war in dieser Funktion mit den Beziehungen zu den Regionen betraut. Dort fiel er Präsident Jelzin auf, so dass Putin Ende Juli 1998 zum Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB und Ende März 1999 zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ernannt wurde. Am 9. August 1999 wurde Putin als Nachfolger von Sergej Stepaschin zum russischen Regierungschef ernannt und am 31.12.1999 nach dem Rücktritt Jelzins Interimspräsident Russlands.. Am 26. März 2000


wurde er mit 52,6% der Stimmen zum neuen Präsidenten des Landes gewählt. Das Amt des Regierungschefs gab er nach seiner Vereidigung als Präsident im Mai 2000 an Michail Kasjanow, den bisherigen Finanzminister ab.

Putin, so Markus Wehner, ist aus anderem Holz geschnitzt als der polternde Vorgänger Jelzin. Er ist ein rationaler Typ, ein Inspektor, bei dem nicht die Intuition, sondern logisches Denken das Handeln bestimmt. Er hatte sogar für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlich schlechte Startbedingungen. Von Natur aus nicht kräftig, lernte er Kampfsportarten, um sich im Hof gegen seine Spielkameraden zu behaupten. Auch der Berufswunsch des Schülers Wladimir Putin war Teil seiner Kompensationsstrategie  ⁴. Er träumte davon, ein Spion zu werden und Heldentaten für das Vaterland zu vollbringen. Er machte sich in den Empfangsraum des KGB in Leningrad auf, um zu erfahren, wie man Spion wird. Die Antwort: "Erstens, wir nehmen niemanden, der auf eigene Initiative zu uns kommt. Zweitens, du kannst überhaupt nur dann zu uns stoßen, wenn Du den Armeedienst geleistet oder ein Studium absolviert hast." Auf die Frage, welches Studium er mir empfehle, sagte er, Jura. Von Stund an bereitete ich mich auf dieses Studium an der Leningrader Universität vor und niemand konnte mich mehr stoppen" – so Putin in einem Interview.

Diese Episode beweist seine Zielstrebigkeit. Auffällig, so Markus Wehner, sei auch seine Fähigkeit, über lange Zeit konzentriert zu arbeiten. Trotz seiner Vorliebe für Kampfsportarten ist er eigentlich ein introvertierter Typ. Es fehlt ihm völlig die Fähigkeit, Gefühle auszudrücken, er habe die "Ausstrahlung eines Haifisches"  ⁵, wurde Putin bei seinem Amtsantritt als Regierungschef attestiert. Er gilt jedoch als guter Zuhörer und sieht sich – angesichts seiner Geheimdiensttätigkeit nicht verwunderlich – als "Spezialist im Umgang mit Menschen"  ⁶ an. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Jelzin ist Putin ein Mannschaftsspieler und kein Individualist. So schaffte er es in seinen Funktionen, ein Team zu bilden und hört auf ihm gegebene Ratschläge. Meinungsverschiedenheiten, so Markus Wehner, führten nicht dazu, dass er mit Leuten breche. Vielleicht ist es diese Eigenschaft, die Putin bisher veranlasst hat, bisher nur wenige Personalveränderungen vorzunehmen.  ⁷

Putin ist als Mannschaftsspieler beeinflussbar. Hat er sich jedoch einmal für einen Plan entschieden, so neigt er dazu, ihn mit aller Konsequenz zu verfolgen. Ereignisse und Informationen, die dabei stören, werden als Sabotage und Propaganda gewertet, selbst wo es notwendig wäre, den Plan zu ändern.  ⁸

Putin, der seit 1983 mit der fünf Jahre jüngeren Ljudmilla verheiratet ist, verehrt als historische Vorbilder nach eigenem Bekunden zwei Gestalten, die tief in der wechselvollen Geschichte Russlands wurzeln: Alexander Newskij, der im 13. Jahrhundert als Fürst von Nowgorod zunächst schwedische Eindringlinge und dann deutsche Ordensritter vernichtend geschlagen hatte, und Peter den Großen, der Russlands "Fenster zum Westen" öffnete. Außerdem erwähnt er als ausländische Politiker Napoleon Bonaparte, General de Gaulle und Ludwig Erhard, der für ihn ein sehr pragmatischer Mensch gewesen sei.  ⁹ Damit kommen wir zu den Intentionen und zum Weltbild des neuen Kremlchefs.

Zwei Tage vor Jelzins Rücktritt, am 29.12.1999, legte Putin sein politisches Programm vor.  ¹⁰ Es wurde von Mitarbeitern des von Putin ins Leben gerufenen "Zentrums für strategische Studien" unter Leitung des ihm eng verbundenen und von ihm zum Handels- und Wirtschaftsminister berufenen Russlanddeutschen German Gref entworfen. Der Artikel ist als wirtschaftspolitisches Dokument angelegt, doch sendet er letztlich eine ganz andere Botschaft aus: Russland war eine Großmacht und es muss wieder zu einer solchen werden. Entscheidende Voraussetzung dafür sei eine starke Volkswirtschaft; die politisch-militärische Stärke stelle sich dann von alleine ein. Putin rechnet in Zahlen schonungslos die ökonomische Schwäche des Landes vor und macht dafür die Ineffektivität des sowjetischen Wirtschaftssystems, seine Innovationsschwäche und Verbraucherferne verantwortlich. Er begreift die "gegenwärtige wirtschaftliche und soziale

Lage des Landes in vielem als Strafe für die Hinterlassenschaft des Wirtschaftssystems sowjetischen Typs."

Das Dokument übernimmt damit die Positionen der sogenannten russischen "Wirtschaftsliberalen" um Gref und steht in deutlichem Gegensatz zu der in Russland weitverbreiteten von Sowjetnostalgie geprägten Ansicht, wonach die heutige Misere Russlands vor allem das Werk verblendeter Reformer und westlicher Einflüsse gewesen sei. 🏞️¹¹ Putin betont in seiner Botschaft ausdrücklich, dass es zu dem Weg, den Russland in den letzten Jahren gegangen sei, keine Alternativen gegeben habe und gebe. "Jedes Land, darunter auch Russland, ist gezwungen, seinen Weg der Erneuerung zu suchen. Wir sind hierbei bislang nicht sehr erfolgreich vorangekommen...Wir werden auf eine würdige Zukunft nur hoffen können, wenn wir in der Lage sind, die vielseitigen Prinzipien der Marktwirtschaft und der Demokratie organisch mit der Wirklichkeit Russlands zu verbinden." Die russische Gesellschaft habe aber schon zu viele radikale Veränderungsschritte in den letzten Jahren erleiden müssen, so dass nun eine "evolutionäre, sukzessive und ausgewogene Vorgehensweise" notwendig sei, um Stabilität zu erreichen und um eine Vertiefung der Spaltung in der Gesellschaft zu verhindern. "Ich bin überzeugt, dass es nicht nur ein wirtschaftliches Problem ist, eine notwendige Wachstumsdynamik zu erreichen. Es ist ebenso ein politisches Problem, und, ich fürchte dieses Wort nicht, im übertragenen Sinne ein ideologisches Problem. Ein ideelles, geistiges und moralisches Problem." 🏞️¹²

Um wirtschaftlich voranzukommen, benötige man ein Wachstum von nicht weniger als 8% pro Jahr für ungefähr 15 Jahre. Um dieses extrem hohe – und angesichts der Erfahrung der osteuropäischen Länder in den letzten Jahren äußerst unrealistische – Wachstumsziel zu erreichen, hält Putin drei Faktoren für wichtig: eine russische Idee, einen starken Staat und eine effiziente Wirtschaft.

Die russische Gesellschaft findet sich laut Putin in einem Zustand der ideologischen, geistigen moralischen Spaltung wie nach dem Oktober 1917 und in den 90-er Jahren des 20. Jahrhunderts. Er fordert daher unter dem Stichwort "russische Idee" die Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses. Er lehnt dabei explizit die Wiederherstellung einer staatlichen, offiziellen Ideologie in Russland ab: "In einem demokratischen Russland soll es kein erzwungenes bürgerliches Einvernehmen geben. Jedwede gesellschaftliche Zustimmung kann hier nur freiwillig sein." Putin setzt auf traditionelle Werte wie den Patriotismus; die Größe eines Landes beruhe aber nicht so sehr in der militärischen Stärke, sondern vielmehr auch auf "Führungskompetenz bei der Schaffung und Anwendung fortschrittlicher Technologien, in der großen Sorge um das Wohlergehen des Volkes, in der Fähigkeit, zuverlässig dessen Sicherheit zu bewahren und nationale Interessen in der zwischenstaatlichen Arena zu verteidigen".

Daher fordert Putin in allen seinen Verlautbarungen einen "starken Staat". 🏞️¹³ "Bei uns haben der Staat, seine Institutionen und Strukturen im Leben des Landes immer eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt. Der starke Staat ist für Russen keine Anomalie,...sondern im Gegenteil...ein Garant der Ordnung. Die heutige russische Gesellschaft setzt einen starken und effektiven Staat nicht mit einem totalitären gleich. Wir haben gelernt, die Wohltaten der Demokratie, des Rechtsstaates und der persönlichen und politischen Freiheit zu schätzen." Der neue Mann im Kreml plädiert für einen "demokratischen, rechtsstaatlich verfassten und handlungsfähigen Föderalstaat."

Diese aus Artikel 1 der Verfassung Russlands entlehnte Formel füllt Putin jedoch mit Inhalt, der ganz vom Gedanken der Handlungsfähigkeit der Exekutivgewalt, und zwar primär des von ihm selbst dirigierten Regierungsapparates beherrscht wird: disziplinierte Beamenschaft, Kampf gegen Korruption, straffe Unterordnung der regionalen Exekutivorgane unter die Moskauer Vorgaben. Eine Verfassungsänderung sei nicht notwendig, Russland besitze eine "gute Verfassung". Wie ist dieser Widerspruch zu verstehen? Der Stern zitiert seinen Mentor, den verstorbenen früheren Bürgermeister von St. Petersburg, Sobtschak: "Er hat demokratische Ansichten über die Zukunft des

Landes, aber er versteht sehr gut, dass ein Land wie Russland eine strenge Hand braucht". 🏰¹⁴ So könnte es sein, dass für ihn die Begriffe "Demokratie" und "starker Staat", der ein autoritäres Weltbild verrät, keinen Widerspruch darstellen. 🏰¹⁵


Auffällig ist jedenfalls, dass in der Millenniumsrede Demokratiedefizit, Rechtsstaatsfeindlichkeit und Menschenrechtsnihilismus des Sowjetsystems nicht erwähnt werden. 🏰¹⁶ Dieses habe "unbezweifelbare Errungenschaften" gehabt, wenn auch es ein noch größerer Fehler sei, sich nicht des "großen Preises" bewusst zu sein, den "die Gesellschaft und das Volk im Verlauf des sozialen Experiments bezahlt haben."

Offensichtlich um Befürchtungen entgegen zu treten, mit der Orientierung auf einen "starken Staat" würde im Land wieder eine Diktatur einkehren, entgegnete Putin, nichts derartiges könne geschehen, weil "der Zug schon abgefahren ist". Die einzige Diktatur, die er akzeptiere, sei die "Diktatur des Gesetzes", weil der Staatsmechanismus sehr locker, zerrüttet, eben nicht straff genug sei. Im westlichen Ausland hat man diesen Begriff verschiedentlich als Bekenntnis zum Rechtsstaat aufgefasst, dies jedoch ist ein tiefgehendes Missverständnis, da Putin von Geist und Institutionen eines Rechtsstaates trotz seines oben erwähnten Jura-Studiums bestenfalls vage theoretische Vorstellungen besitzt. 🏰¹⁷ Diese rhetorische Floskel erfüllt eine bestimmte Symbol- und Signalfunktion im Wechsel von Jelzin zu Putin. Sie drückt die Entschlossenheit des Präsidenten aus, die von der föderalen Machtspitze getroffenen Regelungen auch gegen Widerstände aus Staat (Regionen) oder Gesellschaft (Privatwirtschaft) durchzusetzen und dabei notfalls vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückzuschrecken. Für Putin bedeutet das Widererstarke Russlands auch eine Stärkung der zentralstaatlichen Macht. Er versuchte, die "Machtvertikale" einer vom Zentrum bis in die Regionen und Dörfer klar definierten Befehlsstruktur wieder aufzubauen. Er wollte die Macht wieder in Moskau angesiedelt wissen und erreichen, dass die russische Gesetzgebung wieder bis ins hinterste Dorf Gültigkeit besitze.


In einer Mitte Mai 2000 verkündeten Verwaltungsreform entmachtete der Präsident die Gouverneure In seiner Millenniumsbotschaft hatte er gesagt: "Weltweit lässt sich eine Tendenz zur Stärkung der exekutiven Gewalt beobachten. Deshalb ist das Bestreben der Gesellschaft, zur Vermeidung von Willkür und Missbrauch die Kontrolle über sie zu stärken, bei weitem nicht zufällig." Sein Vorgänger Jelzin hatte am Beginn der 90-er Jahre die Regionen aufgerufen, sich so viele Kompetenzen wie möglich anzueignen. 🏰¹⁸ Doch in den Regionen fehlte es vielen an Erfahrungen mit demokratischen und föderalen Strukturen. Doch nicht nur die Außenhandelspolitik erfuhr eine starke Dezentralisierung, sondern auch die Staatsmacht. Manche "Provinzfürsten" begannen, nach Art von Feudalherren zu herrschen. Viele föderale Dekrete wurden schlicht ignoriert. Putin will diese Entwicklung umkehren und die Macht in Russland zentralisieren. In diesem Sinne ist die Formel der "Diktatur des Gesetzes" zu verstehen.

In einer Fernsehansprache im Mai 2000 behauptete Putin, ein Fünftel aller auf regionaler Ebene verabschiedeten Gesetzesbestimmungen stünden im Widerspruch zur Verfassung und teilte Russland in sieben föderale Bezirke ein, in denen je ein Präsidentenvertreter darüber wachen sollte, dass die Kreml-Dekrete und die föderalen Gesetze eingehalten würden. Auffällig war die Tatsache, dass die von ihm per Ukas eingerichteten neuen Bezirke praktisch deckungsgleich mit den Militärbezirken des Landes waren. Brisant waren auch die vom Präsidenten persönlich eingesetzten "Statthalter": Fünf der sieben kamen aus dem Sicherheitsapparat und trugen Generaltitel der Armee, der Polizei oder des FSB, alles Freunde und Bekannte des Präsidenten. Nach dieser Einteilung brachte Putin drei Gesetzentwürfe ins Parlament ein, die Russlands Medien als Kriegserklärung an die Gouverneure interpretierten. Sie sollten ihren Anspruch auf ihren Sitz im Föderationsrat, der zweiten Parlamentskammer, verlieren. Der Rat sollte künftig für vier Jahre gewählt werden und vollamtlich tagen. Der Präsident forderte außerdem für sich das Recht, die Gouverneure und Republikchefs absetzen zu dürfen, wenn sie wiederholt gegen russische Gesetze verstießen – bislang genossen sie Immunität vor Strafverfolgung. Allerdings sollten die Provinzgouverneure das Recht behalten, ihrerseits

die Administrationschefs der untergeordneten Ebenen (Gemeinden und Städte) absetzen zu dürfen.

Am 19. Juli 2000 machte die Duma den Weg für die umstrittene Verwaltungsreform frei und überstimmte das Veto des Föderationsrates, der allerdings am 26. Juli einem Kompromissvorschlag zustimmte. Künftig sollte sich der Rat nicht mehr aus Gouverneuren, Republikpräsidenten und Vorsitzenden der Regionalparlamente zusammensetzen, sondern aus entsandten Vertretern der Regionen. Letztere sollten die Gouverneure immerhin selber ernennen und abberufen dürfen. De facto bedeutete dies aber die Entmachtung des Föderationsrates. Als "Ersatzspielweise" (Eberhard Schneider ¹⁹) für die Präsidenten bzw. Gouverneure und die Vorsitzenden der Regionalparlamente wurde ein Staatsrat eingerichtet, der nur beratende Funktion hat und einmal im Vierteljahr tagt. Er wird von einem halbjährlich rotierenden Präsidium unter Vorsitz Putins geführt, das monatlich tagt. Mit zwei weiteren Gesetzen wurde der Präsident ermächtigt, in bestimmten Fällen Republikpräsidenten sowie Gouverneure abzusetzen und die Auflösung regionaler Parlamente zu veranlassen, sobald gerichtlich festgestellt worden sei, dass sie gegen die russische Verfassung verstoßen oder föderalen Gesetzen widersprochen hätten.

Fazit: Dem Präsidenten gelang es also in kurzer Zeit, gesetzliche Instrumente zu schaffen, kraft derer er das politische Gewicht der Regionen verringern und ihre rechtlichen und politischen Spielräume einengen konnte.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin konstatiert: ²⁰ "Die Präsidentschaft Putins [ist; B.N.] die bisher deutlichste Verkörperung des ‚russischen Weges‘. Dieser Weg verläuft sozusagen gleich weit entfernt vom kommunistischen Totalitarismus und vom westlichen Liberalismus. Insofern handelt es sich um einen der vielen "Dritten Wege"...Die zentrale politische Forderung des "russischen Weges" lautet: "Alle Macht dem Kreaml!" [Zitatende].


Das Ende des Kommunismus vor zehn Jahren hatte – so die Stiftung Wissenschaft und Politik – den schon zuvor sichtbaren Machtverfall des Moskauer Zentrums rasant beschleunigt und der Kreaml hatte im Grundsatz zwei Möglichkeiten, auf die Diffusion von Macht und Ressourcen an die Peripherie und in die Gesellschaft hinein zu reagieren. Er könne dies als die Chance zur Entstehung einer vom Staat unabhängigen Gesellschaft begreifen und versuchen, die chaotische Deregulierung in rechtstaatliche Bahnen zu lenken.

"Oder aber das Zentrum betrachtet den Verlust an Macht als Bedrohung für sich und den Staat und setzt alles daran, diese Entwicklung anzuhalten und umzukehren." Putin ginge den letzteren Weg und stehe somit ganz in der Tradition der überkommenden politischen Kultur, wonach Russland ohne ein starkes Zentrum nicht funktionsfähig sei. "Dies meint Putin, wenn er vom "starken Staat" spricht, der die "Diktatur des Gesetzes" ausüben müsse. "Wenn das Gesetz von der Diktatur durchgesetzt wird, steht die Diktatur also über dem Gesetz, denn sie entscheidet, was gesetzeskonform ist und was nicht. Gegenwärtig vollzieht sich in Russland ein Prozess, den man als "Sammeln der russischen Macht" bezeichnen kann. Wie im Mittelalter Moskau das "Sammeln des russischen Landes" zum obersten Staatszweck erklärte, ist die Putin-Führung daran gegangen, die in den zurückliegenden Jahren verlorenen Kompetenzen und Ressourcen wieder für den Kreaml zurückzugewinnen.



Die Medien – in erster Linie die elektronischen Medien – sollen wieder staatlicher Kontrolle unterworfen werden" (dies zeigt auch deutlich das Bemühen Putins, die staatlichen Fernsehsender unter seine Kontrolle zu bekommen und sein kriminell zu nennendes Vorgehen gegen den Sender NTV unter Gussinski und die Übernahme seines Senders durch den Erdgasmonopolisten Gasprom, so dass die derzeitige russische

Medienlandschaft fast nur noch putin-treue Sendeanstalten verzeichnet, vgl. Grafik der "Zeit" vom 26.04.2001, Anhang 1; B. N.).

Die Gouverneure und regionalen Eliten werden in ihrer Autonomie eingeschränkt. Das Ziel besteht darin, die Gouverneure zu einem Glied in der präsidentiellen Vertikale zu machen. Die Oligarchen werden aus dem Zentrum der Macht entfernt – jedenfalls jene Oligarchen, die sich nicht mit dem Reichtum begnügen, sondern Teilhabe an der Macht fordern. Die Duma ist zu einem gehorsamen Instrument der Präsidentialadministration geworden...Den Föderationsrat – die zweite Kammer des Parlamentes – hat Putin auch der Form nach vollständig entmachtet und zu einer Art Gesandtenkongress degradiert.

Die Bedeutung der politischen Parteien – die niemals die zentralen Akteure bei der Gestaltung von Politik gewesen sind – ist weiter rückläufig. Ein Spektrum politischer Parteien gibt es nicht. Jene Gruppen und politischen Bewegungen, die sich 1999 anschickten, einen Machtwechsel gegen Jelzin herbeizuführen – Otetschestwo – wsja Rossija (Vaterland – ganz Russland) vor allem, sind marginalisiert.  ²¹ " Putin hat im Mai 2001 ein Parteiengesetz unterzeichnet, welches zum Ziel hat, die Fusion politischer Parteien der Mitte zu erreichen und ein Zweikammerparlament zu schaffen – mit einer auf Putin eingeschworenen Präsidentenpartei und den oppositionellen Kommunisten. Zwar sind seine Bemühungen zur Zeit noch nicht erfolgreich, die Bewegung Vaterland-Ganz Russland und die Kreml-Partei Einheit zu fusionieren, dies dürfte aber in absehbarer Zeit gelingen, da insbesondere der Moskauer Oberbürgermeister Luschkow, einer der Gründer der Bewegung "Vaterland – ganz Russland", für seine Wiederwahl auf das Wohlwollen und Subventionen aus dem Kreml angewiesen ist.

Fazit der SWP: "So ist nach einem Jahr Putin festzustellen, dass die Politik "alle Macht dem Kreml" erhebliche Erfolge vorweisen kann. Eine organisierte politische Opposition, die dem Kreml-Chef im Zentrum oder in den Regionen als Alternative entgetreten könnte, gibt es nicht. Damit ist – jedenfalls an der Oberfläche – eine Konzentration der Macht in Russland erreicht, wie es sie seit Mitte der 80er Jahre, vor dem Beginn der Perestrojka, nicht gegeben hat."

Nochmals am Schluss dieses Kapitels ein Zitat von Otto Luchterhand:  ²² "Russlands Präsident hat ein durch und durch autoritäres Welt- und Staatsbild.  ²³ Den Untergang des Sowjetstaats hat er als schmachliches Versagen ihrer politischen Führung, ja fast wie Verrat und Fahnenflucht erlebt und nicht wirklich verarbeitet. Bleibend gültig ist für ihn das Prinzip der Machtstaatlichkeit Russlands als historische Achse der Kontinuität – vom Zarenreich über die Sowjetunion zur Russländischen Föderation. Deren in der freiheitlichen Tradition des Westens stehende normative Standortbestimmung markiert aus Putins Sicht nicht eigentlich Diskontinuität, sondern bedeutet nur ein dem Zeitgeist entlehntes Symbol für das Versprechen einer Modernisierung des Staates zur vollen Wiederherstellung seiner Weltgeltung und globalen Mitsprachefähigkeit....Präsidentialer Autoritarismus und Disziplin einerseits, Freisetzung von Dynamik in der Wirtschaft andererseits bilden die Koordinaten von Putins Programm."



⁽²⁴⁾ Zit. nach: Aus erster Hand: Gespräche mit Vladimir Putin, a.a.O., S. 222

Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?

"Ich nehme es mit jedem auf!"

Wladimir Putin 🇷🇺²⁴ ←↑→

2. Putins Kampf gegen Oligarchen und freie Medien



Wie aus dem oben Gesagten ersichtlich, gehört es zu Putins autoritärem Weltbild, dass er Einmischungen alternativer Institutionen und Interessengruppen in die Politik nicht duldet. Der oben beschriebene "russische Weg" ist deshalb gangbar, weil die Mehrheit der Bevölkerung und der Eliten Putin auf diesem Weg folgt und unterstützt. Die Popularität Putins war zum Zeitpunkt seiner Wahl im März 2000 sehr hoch und alle Umfragen belegen, dass sein Ansehen auch heute ungebrochen ist. 🇷🇺²⁵



Die autoritäre Präsidialherrschaft findet – so Simon – breite Unterstützung: Drei Viertel der Bevölkerung sind der Meinung, Russland brauche vor allem einen starken Führer. Die gleichen 75-80% sind bereit, demokratische Freiheiten für das Schaffen von Ordnung zu opfern (VCIOM). Diese Popularität gibt ihm die Legitimation, gegen die Oligarchen und die regierungskritischen Medien vorzugehen. Beides hängt unmittelbar zusammen, da nur sehr wenige Zeitungen und Fernsehsender in Russland wirklich unabhängig sind, sondern von den Oligarchen kontrolliert werden. 🇷🇺²⁶



EIN SIEGER IN ALLEN POSEMI Putin.

Als Oligarchen werden in Russland die reichsten Unternehmer bezeichnet, die sowohl über Finanz- als auch über Industriekapital verfügen, manchmal sogar über Medienkonzerne. Ihr Einfluss wuchs im Zuge der Präsidentschaftswahlen von 1996, in der sie die Wiederwahl des damaligen Amtsinhabers Jelzin durch eine beispiellose Medienkampagne ermöglichten. Ein wichtiges Vorhaben von Putin besteht darin, die Oligarchen aus der Politik herauszuhalten und sie nur in ihrem ureigenen Wirtschaftsbereich gewähren zu lassen. 🇷🇺²⁷ Zu diesem Zweck lud er 21 Unternehmer am 28. Juli 2000 in den Kreml. Nicht eingeladen wurden der unter Jelzin einflussreichste Oligarch, Boris Beresowski, der unter Putin entmachtete wurde und sich derzeit im Ausland aufhält sowie der mit diesem verbundene Präsident der Ölgesellschaft Sibneft, Abramowitsch. Bei dem Treffen fehlte auch Medien-Mogul Wladimir Gussinskij. 🇷🇺²⁸

Putin wandte sich bei diesem Treffen gegen die "Mitregentschaft" der Finanzoligarchen. Sie sollten Abstand von der Staatsmacht halten, hieß es, einen Beitrag zur Stärkung des Staates leisten und sich mehr um das öffentliche Wohl kümmern. Putin erklärte vor dem Treffen, dass er künftig sein Verhältnis zu den Oligarchen vom Maß der Unterstützung abhängig machen wolle, das er von ihnen für seine Politik erhalte. Auf dem Treffen, das sehr formal ablief und auf dem nur drei Oligarchen Rederecht erhielten, lehnte Putin eine Amnestie für die – meist über Korruption zustande gekommenen – Privatisierungen im vergangenen Jahrzehnt ab. Damit verwarf er einen Vorschlag des früheren Gouverneurs von Nowgorod, Boris Nemzow. Dieser hatte eine Amnestie der Unternehmer unter der Bedingung vorgeschlagen, dass diese in Zukunft nur noch seriöse Geschäfte machen sollten und ihr Geld im Inland investierten. Außerdem sollten sie Steuern zahlen und sich von politischen Entscheidungen und Entscheidungssträgern fernhalten.

Putin machte bei diesem und einem weiteren Treffen mit der Russischen Union der Industriellen und Unternehmer kurz nach Weihnachten 2000 deutlich, dass er die Existenz anderer Machtzentren, die sich in seine Verantwortlichkeiten einmischen wollten, nicht zulassen werde. 🇷🇺²⁹ Jedoch hindert der Kremlchef die Oligarchen nicht daran, sich in den Regionen zu Gouverneuren wählen zu lassen. Putin will sehen, ob sie die regionalen Probleme ohne finanzielle Zuwendungen aus Moskau lösen können. Bedingung ist allerdings, dass sie sich den Vertretern des Präsidenten unterordnen. Putin hat es geschafft, die Oligarchen aus dem politischen Raum herauszudrängen und in die

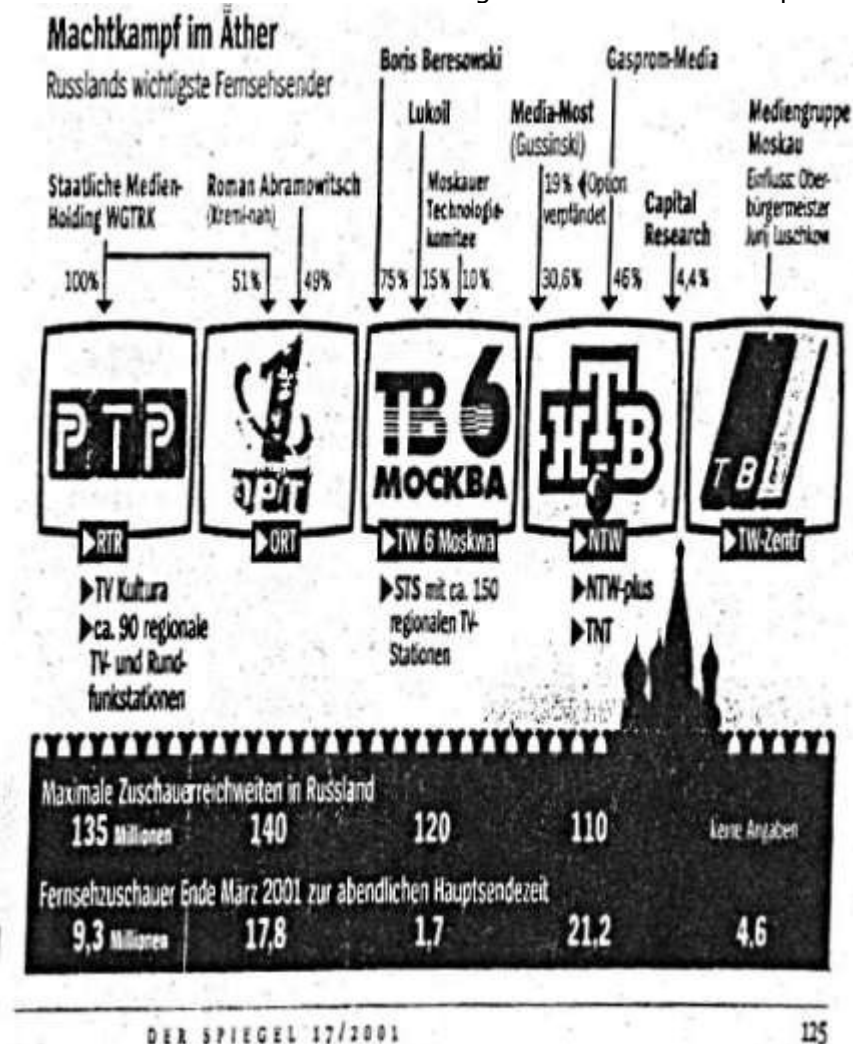
Regionen zu "verbannen", wo sie – wie oben erwähnt - in ihrem ureigenen Bereich der Wirtschaft tätig sein dürfen.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Oligarchen ist auch der Kampf gegen kritische Medien zu sehen. In Russland sind Meinungsfreiheit und Finanzprobleme ineinander

verschlungen. Viele Zeitungen, Fernsehanstalten und Radiostationen gehören seit den 90-er Jahren den Oligarchen. Das finanzielle Fundament der "Vierten Gewalt" in Russland war stets schwach. Darin lag die Stärke von Unternehmern und Politikern. Ihr Geld ermöglichte oder begrenzte die Meinungsfreiheit.

Jelzin – so impulsiv er war, ertrug jedoch die Kritik der Medien, während Putin diese Kritik mit allen Mitteln unterbinden will. Putins Pressesprecher warnte die Journalisten im Februar 2000: "Wenn die Nation ihre Kräfte für eine bestimmte Aufgabe [gemeint war der Tschetschenien-Krieg,

dem Putin in erster Linie seine Wahl zum Präsidenten im März 2000 verdankt; B. N.] mobilisiert, bringt die Verpflichtungen für jeden Einzelnen, auch in den Medien. ³⁰



Flankiert wurde diese eindringliche Warnung durch einen von Putin am 9. September 2000 persönlich abgezeichnetes 34-seitiges Dokument, die "Doktrin der Informationssicherheit der Russischen Föderation." Diese rügt laut "Spiegel" vom 21.05.2001 den "Mangel an verfassungsmäßigen Einschränkungen der Freiheit der Massenmedien...zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit des Landes und der Staatssicherheit." Nach diesem Dokument gefährde die "Verbreitung von Desinformation über die Politik der Russischen Föderation und die Handlungen der Staatsmacht" Russlands nationale Sicherheit. ³¹

Es ist zu befürchten, dass die strikte Umsetzung dieser Doktrin auch zu restriktiven Änderungen in der Mediengesetzgebung führt. Das noch existierende Mediengesetz von 1991 und der Art. 29 der Russischen Verfassung von 1993 gelten noch als starkes Bollwerk der Medien- und Informationsfreiheit. Dieser Verfassungsartikel kann nur im Rahmen einer neuen Verfassung geändert werden. Eine Verfassungsänderung lehnt Putin jedoch – wie oben erwähnt – ab. Der ehemalige NTV-Chef Gussinskij hatte es 1999 als einziger der "Oligarchen" abgelehnt, den neuen Ministerpräsidenten Putin im Wahlkampf zu unterstützen. Er hatte außerdem von Anfang an den Krieg in Tschetschenien verurteilt

und ein Verbrechen genannt. Dies trug ihm den Hass Putins ein. Gussinski sollte plötzlich staatliche Kredite, die er als "Lohn" für die Unterstützung Jelzins bei dessen Präsidentschaftskampagne 1996 erhalten hatte, zurückzahlen. Die Finanzierung von Gussinskis Medienimperium lief vor allem über den russischen Erdgasmonopolisten Gasprom.³² Als er dies nicht konnte, "übernahm" Gasprom den Sender NTW, der Kreml bekam NTW unter seine Kontrolle; die zu dem Sender gehörige Journalistengemeinde wurde gespalten und zerbrach.

überragenden Einfluss hat insbesondere das landesweit ausgestrahlte russische Fernsehen. Beide neben NTW landesweit zu empfangenen Fernsehsender RTR und ORT sind staatlich. Sie arbeiten mit Verlusten in Höhe von Hunderten Millionen Dollar, die der Staat und die mit ihm verbundenen Finanzgruppen bisher immer wieder ausgeglichen haben. Unter dem Druck des Kreml verkaufte Beresowski seinen Aktienanteil von 49% an ORT an seinen Protege´ Roman Abramowitsch, der Präsident der ölgesellschaft Sibneft und mit Beresowski Hauptaktionär an der Russischen Alluminium-Holding ist, die 70% des russischen Alluminiummarktes kontrolliert. Im Gegensatz zu Beresowski war Abramowitsch klug genug, seinen Frieden mit Putin zu machen und sich zum Gouverneur des autonomen Bezirks der Tschuktschen wählen zu lassen. Er betonte, er habe am Mediengeschäft kein Interesse. Beresowskij konzentriert sich nun auf den Sender TW -6, der seit dem Frühjahr 1999 zu den von ihm kontrollierten Medien gehört und zu dem die Mehrzahl der Journalisten von NTW gewechselt ist. Laut Markus Wehner muss jedoch davon ausgegangen werden, dass der Kreml auch gegen diesen Sender vorgehen wird.

Für Putin ist die "Gleichschaltung" des Fernsehens wichtig, weil dieses über die obigen Sender – wie erwähnt - landesweit zu empfangen ist. Die relative Meinungsvielfalt in den Medien der russischen Hauptstadt gibt es in den russischen Regionen nämlich nicht. Dort unterliegen die Rundfunk- und Fernsehsender sowie die Presse in der Regel direkt der Kontrolle des jeweiligen Gouverneurs oder Bürgermeisters oder aber des wichtigsten Konzerns der Stadt oder Region. Laut Peter Hübner³³ sind dort schon 80% aller Medien finanziell von regionalen Administrationen abhängig.

Es ist also festzuhalten, dass Putin alles tut, um Medien – und durch das neue Parteiengesetz auch unbequeme Parteien – gleichzuschalten. Hinzu kommt ein Erlass des Ministers für Kommunikation und Informatisierung vom 25. Juli 2000, wonach alle Betreiber von Telefonnetzen, Internetprovider und Anbieter sonstiger Kommunikationsdienste "technische Mittel zur Sicherstellung von operativen Fahndungsmaßnahmen" in ihren Vermittlungszentren installieren müssen – natürlich auf eigene Kosten. Dadurch sollen der Föderale Sicherheitsdienst FSB und andere Sicherheitsbehörden jederzeit den dort stattfindenden Informationsverkehr zwecks Verbrechensbekämpfung abhören können. Missbrauch zum Nachteil der Medien- und Informationsfreiheit liegt da durchaus nahe, zumal eine richterliche Genehmigung zur Überwachung der PCs nicht eingeholt werden müsse, da der Internetverkehr über die Computer des Geheimdienstes geleitet werden sollen.³⁴ Verhältnisse wie in George Orwells Roman: "1984" rücken meiner Auffassung nach bedrohlich näher und könnten allmählich Realität werden.³⁵

Laut Michael Thumann kontrolliert der russische Staat drei landesweite Fernsehsender, 90 lokale Sender und 92 staatliche Radiostationen. Er bilanziert sarkastisch: "Die Vierte Gewalt ist entmachtet, sie verkümmert zur papiernen Arabeske. Einheit wird gebraucht für die großen Aufgaben der Zukunft. Lauscht man den Reden, möchte Wladimir Putin ja nicht nur die unbesiegbaren Tschetschenen endgültig besiegen. Er will sein Land wirtschaftlich modernisieren, was der Bevölkerung schmerzhaftes Opfer abverlangen wird. Er will Russland wirtschaftlich mit dem Westen verflechten, was russische Business-Größen zu torpedieren versuchen. Russland soll effektiv und modern werden, doch ohne die Widersprüche der Modernisierung. Es soll reich werden, doch ohne die staatszersetzenden Nachwehen individuellen Wohlstands. Ein kapitalistischer Technopark, an dessen stählernen Toren die Wimpel von Gleichklang, Würde und Nationalstolz flackern." Sein Vorgänger als Russland-Korrespondent der "Zeit", Christian-Schmidt-

Häuer, fordert in der gleichen Ausgabe der "Zeit": "Putin möchte in allen europäischen Institutionen mitreden. Soll er. Aber dann muss er auch das europäische Regelwerk achten. Der Präsident will seine Großmacht mit neuem Lorbeer schmücken. Gern. Doch geht das nur mit freier Stirn – deshalb sollte er zuvor die Schlapphüte abziehen. Die G-7-Gruppe der demokratischen Industriestaaten muss ihm aber sagen, dass an ihrem Tisch kein Autokrat gehört, der die Presse- und Meinungsfreiheit abwürgt." 🏰³⁶ Eine korrekte Einschätzung, wie ich finde.



Ausführung und Design by 

Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?

"Einige Monate habe ich, um Streitkräfte, Innenministerium und FSB zu konsolidieren... Wird mir diese Zeit wohl reichen?"

Wladimir Putin 🏰³⁷ 

3. Rückkehr zur Diktatur und das "Primat" der Sicherheitspolitik unter Putin

Zu den eindeutig negativen innenpolitischen Entwicklungen unter Putin gehört der unter seiner Führung zu beobachtende Primat für militärische und Sicherheitsbelange und eine an die Zeiten der sowjetischen Diktatur gemahnende Rückkehr zum Personenkult. Laut Markus Wehner 🏰³⁸ werde Putin in Moskau und anderswo auf Ölgemälden und als Büste verherrlicht, sein Lebenswerk aus einem schmutzigen Hinterhof bis in den Kreml werde Kindern in Anlehnung an die Lenin-Legenden in Broschüren der Kreml-Partei "Einheit" als leuchtendes Vorbild dargestellt. Putin selber wurde an seinem ersten Jahrestag zur Vereidigung am 07.05.2001 von mehreren tausend Jugendlichen in Putin-T-Shirts gefeiert. Sie waren auf Initiative der landesweiten Jugendorganisation "Gemeinsamer Weg" nach Moskau gekommen. 🏰³⁹

"Die Nachfolger des KGB in Russland sind im vergangenen Jahr wieder so aktiv gewesen, weil es in Russland wieder so viele Spione gibt. In der Jelzin-ära hatte man das vergessen, nun aber tauchen sie überall wieder auf: unscheinbare Wissenschaftler und grauhaarige Professoren, die mit ausländischen Instituten zusammenarbeiten, amerikanische Austauschstudenten, die mit zweieinhalb Gramm Haschisch erwischt werden, Umweltschützer, die Staatsgeheimnisse verraten. Hunderte solcher Spione hat der wachsame Geheimdienst in Jahresfrist enttarnt. Um noch mehr zu finden, sollen die Bürger auch anonyme Briefe schreiben – eine Klage dagegen, dass der Geheimdienst auf sie zurückgreifen muss, wurde dieser Tage abgewiesen." 🏰⁴⁰



Dies erinnert meiner Meinung nach an die Zeiten des Stalinismus. Dazu passt, dass Putin auf Stalins Geburtstag angestoßen haben soll – entsprechende Berichte wurden vom Kreml nicht dementiert. Diese Vorgänge lassen die Frage aktuell werden, ob es unter Putin eine Rückkehr

zur Diktatur geben wird. Feststellbar ist in jedem Fall eine Aufwertung des Geheimdienstes und – wie eben erwähnt - die absolute Fokussierung auf militärische und Sicherheitsbelange. 🏔️⁴¹ So wurde der Inlandsgeheimdienst FSB mit der Übertragung "antiterroristischer Operationen" in Tschetschenien beauftragt und FSB-Direktor Nikolaj Patruschew zum Oberbefehlshaber in Tschetschenien ernannt – sehr zur Unzufriedenheit des Militärs. 🏔️⁴²

Zum ersten Mal in der Geschichte Russlands und vorher der Sowjetunion beobachtet der Geheimdienst die Armee und das Innenministerium nicht nur, sondern erhält jetzt auch Befehlsgewalt über andere Machtorgane. Diese Maßnahme verändert die Situation also nicht nur auf persönlicher und informeller, sondern auch auf struktureller und institutioneller Ebene. 🏔️⁴³ Auch die oben bereits erwähnte Einteilung des Landes in sieben Föderale Bezirke, die nahezu identisch mit den sieben Militärbezirken sind, deuten auf die Stärkung des Einflusses der Sicherheitsorgane hin.






In diesem Zusammenhang fällt auch die Wertschätzung und die Aufmerksamkeit auf, die Putin dem Militär-industriellen Komplex widmet. Claus D. Kernig stellt hierzu eindeutig fest: "Die wenigen Äußerungen Putins zu seinem künftigen politischen Kurs wecken Erinnerungen an die Zeit von Breschnew, während der das Militär und die Rüstungsindustrie den Ton angaben. Rüstungsbetriebe als Schrittmacher des wirtschaftlichen Aufschwungs nutzen und durch Rüstungsexporte Geld in die Staatskasse bringen zu wollen, wie Putin es angedeutet hat, heißt freilich, aus dem Niedergang [des sowjetischen Imperiums; B. N.] nichts gelernt zu haben, dessen Ursachen nicht zu durchschauen und ihn für eine Folge unglücklicher Politik zu halten." 🏔️⁴⁴


Genau diesen Weg scheint Putin allerdings zu gehen: Für ihn ist die Rüstungsindustrie der "Motor" oder – auch dieser Begriff wörtlich – die "Lokomotive" der Gesamtwirtschaft. Mit Hilfe von Rüstungsexporten sollen nicht nur Devisen erwirtschaftet und der Militär-industrielle Komplex nach einem beispiellosen Niedergang der Armee 🏔️⁴⁵ funktionsfähig und am Leben erhalten, sondern auch der Gesamtwirtschaft wichtige Wachstumsimpulse gegeben werden. Dazu Kernig: "Dass die ihres Ansehens beraubten Militärs versuchen, Putin dieses einzureden, ist verständlich. Falsch ist es dennoch. Denn bei dem fehlenden agrarischen Unterbau der russischen Wirtschaft und der mangelnden industriellen Leistungsfähigkeit im zivilen Bereich kann sich von der Rüstungsindustrie aus keine allgemeine Besserung ergeben." 🏔️⁴⁶


Es besteht vielmehr die Gefahr – so Hannes Adomeit -, dass über Rezentralisierung und staatlich geförderte Subventionierung der Militärindustrie genau dieselben strukturellen Deformationen der Wirtschaft wieder entstehen, die mit dazu beigetragen haben, die Sowjetwirtschaft wegen Überlastung in die Krise zu stürzen und der Sowjetunion ein Ende zu bereiten. Ein erstes Indiz für derartige Deformationen in Russland sind die im Jahre 2000 zu verzeichnenden Zuwachsraten der Industrie- und Rüstungsproduktion: Während die Industrieproduktion um 17,5% zulegte, betrug der Anstieg der Rüstungsproduktion 30%. 🏔️⁴⁷

Insgesamt ist dem Fazit Adomeits beizupflichten: Es wird deutlich, dass Putin als Präsident seiner Karriere in KGB und FSB treu geblieben ist: Innere und äußere Sicherheitsbelange stehen weit oben auf seiner politischen Agenda. Zu dieser Agenda gehören der Kampf gegen Terrorismus, Separatismus, Autonomiebestrebungen und all diejenigen Kräfte, die von der Regierungslinie abweichen.

Seine Machtbasis für Rezentralisierung und Wiederherstellung von Recht und Ordnung ist einmal seine immer noch große Popularität. Eine andere wichtige Stütze sind aber die Sicherheitsorgane selbst und enge Vertraute aus diesen Organen, die Putin in zentralen Positionen in der Politik und Verwaltung untergebracht hat. Diese Vertrauten nennt man auch die sogenannte "Petersburg-Connection" 🏔️⁴⁸, die durch die Regierungsumbildung Ende März 2001 wesentlich gestärkt wurde. 🏔️⁴⁹ Zu ihr gehören Putins Nachfolger als

Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, Nikolaj Patruschew, in dem der "Spiegel" bereits den Nachfolger für den noch von Jelzin in sein Amt berufenen Leiter der Kreml-Administration, Alexander Woloschin sieht,  ⁵⁰ den neu ernannten Innenminister Boris Gryslow. Dazu gehört ferner Viktor Tscherkassow, von Putin als einer seiner sieben Vertreter in der oben erwähnten blitzartigen Zentralisierungsaktion für den Bezirk Nordwest eingesetzt und insbesondere der langjährige Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates und jetzige Verteidigungsminister Sergej Iwanow, der als engster Vertrauter Putins gelten kann.  ⁵¹ Putin-Biograph "Alexander Rahr hat zu Recht von der "neuen Troika" gesprochen, die im Jahre 2000 die Geschicke Russlands lenken werde: Putin, Iwanow und Patruschew.  ⁵² Die oben konstatierte Stärkung des Geheimdienstes und die Rückbesinnung auf die ära von Jurij Andropow, den diese Geheimdienstler sehr verehren  ⁵³ dürfte auf diese Männer zurückzuführen sein. Nicht zu Unrecht stellt Mannteufel fest, dass die stärkste Grundprägung Putins sich durch seine Geheimdiensttätigkeit ergäbe.  ⁵⁴

Zu der "Petersburg-Connection" gehören aber noch drei wichtige wirtschaftspolitische Berater: Erstens Andrej Illarionow, einem Anhänger der so genannten "Harvard Boys" um den amerikanischen Wirtschaftsprofessor Jeffrey Sachs, die Anfang der 90-er Jahre aus dem neuen Russland über Nacht eine funktionierende Marktwirtschaft ohne Rücksicht auf soziale Folgen eines rigorosen Bruchs mit der Planwirtschaft machen wollten. Illarionow soll die Auffassung vertreten haben, die wirtschaftliche Entwicklung in Chile unter General Pinochet zum Vorbild für die Entwicklung in Russland zum Vorbild zu nehmen.  ⁵⁵ Zweitens der Wirtschaftsfachmann Alexej Kudrin, den er zum Finanzminister machte.


Drittens – und dies dürfte der wichtigste Berater Putins in Wirtschaftsfragen sein – der Russlanddeutsche German Gref, Leiter des Institutes für Strategische Ausarbeitungen" und – wie oben erwähnt - vom Präsidenten zum russischen Wirtschafts- und Handelsminister ernannt. Er wurde von Putin beauftragt, ein schlüssiges Konzept für die Zukunft Russlands auszuarbeiten. Gref favorisiert – im Gegensatz zu Illarionow, der für einen völligen Rückzug des Staates eintritt, – einen Staat, der sich möglichst wenig in wirtschaftliche Angelegenheiten einmischen dürfe, dafür aber umso entschiedener die Rechtssicherheit im Lande garantieren müsse. Wenn sich Russland endlich zum Privateigentum an Grund und Boden bekenne, seinen bürokratischen Wildwuchs stutze, unrentable Betriebe in Konkurs gehen lasse und sich noch einmal auf harte Zeiten einstelle, dann habe es Aussichten, "in zehn Jahren so weit zu sein wie Brasilien heute".  ⁵⁶ Gref hat die wirtschaftspolitischen Teile der wichtigen "Millenniums-Rede 2000" von Putin maßgeblich beeinflusst. Insofern kommen wir nun zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen des neuen Präsidenten und seinen diesbezüglichen Zielen.

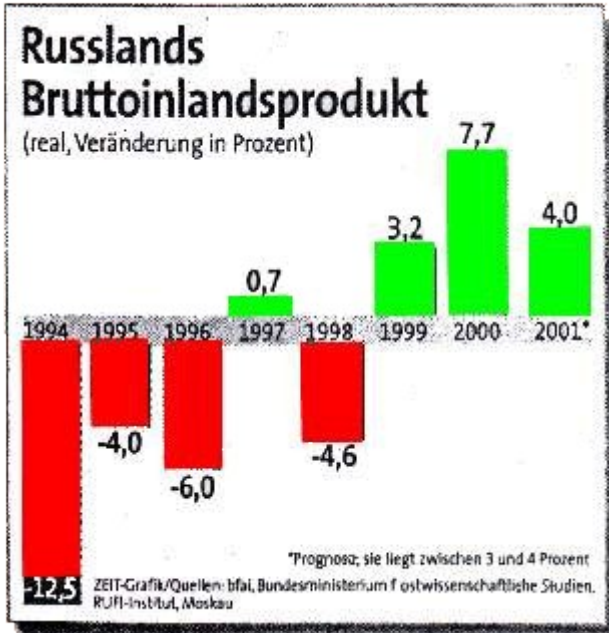


Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?

"Unser Vaterland steht nun vor sehr schweren wirtschaftlichen und sozialen Problemen"
Wladimir Putin  ⁵⁷

4. Wirtschaftliche Vorstellungen von Präsident Putin sowie Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung unter Putin

Russlands Präsident Putin hat bereits in seiner Millenniumsrede bewiesen, dass ihm die wirtschaftlichen Grundprobleme Russlands durchaus bewusst sind: Laut FAZ-Länderanalyse Russland vom 14. Januar 2000 schleppte das Land ein Bündel ungelöster Strukturprobleme in das neue Jahrtausend mit:  ⁵⁸ einen defizitären Staatshaushalt, ein marodes, kaum funktionsfähiges Bankensystem, verbreitete Korruption und





Schattenwirtschaft, eine Verfestigung unrentabler Unternehmensstrukturen und eine Konzentration wirtschaftlicher Macht durch die sogenannte "Insiderprivatisierung" (also einer Privatisierung, die nur wenigen "neureichen" Geschäftsleuten und Oligarchen zugute kam; B. N.), die Rohstofforientierung der russischen Volkswirtschaft mit der Abhängigkeit von volatilen Weltmarktpreisen, unklare politische Zuständigkeiten zwischen Zentralregierung und Regionen, politischer und rechtlicher Unsicherheit, die zu Kapitalflucht und Zurückhaltung ausländischer und russischer Investoren führt, die hohe Auslandsverschuldung sowie die Entwertung des Kapitalstocks und des Humankapitals durch seit Jahren rückläufige Investitionen in Anlagen und Infrastruktur sowie Bildung, Forschung und Entwicklung.

Bereits im zweiten Abschnitt seiner Millenniumsbotschaft wird die wirtschaftliche Situation Russlands analysiert.⁵⁹ "Während der 90er Jahre hat sich der Umfang des BIP [Bruttoinlandsproduktes] Russlands um fast das Zweifache verringert. Hinsichtlich des Gesamtvolumens des BIP stehen wir hinter den USA um das zehnfache, hinter China und das fünffache zurück. Nach der Krise 1998 hat sich das Pro-Kopf-Volumen am BIP ungefähr auf 3555 Dollar reduziert. Es ist in etwa fünfmal niedriger als der Durchschnittswert der G7-Staaten."⁶⁰



Putin fordert daher in seiner von Gref beeinflussten Botschaft eine "langfristige, gemeinnationale Entwicklungsstrategie",⁶¹ mit der er das neugeschaffene Zentrum für strategische Studien unter German Gref betraute, die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas für ausländische Investoren, die Durchführung einer aktiven Industriepolitik insbesondere in der Hochtechnologie, die Verwirklichung einer rationalen Strukturpolitik, worunter die Förderung sowohl der Finanz-Industrie-Gruppen als auch der Klein und Mittelunternehmen und die Regulierung, also Zurückdrängung der "natürlichen Monopole" verstanden wird, um für alle Unternehmensformen optimale Entwicklungschancen zu schaffen.

Außerdem fordert Putin die Bildung eines effektiven Finanz- und Steuersystems, worunter eine Steuerreform, eine bessere Haushaltskontrolle, die Beseitigung des Tauschhandels und der Zahlungsverweigerung, die Aufrechterhaltung einer niedrigen Inflationsrate und eines stabilen Rubelkurses, die Reform des Bankenwesens und die Verdrängung der Schattenwirtschaft verstanden und die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität gefordert wird. Der Anteil der Schattenwirtschaft mache in Russland 40% des BIP aus, in den "entwickelten Ländern" jedoch nur 15-20% des BIP. Putin verlangt außerdem die Integration der russischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft und die aktive Einbeziehung Russlands in weltwirtschaftliche Organisationen, wie die Welthandelsorganisation (WTO). Außerdem fordert er eine "zeitgemäße" Agrarpolitik sowie – last not least - die Bekämpfung der Armut. "Man muss sehen, dass für Russland jedwede Reformen und Maßnahmen ausgeschlossen sind, die mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen verbunden sind", so Putin, da das Pro-Kopf-Einkommen in Russland um die Hälfte niedriger liege (-2200 Dollar) als die durchschnittliche weltweite Vergleichsziffer von ungefähr 5000 Dollar. In diesem Zusammenhang versprach Putin auch eine Erhöhung der Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Wissenschaft: "Denn ein Land, dessen Menschen physisch und psychisch nicht gesund, schlecht ausgebildet und ungebildet sind, wird sich niemals auf den Gipfel einer weltweiten Zivilisation erheben."⁶²


Der überwiegend kritischen Bewertung von Roland Götz⁶³ kann ich mich als Referent nicht anschließen. Die Lageschilderung konzentrierte sich auf zahlenmäßig leicht fassbare wirtschaftliche Daten und bleibe damit eher an der Oberfläche der Probleme. Dagegen

würden die institutionellen und sozialpsychologischen Schwächen der russischen Wirtschaft nicht ausreichend thematisiert, moniert er.  ⁶⁴ Auch Gorbatschow kritisierte den Artikel im Spiegel als ein "Sammelsurium von Schlagwörtern, purer Eklektizismus, kein Programm"  ⁶⁵



Goetz schreibt: "Alle sieben Maßnahmenkomplexe weisen zweifellos zwar in die richtige Richtung, stellen aber keine überzeugenden Programme dar, da jegliche Diskussion ihrer Realisierungsbedingungen fehlt...Einerseits finden sich bemerkenswerte Verweise auf ökonomische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen der Sowjetzeit und eine Absage an die Rückkehr zum System der direktiven Planung und Lenkung. Andererseits erinnern die angestellten Überlegungen zu dem für das Einholen der westlichen Industrieländer erforderlichen Wirtschaftswachstum teilweise durchaus an die Gedankenwelt dieser vergangenen Zeiten. Das Dokument wirkt hier nicht nur unausgereift, sondern schlägt geradezu eine fatale gedankliche Fehlrichtung ein, indem die angestrebte "Größe" Russlands mit einem durch einen demokratischen Staat und die marktwirtschaftliche Ordnung nicht erzwingbaren Wirtschaftswachstum à la Belarus identifiziert wird."


Für mich sind diese Feststellungen übertrieben,  ⁶⁶ zumal Putin diese in der Tat unrealistischen und an Chruschtschows Prahlereien der 1960-er Jahre erinnernden Wachstumsvorstellungen unter dem Einfluss seines Ministerpräsidenten Kasjanow inzwischen korrigiert hat.  ⁶⁷



Bei allen Problemen und durchaus gegebenen inhaltlichen Widersprüchen in der Millenniumsbotschaft Putins zeigt sich für mich ein Politiker, der die Kernprobleme des Landes erkannt hat und diese Probleme lösen will.





Wirtschaftspolitische Kernsatz der Rede ist für mich der Satz: "Die zweite wichtige Lehre der 90er Jahre schließt in der Folge notwendigerweise die Gestaltung eines einheitlichen Systems der staatlichen Regulierung des wirtschaftlichen und sozialen Bereichs mit ein. Die Rede ist nicht von einer Rückkehr zu einem System der direktiven Planung und Lenkung, als der alles durchdringende Staat von oben nach unten alle Aspekte der Arbeit eines jeden Unternehmens reglementiert hat. Die Rede ist davon, den russischen Staat zu einem effektiven Koordinator der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte des Landes zu machen, der eine Balance der Interessen aufbaut, die optimalen Ziele und Parameter der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt und die Verhältnisse und Mechanismen zu ihrer Erlangung schafft. Das, natürlich, fällt aus dem Rahmen der üblichen Formel, die die Rolle des Staates in der Wirtschaft auf die Festlegung von Spielregeln und auf die Kontrolle ihrer Einhaltung beschränkt. Mit der Zeit werden wir wohl auch zu dieser Formel gelangen. Doch jetzt erfordert die Situation von uns ein großes Maß staatlichen Einflusses auf wirtschaftliche und soziale Prozesse. Während wir die Maßstäbe und Mechanismen des Systems der staatlichen Regulierung festlegen, sollten wir uns von dem Prinzip leiten lassen: "Staat dort und soviel, wie unumgänglich; Freiheit dort und soviel, wie nötig". 






⁶⁸

Angesichts der vielfältigen Kritik an der raschen Privatisierung der 1990-er Jahre, die etwa Christian Schmidt-Häuer so beschrieben hat: "Jelzins Liberalisierung der Preise war keine grundsätzlich falsche Entscheidung. Er folgte nur viel zu lange und viel zu einseitig der weitgehend vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diktierten Schocktherapie einer rein monetaristischen Stabilisierung. Diese Therapie hätte ein Programm von eng und schnell miteinander verknüpften Maßnahmen begleiten müssen: Stabilisierung von Staatshaushalt und Geldumlauf, Privatisierung und Entmonopolisierung, freier Zugang der Betriebe zu Markt und Wettbewerb, ein weitgespanntes soziales Netz, Geldreform und Konvertierbarkeit des Rubels"  ⁶⁹ und der massiven Kritik an der Politik des bisherigen Kreditpolitik des IWF durch prominente Politiker wie Gernot Erler oder Helmut Schmidt,  ⁷⁰ sollten die Kritiker Putins meiner Meinung nach etwas vorsichtiger sein und die Maßnahmen des Präsidenten und seiner Mannschaft fairer und vorurteilsfreier beurteilen.

Die oben zitierte Feststellung Putins ist nur vor dem Hintergrund dieser Tatsachen und der massiven Kritik an den katastrophalen Folgen der Wirtschaftspolitik Jelzins zu verstehen, die etwa Werner Adam treffend zusammengefasst hat: "Jelzin brachte das kommunistische Sowjetregime zum Einsturz, vermochte allerdings nicht zu verhindern, dass aus dem sozialistischen System ein frühkapitalistisches wurde, das für große Teile der Bevölkerung nur noch mehr Elend bedeutete. Staat und Wirtschaft gerieten auf mafiose, für den Fiskus ruinöse Abwege; von staatlichem Gewaltmonopol konnte ebenso wenig die Rede sein wie von Gewaltverzicht in der Politik. Begriffe wie Reform, Demokratie und Marktwirtschaft nahmen großen Schaden; sie wurden für viele Russen zu einem Synonym für Korruption, Vetternwirtschaft, sozialen Niedergang, für hemmungslose Ausplünderung des Landes durch wenige Reiche und den Verlust der internationalen Machtstellung."  ⁷¹

Nicht umsonst hat Putin daher in seiner Rede an die Nation am 09.07.2000 seine Vorgänger Gorbatschow und Jelzin für die schwere Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht:  ⁷² Er verwies auf die "schwere und bedrohliche" Belastung des russischen Haushalts durch Rückzahlungsraten für internationale Kredite. Die "lange und tiefe" wirtschaftliche Krise Russlands, die auch durch positive Indikatoren nicht überdeckt werden könne, sei durch einen "ineffektiven Staat" geschaffen worden. "Eine ineffektive Verwaltung und ein schwacher Staat führen wirtschaftliche und andere Reformen ins Nichts", betonte Putin. Russland könne nur mit einer festen Wirtschaft stark werden, erklärte er in derselben Grundsatzrede.  ⁷³ Putin verlangt also eine "effektive Wirtschaft" als Grundvoraussetzung für einen "starken Staat"

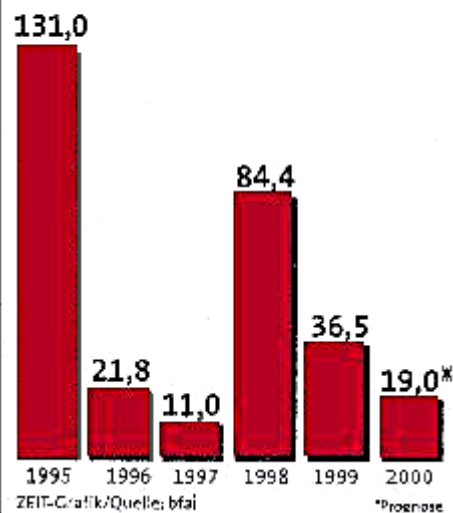
Dennoch gibt es in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur Missstände, sondern auch Lichtblicke. Für mich ist die Tatsache, dass es in Russland im vergangenen Jahr erstmals einen nichtdefizitären Haushalt mit einem Haushaltsüberschuss in Höhe von 174 Mrd. Rubel (2,5% des BI) ausweisen konnte und die erfreuliche Meldung, dass Russland vorläufig erstmals auf weitere Kredite des IWF verzichten kann, durchaus positive Signale der russischen Wirtschaft.  ⁷⁴ Dieser positive Trend wird auch durch die zur Verfügung stehenden Wirtschaftsdaten gestützt: Die russische Wirtschaft wuchs im vergangenen Jahr um 7,7% und übertraf damit im vergangenen Jahr alle Erwartungen,  ⁷⁵ die Inflation verringerte sich von 36,5 auf 20,1%, auch wenn es Befürchtungen gibt, dass sie wieder ansteigen könnte,  ⁷⁶ die Reallöhne stiegen nach einem Minus von 22,8% um geschätzte 23% an, der Handelsüberschuss stieg von 27 auf 67 Mrd. US-\$ an. Die Währungsreserven stiegen von 12 auf 28 Mrd. US-\$ an. Die Einkommenssteuer für natürliche Personen wurde auf 13% gesenkt,  ⁷⁷ die Umsatzsteuer wurde von 4% um 3 Prozentpunkte gesenkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwischen Ende Januar 2000 und Ende Januar 2001 um 1,8% auf 6,9 Millionen zurückgegangen, die Arbeitslosenquote sank von 12 auf 9,7%.

Im sozialen Bereich gelang es der Putin-Führung, den insgesamt 14 Millionen Arbeitern und Angestellten – oft nach zweijähriger Pause – erstmals wieder die zustehenden Löhne und Gehälter auszuzahlen.  ⁷⁸ Die Zahl der unter dem Existenzminimum lebenden Bevölkerungsschichten ist von 59,6 Millionen (40,8% der Bevölkerung) im Jahre 1999 auf 50,5 Millionen (34,7% der Gesamtbevölkerung Rußlands gesunken.  ⁷⁹ Die Konsumgüternachfrage der privaten Haushalte nahm gegenüber dem Vorjahr real um rund 9% zu, die Investitionsgüternachfrage stieg sogar um fast 18%. Dies kam insbesondere der Bauwirtschaft und dem Dienstleistungssektor zugute. Auf der Nachfrageseite war vor allem für das Wachstum die kräftige Steigerung der Inlandsnachfrage verantwortlich.  ⁸⁰ Erstmals berichteten westliche mittelständige Exporteure, dass Geldüberweisungen prompt erfolgten und das Lieferantenrisiko zur Zeit relativ gering sei.  ⁸¹ Wolfgang Leonhard zitiert eine Meinungsumfrage, nach der die von Putin begonnenen Wirtschaftsreformen von 44% der Befragten positiv eingeschätzt würden.  ⁸²

Dies ist nicht alleine das Verdienst von Wladimir Putin und seiner Mannschaft. Sie profitierte von der Rubelabwertung und dem damit verbundenen Rückgang der Importe,

Russlands Inflationsrate

(in Prozent)



was zu einem Ersatz importierter durch einheimische Produkte führte.⁸³ Der Aufschwung ist nicht durch strukturelle Reformen, sondern durch den hohen Ölpreis und andere Exportgüter (Metalle) zurückzuführen. Die gute Entwicklung der Weltkonjunktur und die Entlastung der russischen Produzenten durch den Rückgang beträchtlichen Rückgang der Reallöhne nach der Krise entlasteten die russischen Produzenten. Zu Recht bemängeln die mir vorliegenden Veröffentlichungen von "Spiegel" bis "FAZ" die ausbleibenden Strukturreformen. So schrieb beispielsweise Markus Wehner in der FAZ vom 01. 06.2001: "Doch die wirtschaftlichen Bedingungen für die Reformen sehen weniger gut aus, als sie von der russischen Führung erwartet. Die Inflation hat nach vier Monaten zehn Prozent erreicht und könnte zum Jahresende mehr als zwanzig Prozent betragen – vorausgesagt hatte man nicht mehr als zwölf Prozent."

Putins Wirtschaftsberater Andrej Illarionow, der im Kreml die Rolle des ewigen Mahners spielt, warnt davor, dass auch die Wachstumsprognosen von sechs Prozent unrealistisch seien – allenfalls die Hälfte werde man erreichen. Die Gefahr einer langen Periode wirtschaftlicher Stagnation, vor der Putin in seiner Jahresansprache vor dem Parlament gewarnt hat, scheint nicht gebannt."⁸⁴

Wehner moniert in dem selben Artikel auch das Ausbleiben der lange angekündigten Strukturreformen der Regierung: so sei die angekündigte Justizreform, welche die Rolle der Gerichte gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft stärken sollte, genauso wenig vorangekommen wie die seit langem überfällige Reform des Bodenrechts: "Zehn Jahre nach dem Ende des Kommunismus will man die Entscheidung, ob Agrarland gekauft werden kann, den Regionen überlassen. Wenn freilich Grund und Boden auch in städtischen Gebieten weiter nicht erworben werden kann, wird sich das Versprechen Putins, man werde das Investitionsklima in Russland verbessern, als Luftblase erweisen. Denn der Umstand, dass ein ausländischer Unternehmer das Land, auf dem er seinen Betrieb errichtet, nicht kaufen kann, ist ein häufig beklagtes Investitionshindernis."⁸⁵

Der "Spiegel" vom 02.04.2001 (14/2001) spricht bissig in Anlehnung an die Zeitung: "Nesawissimaja gaseta" von einer "inkompetenten und hilflosen" Wirtschaftspolitik von Putins Mannschaft: "Putin verkündete mit Nachdruck, Russland werde "Niemals niemandem etwas schuldig bleiben". Danach ließ er seine Regierung in eine monatelange Krise taumeln, weil sie die Bedienung von Staatsschulden nicht einmal in den laufenden Haushalt eingestellt hatte. ...Putins Wirtschaftsminister German Gref hat gerade wieder gleich "ein ganzes Pakt von Gesetzen" angekündigt, welche Staat und ökonomie entfilzen sollen – es darf also das Schlimmste erwartet werden. Ein deutscher Wirtschaftsvertreter in Moskau, der erstmals seit Jahren wieder Wert darauf legt, nicht beim Namen genannt zu werden: "Wie früher – riesige Versprechungen, winzige Resultate, und dazwischen eine immer mächtigere, immer korruptere Bürokratie."

Seit Oktober 2000 ist eine Abschwächung des Wachstums zu verzeichnen (Falz-Länderanalyse April 2001), laut "Spiegel" nahmen die Investitionen, mit eindrucksvollen 17% im Plus, im Eiltempo wieder ab. Auch der von der neuen politischen Führung angekündigte Privatisierungsschub blieb aus. Zwar lagen die Einnahmen aus dem Verkauf und der Nutzung von Staatsvermögen mit 50,6 Mrd. Rubel (1,8 Mrd. US-\$) über dem Plan; sie resultierten aber auf dem Verkauf von 85% der Anteile an der Ölfirma Onako, der bislang zweitgrößten Privatisierungsaktion in Russland.

Fazit: Präsident Putin hat in seinen Reden gezeigt, dass er klare wirtschaftspolitische Vorstellungen hat und er hat auch ein klares wirtschaftspolitisches Programm verkündet.⁸⁶ Nach zwölf Monaten im Amt hat die neue Führung bislang jedoch lediglich Teile der Steuerreform und eine provisorische Zollreform umgesetzt. Wirklich schmerzhaft Veränderungen hat Putin bislang gescheut. Die Entscheidung über die Privatisierung von

Agrarland zu delegieren, ist kein gutes Zeichen für die Durchsetzungsfähigkeit der politischen Führung und ihren Mut zu unpopulären Entscheidungen. Putin ist in der Tat zum "Gefangenen seiner Popularität" geworden, wie Markus Wehner zutreffend formulierte.



Ausführung und Design by 


Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?


"Auf Russland als Großmacht die Totenmesse zu lesen, ist, gelinde gesagt, verfrüht."

Wladimir Putin  ⁸⁷

5. Die Ziele des russischen Präsidenten in der Außen- und Sicherheitspolitik





Die Ziele und Politik des russischen Präsidenten in der Außen- und Sicherheitspolitik können in dem hier gesteckten Rahmen nur ansatzweise dargestellt. Dabei stütze ich mich auf die in den Fußnoten angegebenen Publikationen.  ⁸⁸


Putin hat zunächst in seiner Eigenschaft als Regierungschef und später als russischer Präsident neue Akzente in der russischen Sicherheitspolitik gesetzt. So erschien am 10. Januar 2000 ein "Konzept der Nationalen Sicherheit der Russischen Föderation"  ⁸⁹ und im April 2000 die "Militärdoktrin der russischen



Föderation"  ⁹⁰


Im Entwurf lag das "Konzept der nationalen Sicherheit" bereits seit Oktober 1999 vor. Federführend beim Bearbeitungsprozess war Putin selber in seiner damaligen Eigenschaft als Sekretär des nationalen Sicherheitsrates. Nach seiner Ernennung zum amtierenden Präsidenten der Russischen Föderation soll er selbst bestimmte Veränderungen am Text vorgenommen haben und setzte es als eine seiner ersten Amtshandlungen in Kraft.


Es unterscheidet sich von dem alten, noch unter Präsident Jelzin verabschiedeten Sicherheitskonzept vom Dezember 1997 vor allem darin, als es eine Konfliktsituation mit dem von den USA geführten Westen voraussetzt, der zentrale Probleme des Weltgeschehens auch mit seiner Militärmacht zu dominieren suche. Als Reaktion auf dieses Szenario lässt sich Putins neue Sprachregelung über die Beziehung zur Nato erklären: statt von "Partnerschaft" ist jetzt nur noch von "Zusammenarbeit" die Rede. Eine andere Reaktion ist die erhöhte Bedeutung der Atomwaffen. Sie dürfen auch gegen einen mit konventionellen Mitteln geführten Angriff eingesetzt werden, "wenn alle anderen Mittel nicht wirksam sind."  ⁹¹






Im Konzept vom Dezember 1997 hieß es noch, Russland behalte sich das Recht vor, "alle verfügbaren Kräfte und Mittel einschließlich Nuklearwaffen einzusetzen, wenn eine gegen das Land gerichtete bewaffnete Aggression seine Existenz als Staat bedroht."  ⁹²



Dagegen heißt es im neuen Dokument, "notwendig und gerechtfertigt" sei ein solcher Einsatz schon "im Falle einer bewaffneten Aggression, wenn alle anderen Mittel zur Lösung einer Krisensituation ausgeschöpft oder unwirksam sind".  ⁹³

Während das Papier von 1997 noch davon ausgegangen war, "dass die Gefahr einer großangelegten Aggression für die vorhersehbare Zukunft praktisch fehlt", hieß es jetzt, nach dem Krieg im Kosovo: "Das Niveau und die Ausmaße der Bedrohungen in der militärischen Sphäre nehmen zu. Der in den Rang einer strategischen Doktrin erhobene Übergang der Nato zur Praxis von gewaltsamen (militärischen) Aktionen außerhalb des Verantwortungsbereiches des Blocks und ohne die Billigung des Sicherheitsrates der UNO birgt in sich die Gefahr der Destabilisierung der gesamten strategischen Lage in der Welt."  ⁹⁴ Explizit wird den USA vorgeworfen, weltpolitische Vorherrschaft anzustreben: "Die zweite Tendenz äußert sich in Versuchen der Schaffung einer Struktur der internationalen Beziehungen, die auf der Dominanz der entwickelten westlichen Länder in der internationalen Gemeinschaft unter der Führung der USA beruht und die auf einseitige, vor allem militärische und gewaltsame Lösungen von Schlüsselproblemen der Weltpolitik unter Umgehung der grundlegenden Normen des Völkerrechts ausgerichtet ist."  ⁹⁵

Der für mich wichtigste Satz der Doktrin lautet: "Die nationalen Interessen Russlands im internationalen Bereich liegen in der Gewährleistung der Souveränität, der Festigung der Position Russlands als Großmacht und als eines der einflussreichen Zentren der multipolaren Welt..."  ⁹⁶

Eine weitere, von Adomeit hervorgehobene, Akzentverschiebung der neuen "Konzeption für nationale Sicherheit" findet sich in Kapitel 2: "Nationale Interessen": Er definiert Russlands nationale Interessen auch in militärischer Hinsicht. Dieser Terminus ist neu in die endgültige Fassung eingearbeitet worden und nicht im ursprünglichen Entwurf vom Oktober 1999 enthalten. Es spricht daher viel dafür, dass diese Änderung von Präsident Putin persönlich veranlasst wurde. In der alten Version war durchgehend von Russlands "Verteidigungs"-Interessen die Rede. Dieser Begriff war offenbar den Autoren der neuen Fassung zu eng: er fügte sich nicht mehr zu der von ihnen vorher festgestellten gewachsenen Bedeutung militärischer Faktoren in der Internationalen Politik.  ⁹⁷

Im Gegensatz zum nationalen Sicherheitskonzept scheint es über die Militärdoktrin zu Differenzen zwischen Militärführung und Sicherheitsrat gekommen zu sein  ⁹⁸ und hier gibt es sehr interessante Schwankungen: Während unter der Ägide von Boris Jelzin der Antiamerikanismus immer weiter zunahm, wurde in der Endfassung der Militärdoktrin die negative Wertung der Vereinigten Staaten ersatzlos gestrichen.  ⁹⁹ Während sich seit November 1993 die Anschauungen über die Russlandpolitik der USA immer mehr verschärften  ¹⁰⁰ und die Ereignisse im Kosovo 1999 den konkreten Hintergrund für das neue Sicherheitskonzept und die Militärdoktrin darstellten,  ¹⁰¹ wurden nach dem Machtantritt Putins wieder weichere Akzente gesetzt: Der Entwurf der Militärdoktrin wurde nicht – wie das Konzept zur nationalen Sicherheit – bereits am 05.10.1999 durch den nationalen Sicherheitsrat (damals noch unter der Führung von Präsident Jelzin), sondern erst Anfang Februar 2000 unter dem Vorsitz Putins gebilligt.  ¹⁰²

Zitat Adomeit: "In dem Maße, in dem die Endfassung der Doktrin Putins Handschrift trägt, wurden von der Jahreswende bis zum April 2000 wieder weichere Akzente gesetzt. Im Vergleich zu Sicherheitskonzept und Entwurf fällt nämlich auf, dass in der verabschiedeten Doktrin zumindest in einigen Punkten ein sachlicherer, nüchterner und maßvollere Ton herrscht."  ¹⁰³ Adomeit führt dies auf gemäßigtere Kräfte in der Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Elite zurück. Ich denke, es ist der persönliche Einfluss des außerordentlich nüchternen kalkülorientierten Wladimir Putin. Zwar ist auch seine Zielsetzung, die Macht und Größe Russlands wiederherzustellen.  ¹⁰⁴ Dennoch ist seine Außenpolitik von taktischer Flexibilität und Pragmatismus geprägt.

Putin habe – so Adomeit – kurz nach seiner Ernennung zum amtierenden Präsidenten vermutlich den Schluss gezogen, dass er sich von dem unter seiner Ägide entstandenen Sicherheitskonzept und von der Militärführung inmitten des Wahlkampfes zum Präsidentenamt nicht distanzieren könne. Infolgedessen habe er – so Adomeit ¹⁰⁵ das Sicherheitskonzept Anfang Januar 2000 mehr oder weniger unverändert in Kraft gesetzt. "Objektiv stellte sich allerdings ein Jahr nach dem Beginn der NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, die Beziehungen Russlands zur westlichen Allianz und zu den Vereinigten Staaten zu normalisieren."

Noch vor seiner Wahl zum Präsidenten Ende März wurde beim Besuch von Nato-Generalsekretär Robertson (Ende Februar) und in einem Interview mit der BBC (Anfang März) deutlich, dass Putin genau diesen Weg beschreiten wollte. Es war also angezeigt, der Militärdoktrin die gegen den Westen und die USA gerichteten Stachel und Spitzen zu nehmen."


Dass die von Adomeit hier getroffenen Feststellungen grundsätzlich korrekt sind und – meiner Meinung nach – auf die nüchterne und pragmatische Wesensart Putins zurückzuführen sind, der die Realitäten so nimmt, wie sie sind und nicht impulsiv und emotional reagiert wie sein Vorgänger, möchte ich noch an einer Äußerung durch den russischen Außenminister Iwanow demonstrieren, bevor ich untersuche, worin sich die Putinsche von der Jelzinschen Außenpolitik unterscheidet.


So hat Putin die These vom "Multipolarismus", die sich in den oben zitierten Dokumenten findet, relativiert und seiner antiamerikanischen Ausrichtung beraubt. In dieser Einschätzung, so Timmermann – werde eine von Pragmatismus und Realismus geprägte Tendenz der Putin-Führung sichtbar, die Beziehungen Russlands zur EU nicht wie zuvor vorrangig zur Untergrabung der US-Positionen zu instrumentalisieren, ¹⁰⁶ sondern die internationalen Beziehungen im Zeichen größerer Ausgewogenheit und Flexibilität zu gestalten. "Diese Tendenz relativiert die starre, gegen Washington gerichtete Multipolarismus-Formel."

So betonte Außenminister Iwanow Anfang 2000: Wenn Russland vom Multipolarismus rede, so betrachte es die einzelnen Pole "nicht als irgendwie miteinander in Konkurrenz liegend, sondern als Fundamente des Gebäudes der zukünftigen Weltordnung." ¹⁰⁷ Ich zitiere den russischen Außenminister Igor Iwanow, der in einem Zeitungsbeitrag vom 20. Januar 2000 folgendes schrieb:


"Unter den Bedingungen einer offenen und in gegenseitig abhängigen Welt ist die Aufgabe der gemeinsamen Bestimmung der Orientierungseinrichtungen und der Struktur der zukünftigen Weltordnung sowie die Ausarbeitung von abgestimmten Mechanismen der Lenkung der internationalen Prozesse aktuell wie nie zuvor."



Denn es ist offensichtlich, dass bei einer Globalisierung der Probleme jegliche Uneinigkeit und umso mehr jede Konkurrenz oder Versuche, eigene Interessen auf Kosten der anderen zu wahren, kontraproduktiv und in langfristiger Sicht zum Scheitern verurteilt sind. Leider hat die internationale Gemeinschaft in dieser Hinsicht bislang keine konzeptionelle Einigkeit erlangt. In letzter Zeit stoßen zwei prinzipiell verschiedene Ansätze hinsichtlich des Aufbaus der neuen Weltordnung aufeinander. Einer von ihnen zielt auf den Bau eines eindimensionalen Modells, bei dem die Gruppe der am meisten entwickelten Länder sich auf die militärische und wirtschaftliche Macht der USA und der NATO stützend, dominieren würde. Der restlichen Welt wird vorgeschlagen, nach den Regeln zu leben, die diesem "Klub der Auserwählten" genehm sind. Eine unausweichliche Folge davon wäre die Manifestation des "Rechts des Stärkeren" in den internationalen Beziehungen sowie eine Politik des Diktats und der doppelten Standards. Besonders besorgniserregend ist, dass versucht wird, die grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts in diesem Schema unterzuordnen und sie durch Doktrinen der "begrenzten Souveränität" und der "humanitären Intervention" zu ersetzen.

Wohin dies führt, hat die Militäraktion der NATO in Kosovo deutlich gezeigt. Aber dies ist eine Sackgasse, oder besser gesagt, eine Rückkehr zur Welt der Konfrontation. Russland wie auch viele andere Staaten, die unsere Sichtweise teilen, schlagen ein anderes Modell vor. Ihm liegt die tiefe Überzeugung zugrunde, dass die objektive Entwicklungstendenz der Zivilisation in Richtung einer Multipolarität geht und dass es dazu keine vernünftige Alternative gibt. Unsere Idee einer multipolaren Welt ist keine ideologische Parole, sondern eine Philosophie des internationalen Lebens, die sich auf die Realität der Epoche der Globalisierung stützt...Nur auf einer solchen Grundlage werden wir den nationalen Interessen und Eigenheiten verschiedener Staaten im Rahmen eines einheitlichen internationalen Prozesses bestmöglich Rechnung tragen und ihnen eine gleiche Sicherheit und einen würdigen Platz in der Weltgemeinschaft gewährleisten können."  108
[Zitatende]

Diese Passagen erinnern mich eher an Gorbatschow und sein "neues Denken" als an das "alte" Denken, welches vor Gorbatschow die sowjetische Außenpolitik bestimmte. Dennoch haben die Autoren nicht unrecht, die Putins Außenpolitik als "Mischung von Bestandteilen neuen und alten Denkens" bezeichnen.  109

Auch Putin ist sich bewusst, dass er – um Russlands Wirtschaftskraft zu erhalten, abrüsten muss und ein erträgliches internationales Klima dafür braucht. Die im Sommer 2000 verabschiedete Außenpolitische Konzeption, die als Teil des Sicherheitskonzeptes zu verstehen ist, benennt folgende Ziele der russischen Außenpolitik:

- Intensivierung der Beziehungen zu den internationalen Institutionen wie G8, IWF und Weltbank
 - Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen
 - Stärkung internationaler Sicherheit durch Einhaltung der bestehenden und Abschluss neuer Rüstungskontrollverträge
 - Schutz der Menschenrechte, worunter in erster Linie die Rechte und Interessen russischer Landsleute im Ausland verstanden werden
- vorrangige Beziehungen zu den GUS-Staaten, in Europa vor allem mit der EU, mit den USA und mit den führenden asiatischen Ländern China, Indien und Japan.  110

So stimmte die Duma knapp zwei Wochen nach der Wahl Putins zum Präsidenten am 14. April 2000 dem Start II-Abkommen über weitere nukleare Abrüstung zu. Danach sollten bis zum Jahre 2007 die Atomwaffenarsenale der USA auf 3500 Sprengköpfe und die russischen Bestände auf 3000 reduziert werden. "Was Putin ein "positives Signal an die Weltgemeinschaft" nannte, war wegen der finanziellen und technischen Engpässe in seinem Land unausweichlich geworden. Russland hätte bei weiterer Ablehnung des Start-II-Abkommens einseitig abrüsten müssen, weil seine vertraglich auszumusternden Interkontinentalraketen mittlerweile einen bedenklichen Grad an Schrottreife erreicht hatten, ohne dass hinreichend Geld für den Bau einer neuen Raketengeneration vorhanden gewesen wäre. So aber konnte Moskau mit der Ratifizierung des Abkommens sicherstellen, dass auch die Vereinigten Staaten würden abrüsten müssen, wodurch zumindest das quantitative Gleichgewicht auf diesem Gebiet halbwegs gewährleistet bliebe."  111 Dies lenkt den Blick auf die ökonomischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen russischer Außenpolitik.  112

Während Russland zu Beginn der 1990er Jahre – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – hinter den USA, China und Japan die viertgrößte Wirtschaftsmacht gewesen war, ist es im Verlauf des Jahrzehnts von Indien, Deutschland, England, Frankreich, Italien und Brasilien wirtschaftlich überrundet worden. Russland steht an der Jahrtausendwende an zehnter Stelle der Weltrangliste der größten Wirtschaftsmächte. In der Breschnjew-Ära pendelte sich der geschätzte Wert des russischen Bruttoinlandsproduktes auf ca. 55% des amerikanischen ein und ging dann unter Gorbatschow zurück. Heute beträgt es nur noch ca. 10% des amerikanischen Bruttoinlandsproduktes. Im Jahr 2000 hat Russland ein BIP von rund 70000 Mrd. Rubel erzielt. Die Kaufkraft eines Rubel betrug nach

Berechnungen der OECD im Jahre 2000 ein Siebtel eines US-Dollar und das Bruttoinlandsprodukt Russlands lag daher bei rund 10000 Mrd. US Dollar. Das russische BIP ist daher zwar wesentlich größer als das einer Reihe kleinerer westeuropäischer Staaten, mit denen es oft zu Unrecht verglichen wird, weil man den Marktwechselkurs zur Umrechnung verwendet. Allerdings ist Russland längst nicht mehr die wirtschaftliche Großmacht, die es vor dem Ersten und erneut nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen war.

Dies schränkt den Bewegungsspielraum Putins erheblich ein und so muss sich Putin dieser ökonomischen Bedingungen immer wieder bewusst sein.¹¹³ Die Kriegskosten in Tschetschenien, die nach Angaben des damaligen Finanzministers heutigen Ministerpräsidenten Kasjanow 5 Mrd. Rubel gekostet hätten¹¹⁴ müssen ebenso finanziert werden wie der gestiegene Verteidigungsetat, der nach Angaben von Adomeit für das Jahr 2000 offiziell nur mit 140,9 Mrd. Rubel (2,76% des BIP) angegeben wird, der aber in Wirklichkeit 168,63 Mrd. Rubel betragen dürfte.¹¹⁵ Dieser wird unter Putin wieder besonders deutlich verschleiert, da fast alle Angaben zum Gesamtposten "nationale Verteidigung" dort nicht mehr zu finden sind.¹¹⁶

Der Anteil für den Unterhalt der an Unterfinanzierung leidenden Streitkräfte¹¹⁷ ist hoch. Die Personalstärke der Streitkräfte, die zwischen 1992 und 1998 bereits von 2,8 auf 1,2 Mio. Mann reduziert wurde,¹¹⁸ wird nochmals um 350 000 Mann verringert, wie Verteidigungsminister Sergejew am 8. September 2000 bekannt gab,¹¹⁹ zeigt, dass Russland seine Armee nicht mehr finanzieren kann. Um so befremdlicher wirkt, dass Putin – wie in Kapitel 3 bereits erwähnt – die Rolle des militärisch-industriellen Komplexes stärken will und diesen als einen "prioritären Sektor der russischen Wirtschaft" bezeichnet, der "Lokomotive" für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sein müsse und "Russland aus all seinen Problemen heraushelfen" könne.¹²⁰




Um so wichtiger ist eine aktive Rüstungskontrollpolitik und eine Einigung mit der neuen amerikanischen Administration über ABM. Dem russischen Präsidenten scheint dies sehr bewusst zu sein, denn anders wäre die vorsichtige Behandlung Bushs durch Putin und seine Administration nicht zu erklären.¹²¹ Russland ist wirtschaftlich (s.o.) viel zu schwach, um militärisch adäquat auf NMD zu reagieren.¹²² Die Kosten dieses Programms werden für die erste Aufbaustufe bis 2005 auf 9 bis 11 Mrd. Dollar, für die zweite bis 2010 auf zusätzlich 13-14 Mrd. Dollar geschätzt.¹²³



Mittel dieser Größenordnung sind in Russland auch bei optimistischen Schätzungen für seine Wirtschaftsentwicklung im nächsten Jahrzehnt nicht zu finden.¹²⁴ Eine Gegenreaktion Putins auf eine mögliche Kündigung des ABM-Vertrages durch die Amerikaner, vor dem der russische Präsident mehrfach gewarnt hatte¹²⁵ sei – so Adomeit – eher im Bereich der Offensivwaffen zu erwarten, obwohl Russland wegen der Überalterung seiner Trägersysteme bis 2010 über weniger als 2000 von derzeit etwa 6000 nuklearen Sprengköpfen verfügen werde.¹²⁶









Recht hat Adomeit sicherlich darin, dass die Art und Weise, wie sich Putin gegenüber den amerikanischen NMD-Plänen [NMD ist die Beschreibung für das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem; B. N.] zu einem wichtigen Testfall für seine außen- und sicherheitspolitische Orientierung werden wird.¹²⁷






Auch die Frage der Nato-Osterweiterung könnte die Beziehungen Russlands zur EU und zur gesamten Nato empfindlich stören. Da hier auch die Aufnahme der baltischen Staaten berührt wird, die in einer möglichen zweiten Runde in die Nato aufgenommen werden


sollen, werden russische Sicherheitsinteressen hier weit stärker tangiert als die NATO-Mitgliedschaft früherer Staaten des Warschauer Paktes.  ¹²⁸ Aufgrund der Priorität, die der Aufbau einer Raketenverteidigung für die Bush-Administration hat, wäre es gewiss vernünftig, die Beziehungen zu Russland in nächster Zukunft nicht mit der heiklen Frage der NATO-Mitgliedschaft zu belasten.  ¹²⁹ Die Tatsache, dass Bush die Sorgen der Russen offensichtlich ignoriert und Russland nicht mehr als Supermacht betrachtet  ¹³⁰ ist für die Russen um so verletzender, als Bush damit das politische Programm Putins missachtete, die außenpolitische Schwäche Russlands zu überwinden und das Land wieder zu einem wichtigen Akteur in der Weltpolitik zu machen und die Macht und Größe Russlands wiederherzustellen.

Ob angesichts der massiven Interessengegensätze beider Staaten eine bedeutsame langfristige Zusammenarbeit möglich machen, wird (nicht nur die Nato-Osterweiterung, auch die mögliche Entwicklung von Energieressourcen am Kaspischen Meer unter Ausschluss einer bedeutenden Rolle Russlands, wie so von den Vereinigten Staaten befürwortet wird, stellen direkte Herausforderungen der USA an Russlands Position in den Regionen dar, die Moskau als zentral für seine langfristigen politischen und Sicherheitsinteressen betrachtet)  ¹³¹ muss die Zukunft zeigen. Roger E. Kanet schreibt völlig zu Recht: "Solange nicht die Führungen beider Länder bereit sind, wichtige Aspekte ihrer Politik zu ändern und die legitimen Anliegen und Interessen der jeweils anderen miteinzubeziehen, wird es eine solche Zusammenarbeit nicht geben."  ¹³²

Wie bereits bei der Diskussion der Innenpolitik zum Ausdruck kam, soll das Ziel Putins, den Großmachtstatus Russlands zu wahren und Macht und Größe des Landes wiederherzustellen  ¹³³ im Innern durch die Stärkung des Staates, den Wiederaufbau des militärisch-industriellen Komplexes, wirtschaftspolitisch durch die Schaffung einer "effektiven [Markt-]Wirtschaft" und verteidigungspolitisch durch eine Reform und Modernisierung der Streitkräfte erreicht werden. Nach außen kommt es Putin darauf an, verlorengegangenen Einfluss in der Weltpolitik und insbesondere in den traditionellen russischen Interessensphären wiederherzustellen.

So wurden die Beziehungen zu Nordkorea, Libyen, Kuba oder dem Irak intensiviert und Waffenexporte in diese und andere Länder, wie den Iran, befördert.  ¹³⁴  ¹³⁵ Auch die russischen Beziehungen zu China und Indien wurden intensiviert. So unterzeichneten beide Länder am 06.06.2001 in Moskau eine Reihe von Abkommen, die der russischen Militärindustrie in den kommenden Jahren Milliardenaufträge einbringen. Außerdem wird ein militärisches Transportflugzeug gemeinsam gebaut.  ¹³⁶ Indien ist neben China der größte Abnehmer russischer Rüstungsgüter.  ¹³⁷ Beide Länder erklärten sich bei Putins Indien-Visite im Oktober 2000 zu "strategischen Partnern" und knüpften damit an die traditionell guten Alltagsbeziehungen vor dem Zerfall der UdSSR an.  ¹³⁸

Auch die Beziehungen zu China bleiben – vor allem wegen der gemeinsamen Ablehnung der amerikanischen NMD-Pläne und einer amerikanischen Vorherrschaft, weiterhin eng.  ¹³⁹ Dies wurde anlässlich des Treffens von Putin und dem chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin am 14.06.01 in Schanghai erneut deutlich.  ¹⁴⁰ Außerdem existieren gemeinsame Interessen in der Bekämpfung von ethnischem Separatismus, religiösem Extremismus und internationalem Terrorismus sowie an Stabilität in der GUS-Region.  ¹⁴¹ Außerdem sprach sich Putin am 01.06.2001 auch für den Erhalt der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aus. Deutlich wird, dass sich Russland unter Putin wieder stärker in den Russischen Sowjetrepubliken engagiert  ¹⁴² und sich die meisten GUS-Staaten mangels Alternative wieder an Moskau orientieren.  ¹⁴³

Putin misst den Beziehungen zur EU eine herausragende Rolle als Kooperationspartner Moskaus zu.  ¹⁴⁴ Bemerkenswerter Weise räumt die von Putin im Juni 2000 unterzeichnete "Außenpolitische Konzeption" der EU in ihrer Prioritätenfolge nach der GUS den zweiten Rang ein: "Die Russische Föderation sieht in der EU einen ihrer wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner und wird mit ihr eine intensive,

stabile und langdauernde Zusammenarbeit suchen, die frei ist von konjunkturellen Schwankungen".¹⁴⁵ Nicht zufällig waren es die Hauptstädte von EU-Ländern, die Putin nach seiner Wahl zum Präsidenten neben Minsk und Kiew als erste besuchte.¹⁴⁶ Die Annäherung an die EU hat vor allem wirtschaftliche Gründe: Was Putin anstrebt, ist die Nutzarmachung der unterentwickelten Wirtschaftsinfrastruktur Eurasiens als Verlängerung zu den florierenden Wirtschaftsräumen der EU und der asiatischen Staaten. Sein längerfristiges Ziel ist die Verankerung Russlands als strategische Brücke zwischen der EU und Asien.¹⁴⁷ Die EU soll langfristig mit dem russischen Energiekomplex (Erdöl, Erdgas, Strom, Atomindustrie) verkoppelt werden. Heute ist Westeuropa zu 30% vom russischen Erdgas abhängig. In wenigen Jahren, wenn die Gasvorräte in Nordeuropa aufgebraucht sein werden, wird diese Abhängigkeit 70% betragen. Der Ausstieg Deutschlands aus der Atomwirtschaft wird die Abhängigkeit vom russischen Gas noch erhöhen. Für die EU ist eine Diversifizierung der Ölzufuhr aus dem Persischen Golf, wo jederzeit ein Konflikt aufbrechen kann, nur vorteilhaft.¹⁴⁸ Dass es vor allem wirtschaftliche und sicherheitspolitische Beweggründe (gemeint ist der russische Wunsch nach engerer sicherheitspolitischer Zusammenarbeit mit der EU) auf russischer Seite sind, die Beziehungen zur EU zu intensivieren, wird daran deutlich, dass Putin die Übernahme wichtiger Elemente des europäischen Wertekonsenses ablehnt. Einsprüche bei OSZE-widrigem Verhalten werden mit dem Argument abgewehrt, man werde keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dulden (so etwa Kritik am Tschetschenien-Krieg).¹⁴⁹

Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Außenpolitik unter Putin, wie oben gezeigt wurde, von stärkerer Nüchternheit und Pragmatismus geprägt ist. Walter Schilling ist zuzustimmen: Die Putinsche Außenpolitik, unter der die machtpolitischen Interessen Russlands zum wichtigsten Orientierungspunkt der Politik geworden seien, "betont konsequenter als in der Jelzin-ära die Einheit der Föderation und bestimmt die Beziehungen zu anderen Staaten nach utilitaristischen Kriterien. Dies gilt vor allem für das Verhältnis zum Westen, aber selbst die Beziehungen zu China und zu traditionellen Verbündeten im nahen Osten und Asien werden – anders als in der Vergangenheit – nach ihrem konkreten Nutzen beurteilt."¹⁵⁰

Ich kann diese Feststellung Schillings nur in einem Punkt nicht ganz teilen. Sicherlich möchte Putin Russland als Großmacht anerkannt sehen, wie ich oben zu zeigen versuchte. Angesichts der Äußerungen von Außenminister Iwanow würde ich zwar von "Interessen" Russlands sprechen, diese aber nicht auf machtpolitische Aspekte verengen.¹⁵¹ Zu den Interessen gehören meiner Meinung nach auch wirtschaftspolitische, geopolitische, kulturelle Faktoren. So sieht es auch Putin: In seiner Millenniumsrede sagt er wörtlich: "Russland war und wird ein großes Land bleiben. Dies ist bedingt durch die unverrückbaren Charakteristika seiner geopolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Existenz....In der heutigen Welt zeigt sich die Größe eines Landes nicht so sehr in der militärischen Stärke, sondern vielmehr in der Führungskompetenz bei der Schaffung und Anwendung fortschrittlicher Technologien, in der großen Sorge um das Wohlergehen des Volkes, in der Fähigkeit, zuverlässig dessen Sicherheit zu bewahren und nationale Interessen in der zwischenstaatlichen Arena zu verteidigen."¹⁵²

Diese für mich zentrale Äußerung Putins, die die Ziele seiner gesamten Politik deutlich macht, zeigt, dass der Begriff der Interessen – wie eben verdeutlicht wurde – nicht auf machtpolitische Aspekte verengt werden kann. Er zeigt auch, dass sich Putin der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Staaten durchaus bewusst ist. Daher ist ihm klar, dass er, eben um Russlands Niedergang zu beenden¹⁵³ und den russischen Lebensstandard zu verbessern,¹⁵⁴ die Beziehungen zum Westen verbessern muss.

In der im Juni 2000 verabschiedeten, oben erwähnten Konzeption zur russischen Außenpolitik wird daher – wie oben bereits deutlich wurde – eine Verbesserung der Beziehungen zu EU und Nato, einschließlich der USA gefordert.¹⁵⁵ Dies ist sicherlich ein stabilisierender Faktor der Weltpolitik.

Andererseits ist zu konstatieren, dass Putin seine nationalen Interessen gegenüber dem Westen geschickter und wirksamer vertritt als sein Vorgänger. Um so wichtiger ist es meiner Meinung nach, dass der Westen alles tut, die russischen Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen und Russland Partnerschaft und umfassende Zusammenarbeit auf allen Gebieten anzubieten, ohne die unterschiedlichen Wertvorstellungen des Westens einerseits und der Putin-Führung andererseits unter den Teppich zu kehren. Der Krieg in Tschetschenien muss genauso in den Gesprächen thematisiert werden wie die Unterdrückung der unabhängigen Presse. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass sich – bei aller Widersprüchlichkeit der Politik Putins – mit diesem Politiker reden lässt, da er die Fähigkeit haben soll, seinen Gesprächspartnern zuzuhören. 🗺️ ¹⁵⁶

Wie die Analyse der unter Putin publizierten Konzeptionen zeigt, ist sich dieser Politiker der nationalen Interessen Russlands sehr wohl bewusst. Wolfgang Seiffert hat formuliert: "Vielleicht kann man für die künftige Außenpolitik Russlands eine Faustregel dahin formulieren, dass jede Zusammenarbeit mit dem Westen möglich ist, die das russische Ziel eines eurasischen Kontinents, dessen Herz Russland ist, fördert oder wenigstens nicht stört. Die Staatsräson Russlands ist jedenfalls nicht die, "eine Konfrontation mit dem Westen zu vermeiden", sondern Russlands Rückkehr zur allgemein akzeptierten und respektierten Weltmacht in einer multipolaren Welt zu erreichen. 🗺️ ¹⁵⁷ Wenn dies ohne direkte Konfrontation mit dem Westen geschieht, umso besser; wenn es sogar mit Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgt, noch besser. Aber ein Abweichen von dem russischen Allgemeininteresse wird es nicht geben." 🗺️ ¹⁵⁸

Auch Alexander Rahr bilanziert: "Putin wird versuchen, Russlands Abhängigkeiten vom Westen zu verringern, was partnerschaftliche Kooperation in bestimmten Bereichen nicht ausschließt. Russland will in Bereichen mit dem Westen kooperieren, wo es für sich Vorteile erzielen kann. Moskau möchte allerdings in den Bereichen, wo es hinsichtlich seiner nationalen Interessen der Großmachtwerdung Abstriche machen muss, von einer Partnerschaft mit dem Westen künftig absehen." 🗺️ ¹⁵⁹

Ich teile diese Einschätzungen. Die Hoffnung des (damaligen) Staatssekretärs im Auswärtigen Amt und heutigen deutschen Botschafters in Washington, Wolfgang Ischinger, 🗺️ ¹⁶⁰ Russland solle sich stärker auf seine Rolle in Europa konzentrieren, sich als europäische Macht definieren und legitimieren und mit dem Westen in einer konstruktiven und verantwortungsbewussten Weise an der Förderung von Frieden und Stabilität in Europa arbeiten, hat, muss das Ziel europäischer Politik bleiben.

Ich könnte mir trotz aller Widersprüche in der Politik Putins vorstellen, dass aufgrund seines Interesses an Europa 🗺️ ¹⁶¹ und seiner Herkunft aus St. Petersburg, dem "Fenster zum Westen", welches ihn nachweislich geprägt hat, diese Chancen größer sind als in den letzten 10 Jahren, wenn die oben zitierte Aussage des verstorbenen Oberbürgermeisters von St. Petersburg über Putin stimmt, dass Putin demokratische Ansichten habe, aber sehr gut verstehe, dass Russland eine starke Hand brauche. 🗺️ ¹⁶² In einem abschließenden Fazit soll nun untersucht werden, welchen Weg Russland unter Putin gehen wird.



(164) zit. nach: Aus erster Hand: Gespräche mit Wladimir Putin, a.a.O., S. 51

Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?



"Man kann in diese Figur vieles reininterpretieren, gerade weil er so undurchschaubar ist."
Irina Scherbakowa über Putin 163

"Wenn er nicht sagen will wohin, heißt das dorthin."
Wladimir Putin 164 ←↑→


6. Fazit: Wohin steuert Russland unter Wladimir Putin?





Hauptprogramm Putins ist – wie oben gezeigt wurde – die Schaffung eines "starken Staates" 165 mit der "Diktatur des Gesetzes", eine "effektive Wirtschaft" und eine pragmatische, flexible, utilitaristische Außenpolitik, die das Ziel hat, die nationale Größe Russlands wiederherzustellen und den Großmachtstatus Russlands anerkannt zu sehen. Eine Zusammenarbeit und Partnerschaft mit dem Westen wird angestrebt, da Putin sich bewusst ist, dass Russland nur durch Integration in die Weltwirtschaft Chancen hat, in der globalisierten Welt mit ihren neuen fortschrittlichen Technologien eine Weltmacht bleiben kann. 166 Der "Stern" sprach von folgendem "Programm" Putins: "Effektivnost" – Effizienz, "Strategija" – Wirtschaftsreformen. Und "Wlast" – die Macht." 167


Die für mich zentrale Äußerung Wladimir Putins in seiner bereits mehrfach zitierten Millenniumsbotschaft lautet: "Russland wird in naher Zukunft keine, wenn überhaupt, zweite Ausgabe, sagen wir, der USA oder Englands werden, wo liberale Werte eine tief verwurzelte historische Tradition haben. Bei uns haben der Staat, seine Institutionen und Strukturen im Leben des Landes immer eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt. Der starke Staat ist für Russen keine Anomalie, nicht etwas, wogegen man kämpfen müsste, sondern im Gegenteil eine Quelle und ein Garant der Ordnung, ein Initiator und die wesentliche bewegende Kraft jedweder Veränderung. Die heutige russische Gesellschaft setzt einen starken und effektiven Staat nicht mit einem totalitären gleich. Wir haben gelernt, die Wohltaten der Demokratie, des Rechtsstaates und der persönlichen und politischen Freiheit zu schätzen. Gleichzeitig sind die Menschen durch die offensichtliche Schwächung der Staatsgewalt beunruhigt. Die Gesellschaft wünscht die Wiederherstellung einer richtungsweisenden und regulierenden Rolle des Staates in dem Maße, wie es notwendig ist, ausgehend von den Traditionen und der heutigen Lage Russlands... Wir werden nicht versuchen, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob dies gut oder schlecht ist. Wichtig ist, dass diese Stimmungen einen Platz haben. Mehr noch, als sie bislang überwiegen." 168








Diese zentrale Passage ist für mich der Schlüssel im gesamten Denken Putins. Er erklärt seine Popularität und auch die Tatsache, warum er auf viele Beobachter den Eindruck einer "Sphinx" 169 erweckt. Es ist meiner Meinung nach sinnvoll, zu erinnern, dass dieselbe Orientierungslosigkeit und das Gefühl eines vorhandenen Chaos, welches die Jelzin-Ära prägte 170 bereits am Ende der Ära Breschnjew sehr ausgeprägt gewesen ist.



Christian Schmidt-Häuer schreibt in seiner Gorbatschow-Biographie dazu: "Doch wie schon die Untertanen im alten Russland, so reagierten auch viele Sowjetbürger ambivalent auf die Konsequenzen, die sie selbst aus den Mängeln des Systems zogen. Als hätte es die Opfer unter Stalin nicht gegeben, wuchs der naive Glaube, dass der große Diktator alle Wirtschaftsprobleme gelöst haben würde...Bei der Diskussion um die neue Verfassung im Jahre 1977 erhielt die Prawda angeblich 40 000 Leserbriefe, in denen die Schreiber mehr Disziplin verlangten. Freilich hielten sich viele, die nach mehr Ordnung riefen, selbst nicht daran. Doch nicht solche Widersprüche, sondern die Grundstimmungen waren politisch relevant. Auf die schwindende Kompetenz der Sowjetführung reagierten große Teile der Bevölkerung mit dem verschwommenen Verlangen nach Disziplin." 171



Es war der damalige KGB-Chef Andropow, der diese Stimmung am besten erkannte und nutzte, um mit einem Feldzug zur Korruption an die Macht zu kommen. Die Maßnahmen des von Putin verehrten Parteichefs Andropow zielten auch in erster Linie darauf, die Arbeitsdisziplin zu verbessern, etwa durch seine spektakuläre Kampagne gegen Bummelanten. Andropow plädierte also nicht für Experimente, sondern – wie Putin – für Law and Order. Diese Politik war sehr populär, da die Regierung seines Vorgängers Breschnjew als inkompetent und korrupt galt.  172



Auch die Zeit von Boris Jelzin wurde – in auffälliger Parallelität zum Breschnjew-Regime als eine Zeit der "Wirren" und des wirtschaftlichen und militärischen Niederganges betrachtet.  173 So wurden die Wirtschaftsreformen Jelzins im Frühjahr 1994 von vier Fünfteln der Befragten als Abstieg und Verlust erlebt. Der Anteil derer, die sich als unglücklich bezeichneten, wuchs zwischen 1989 und 1994 von 14 auf 34 Prozent.  174 Schlimmer als dieser wirtschaftliche Niedergang ist jedoch, dass Jelzin der Staatsform der Demokratie aufgrund seines korrupten Systems enormen Schaden zufügte. Aufgrund der Wichtigkeit möchte ich daher das Zitat von Werner Adam nochmals wiederholen: "Begriffe wie Reform, Demokratie und Marktwirtschaft nahmen großen Schaden: sie wurden für viele Russen zu einem Synonym für Korruption, Vetternwirtschaft, sozialen Niedergang."  175 Adam zitiert zusammenfassend den liberalen Politiker Grigorij Jawlinskij: "Von wegen politische Demokratie und freie Marktwirtschaft – was sich in Russland gefestigt hat, ist ein von kriminellen Elementen durchgesetztes Regime der Reichen."  176



Margareta Mommsen schreibt dazu: "Die bisherigen Erfahrungen mit vorgeblich demokratischen Verfahren und Akteuren haben Skepsis und Misstrauen gegenüber diesen eher gestärkt. Im Februar 1995 sahen 51% der Befragten die Lage im Lande durch den "Verlust der Ordnung" und durch "Anarchie gekennzeichnet. Der vorherrschende Eindruck, dass sich das Chaos in Staat und Gesellschaft weiterhin ausbreite, hat den Ruf nach einem Führer "mit eiserner Hand" lauter werden lassen. Allerdings werden in der öffentlichen Meinung die Vorstellungen von der erhofften "strengen Ordnung" und der "eisernen Hand" keineswegs mit dem Wunsch nach Errichtung einer Diktatur gleichgesetzt."  177


Nur diese Erwägungen erklären die Popularität Putins und die zu Beginn des Vortrages erwähnte Tatsache, dass Putin eine Zustimmung von 75-80% der Bevölkerung für seine autoritäre Politik besitzt.  178 Wie man auch immer das politische System Russlands benennt, ob man von "defekter Demokratie" (Wolfgang Merkel),  179 "illiberaler Demokratie",  180 "delegativer Demokratie"  181 von "manipulierter Demokratie"  182 oder "autoritärem Populismus"  183 spricht (wobei die letzten beiden Begriffe das Regime Putins meiner Meinung nach gut beschreiben), so ist festzustellen, dass sich Russland unter Putin von der Demokratie immer weiter entfernt und einen autoritären Weg beschreitet.  184


Dieser autoritäre Weg wird mit dem in der Tradition der Slawrophilen stehenden, sehr schwammigen Begriff des "russischen Weges" gerechtfertigt, den Putin in seiner Millenniumsbotschaft besonders hervorhebt und sich damit – nach Meinung von Wolfgang Seiffert am ehesten von der Politik seines Vorgängers absetzt.  185 Dieser soll – so Putin – einen gesellschaftlichen Grundkonsens, ein "Einvernehmen in Kernfragen" über den zukünftigen Weg Russlands weisen, da dies offizielle Staatsideologien nicht könnten. Jede gesellschaftliche Zustimmung könne nur freiwillig sein. Putin fordert daher eine Rückbesinnung auf die "ursprünglichen traditionellen Werte der Russen" und auf Patriotismus.  186


Man mag – wie Jutta Scherrer es getan hat  187 von einer "rückwärts gewandten Utopie" sprechen, die an einer überlebten Reichsidee festhalte – Tatsache ist jedoch, dass mit dieser bewusst schwammigen "Philosophie", deren Popularität aufgrund der Erfahrung von vermeintlicher nationaler Erniedrigung und machtpolitischer Demütigung zu erklären ist,  188 Putin nationale Sehnsüchte befriedigt hat. Boris Orlov zitiert eine Untersuchung


des russischen Soziologen Jurij Levada, nachdem gegenwärtig 15% der Befragten einen zivilisierten europäischen Weg für Russland befürworteten, 18% eine Rückkehr zu einer Ordnung favorisierten, wie sie in der Sowjetzeit existierte und 60% die Meinung verträten, Russland solle einen eigenen, einen besonderen Weg gehen.  ¹⁸⁹ Jutta Scherrer zitiert den Politologen Alexander Tzipko, der anlässlich der Machtübernahme Putins in einem Leitartikel der Literaturnaja Gasjeta schrieb: "Je größer die Demütigung im Alltagsleben, desto größer der Bedarf an Symbolen der Größe und die Erinnerung daran, dass wir einst eine Macht waren."  ¹⁹⁰

Wie sieht nun zusammenfassend der Weg Russlands unter Putin aus? Gerhard Simon von der Stiftung Wissenschaft und Politik bilanziert: "Sie ist eine Kombination von politischer Stabilität, wirtschaftspolitischer Stagnation und Rückschritten in den Bereichen Demokratisierung, Rechtsstaat und Menschenrechte. Rückschritte sind ebenso bei der Verwestlichung der Außenpolitik zu verzeichnen.  ¹⁹¹ Dennoch sei es Putin gelungen, dass es politisch ruhiger geworden ist in Russland, manche sagen stabiler. Putins eigentliche innenpolitischen Erfolge lägen im Wandel des politischen Bewusstseins.  ¹⁹² Die Russen glaubten an den Präsidenten, an seine Tatkraft und daran, dass er die Dinge richten werde. Dies rechneten ihm die Russen hoch an, dies sei Teil seiner Popularität und keine geringe Leistung. Hinzu komme, dass die wirtschaftliche Situation insgesamt ziemlich günstig sei und sich so der Druck auf Strukturreformen vermindere, die – wie oben gezeigt wurde – bisher unter Putin nicht durchgeführt wurden.

Aber: Die Demokratisierung ist gegenwärtig rückläufig. Der Parlamentarismus bildet sich zurück. Das Parlament als ganzes und die in ihm vertretenen politischen Gruppierungen, deren Bedeutung weiter zurückgeht, ist zu eigenständigem Handeln nicht fähig. Die Exekutive und insbesondere die Administration des Präsidenten sind die Gewinner. Die Justiz wird in fast provokativer Manier bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Ausschaltung missliebiger Oligarchen instrumentalisiert, von einem allgemeinen Feldzug gegen Korruption kann dagegen keine Rede sein.  ¹⁹³

In der Einschätzung dieser innenpolitischen Entwicklung gibt es, mit manchen Zwischentönen, vor allem zwei Auffassungen. Nach der einen, mehrheitlichen, Auffassung, ist Putins Innenpolitik notwendig und begrüßenswert. In Russland gebe es keine demokratische Tradition, man müsse die Dinge mit starker Hand durchsetzen. Nach einer anderen, vor allem in Kreisen der Intelligenz vertretenen Meinung, bedeutet diese Entwicklung für Russland die große Gefahr eines Abgleitens ins eine Diktatur, vielleicht sogar in ein totalitäres Regime.  ¹⁹⁴

In der Außenpolitik sei wachsende Distanz zum Westen zu beobachten, Russland erneuere demonstrativ die Beziehungen zu alten Verbündeten aus sowjetischer Zeit wie Kuba, Iran und Nordkorea. Allerdings sei in der Außenpolitik auch Anpassung an die Realitäten und damit eine stärkere Flexibilität zu beobachten, wofür insbesondere die Tatsache spreche, dass Russland verstärkt Kontakte zu Ländern der EU suche. Dabei würden gemeinsame Vorbehalte gegenüber den USA etwa bei NMD akzentuiert, was in der Logik von Machtpolitik läge. Außenpolitik werde weitgehend nach den alten Machtkategorien von Einflusszonen, Nullsummenlösungen und geostrategischen Positionen betrieben, so Gerhard Simon von der Stiftung Wissenschaft und Politik.  ¹⁹⁵

"Wie sehen die Zukunftsperspektiven des "russischen Weges aus? Der Preis der Stabilität ist die Stagnation. Rezentralisierung und die Durchsetzung der präsidentiellen Vertikale absorbieren die politischen Ressourcen. Russland ist weder auf dem Weg zum Wohlstand der Millionen noch zu einer liberalen, demokratischen Balance der Macht. Vielmehr wächst gegenwärtig wieder der Abstand zu westlich-demokratischen Ordnungen, ebenso wie die Distanz in der Außenpolitik zunimmt. Dies bedeutet nicht, dass Russland zerfällt oder im sozialen Chaos versinkt. Die Fähigkeit, eigenständige Überlebensstrategien zu entwickeln ist größer als in vielen westlichen Industrieländern. Allerdings reicht das nicht aus, um im 21. Jahrhundert einen Großmachtstatus zu sichern."  ¹⁹⁶

Welche Konsequenzen haben die oben konstatierten Tatsachen für die weitere demokratische Entwicklung Russlands?

Tatsache bleibt, dass Russland ein Land ohne "demokratische politische Kultur" ist.¹⁹⁷ Dies bedeutet konkret, dass die Russen in ihrer Mehrheit die demokratische Staatsform nicht verinnerlicht haben,¹⁹⁸ sondern – zumindest in der älteren Generation¹⁹⁹ – durch die Kontinuität und ständige Reproduktion der für Russland traditionellen autoritären Tendenzen²⁰⁰ des "patrimonialen Staates"²⁰¹ nach wie vor geprägt sind. Darüber hinaus verknüpfen sie den Begriff der Demokratie mit negativen Erfahrungen.²⁰²



Insofern erkläre ich mir die Widersprüchlichkeit der Politik Putins damit, dass auch er die Demokratie als Staatsform nicht verinnerlicht hat – in der von mir oben zitierten Äußerung aus der Millenniumsbotschaft spricht er ausdrücklich davon, die Russen – und auch er – hätten "gelernt", die Wohltaten der Demokratie und des Rechtsstaates zu schätzen.²⁰³ Wenn dies so ist und die oben zitierte Äußerung von seinem Förderer Sobtschak stimmt, Putin habe demokratische Ansichten, sei aber davon überzeugt, dass ein Land wie Russland eine strenge Hand brauche,²⁰⁴ beweist die bisher von ihm verfolgte Politik meiner Meinung nach, dass Putin durch seine Geheimdiensttätigkeit viel stärker geprägt worden ist als von den "Lektionen" der Demokratie seit 1985.



German G. Diligenskij vertritt in der Zeitschrift "Osteuropa" die Ansicht, nicht nur Putin, auch die Mehrheit der Bürger Russlands habe demokratische Werte noch nicht verinnerlicht, auch für sie sei Demokratie kein prioritäres Problem. Die Popularität Putins gründe sich nicht auf konkretes Wissen über seine Vorzüge, sondern auf das Bedürfnis nach positiven Veränderungen im Leben des Landes. Putins Ideologie beruhe auf zwei Hauptpostulaten: starker Staat und effiziente Marktwirtschaft. Autoritäre oder demokratische Institute hätten für ihn eine rein utilitaristische Bedeutung. Der Präsident schätze die hohe Zustimmungquote für seine Person. Daher sei er bestrebt, es den Anhängern aller politischen Richtungen recht zu machen und könne nicht der Versuchung widerstehen, die Opposition mit administrativen Methoden zu bezwingen. Die Reduzierung der Demokratie zu einem drittrangigen Wert fördere die Aktivierung autoritärer Tendenzen. Der Charakter des politischen Regimes in Russlands sei bislang weder ganz autoritär noch ganz demokratisch.²⁰⁵

So ist die Frage, die Markus Wehner gestellt hat,²⁰⁶ ob Putin ein Liberaler, ein Konservativer,²⁰⁷ ein halb gewendeter Kommunist sei, immer noch nicht endgültig beantwortbar. Wehners Fazit, wahrscheinlich sei er von allem etwas und doch keines ganz und dies könnte ein Grund für die breite Zustimmung der Russen zu ihm sein, ist sicherlich auch heute, über anderthalb Jahre nach dieser Feststellung, korrekt. Richtig ist allerdings auch seine Feststellung, dass Demokratie für ihn kein Wert an sich sei, sondern Mittel zum Zweck. "Er ist bereit, die demokratischen Institutionen zu nutzen, wenn es sein muss mit Geheimdienstmethoden. Dass die Form dabei ihres Inhalts beraubt wird, scheint ihn nicht zu stören."²⁰⁸

Was bedeutet dies für die Entwicklung einer zukünftigen russischen Zivilgesellschaft ?

Margareta Mommsen hat dies meiner Meinung nach in ihrem 1996 erschienen Buch: "Wohin treibt Russland?" treffend formuliert: "Die anhaltende Schwäche der Zivilgesellschaft hat über die erwähnte psychische Erschöpfung der Bürger hinaus weitere Ursachen. Sie liegen im sozio-kulturellen Erbe und in fortwirkenden Machtstrukturen des alten Nomenklaturstaates begründet. Da sich Einstellungen und Überzeugungen in jeder Gesellschaft nur sehr langsam wandeln, ist auch die paternalistische politische Kultur des Sowjetbürgers noch tief im Bewusstsein der Russländer verankert. Dies bremst die Selbstorganisation der Gesellschaft."²⁰⁹

Allerdings bilanziert sie am Ende ihres Buches: "Die jüngsten Dumawahlen [sie bezieht sich auf die Wahlen von 1995; B. N.] haben jedenfalls eine zunehmende Akzeptanz demokratischer Verfahren durch die Bevölkerung und die politischen Eliten erkennen lassen. Zu dieser Eingewöhnung in diese Grundregel der Demokratie kommt eine gewisse Ausdifferenzierung der sozialen Interessen und eine Restrukturierung der Parteienlandschaft hinzu. In diesen Faktoren...können durchaus Anzeichen dafür gesehen werden, dass der epochale Versuch, in Russland demokratisierte Verhältnisse zu etablieren, keineswegs erfolglos sein muss. Bei aller Widersprüchlichkeit und Offenheit des gegenwärtigen politischen Prozesses ist der demokratische Weg zumindest eine der möglichen Entwicklungsperspektiven. Dies schließt weitere autoritäre Zwischenspiele nicht aus.  210 Klare Prognosen über den künftigen Weg Russlands in diese oder jene Richtung erscheinen augenblicklich ebenso wenig seriös wie Mutmaßungen über die Zeitspanne, die es neue Generationen kosten mag, allein die Periode "regellose Demokratie" und "Nomenklaturdemokratie" zu überwinden."  211

Diese Prognose halte ich nach wie vor für richtig, auch wenn unter der gegenwärtigen Entwicklung unter Putin meine Besorgnisse zugenommen haben und er für mich die Richtung in einen autoritären Staat eingeschlagen hat. Es bleibt zu hoffen, dass es sich um das von Margareta Mommsen prognostizierte autoritäre Zwischenspiel handelt und Russland sich langfristig zu einer freien und demokratischen Zivilgesellschaft entwickelt.  212  213



Ausführung und Design by 

Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?

7. Verwendete Literatur



Autor / Herausgeber	Bewertung	Titel	Verlag	Seiten	Beschreibung
---------------------	-----------	-------	--------	--------	--------------

Rahr, Alexander	★★★★★	Wladimir Putin : Der "Deutsche" im Kreml		269 S.	Erste vorliegende Putin-Biographie im deutschen Sprachraum. Interessante Biographie, die sich sehr auf die persönlichen Beziehungen der Mächtigen zueinander konzentriert. Unverzichtbar zum Verständnis der Jelzin-Ära. Leider ist Teil 3: "Wer ist Putin?" nicht ausführlich genug. Fußnoten, Quellenangaben und ein Literaturverzeichnis fehlen leider vollständig.
München : Universitas-Verl., 2000					

Seiffert, Wolfgang		<p>Putin-Biographie mit Schwerpunkt auf dem Thema, was von einem zukünftigen Präsidenten Putin zu erwarten ist. Problematische Verharmlosung der Geheimdiensttätigkeit Putins und der Greuel des Tschetschenienkrieges. Sehr gut wegen zahlreicher Anhänge und Fußnoten. Die wichtigste Rede Putins, seine Millenniumsrede, ist abgedruckt. Gut die Kapitel 3: Was will Putin? Programm und Weg des Präsidenten und Kapitel 4: Was kann Putin: Beitrag des Westens und Auswirkungen auf den Westen. Daher empfehlenswert.</p>
Wladimir W. Putin: Wiedergeburt einer Weltmacht		
München: Langen Müller, 2000	189 S.	
Leonhard, Wolfgang		<p>Sehr gute, wenn auch überwiegend optimistische, Bilanz nach einem Jahr Putin von Wolfgang Leonhard, der auf 17 Seiten Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik des neuen russischen Präsidenten untersucht. Sehr gehaltvoll auch die anschließende Diskussion mit den oben genannten Personen, die z. T. deutlich negativere Einstellungen von Putin haben. Für mich bislang neben der Bilanz der Stiftung Wissenschaft und Politik (s.u.) die beste vorliegende Gesamtdarstellung der Ziele von Vladimir Putin.</p>
Was haben wir von Putin zu erwarten? Innen- und außenpolitische Perspektiven Russlands : Wolfgang Leonhard im Disput mit Wolfgang Bergsdorf, Erzbischof Longin, Sonja Margolina, Irina Scherbakowa, Gerhard Wettig / Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.)		
Erfurt : Sutton-Verl., 2001. – (Universität Erfurt : Christoph-Martin-Wieland-Vorlesungen)		
		<p>Gespräche dreier Journalisten mit Putin. Unverzichtbar, da seine persönlichen Ansichten dadurch bekannt werden. Wichtig ist, dass er offen sagt, auf wen er sich stützt. Um sich über Putin ein Urteil zu bilden, sollte man ihn selbst hören. Dies ist hier möglich.</p>
Aus erster Hand: Gespräche mit Wladimir Putin.		
München : Heyne, 2000	239 S.	
Adam, Werner		<p>Grundriss der Geschichte Russlands mit Schwerpunkten der Regierungen Gorbatschow, Jelzin, Putin. Politische, gesellschaftliche, militärische und wirtschaftliche Probleme werden benannt. Mit ausführlichem Portrait Putins und erste Einschätzung seiner Politik bis zum Unglück der Kursk im August 2000. Seine wichtigsten Berater (Petersburg-Connection) werden kurz vorgestellt. Der Autor verrät große Detailkenntnisse. Allerdings fehlen – wie bei Rahr – Fußnoten, Quellenangaben und Register.</p>
Das neue Russland : Putins Aufbruch mit schwerem Erbe		
– Wien : Verl. Holzhausen, 2000	196 S.	
Wagensohn, Tanja		<p>Hervorragende Analyse der Ära Jelzin nach dem Zerfall der UdSSR 1991. Im Kapitel: "Misslungene Auferstehung" auch ein Portrait Putins und eine Analyse seiner Politik bis zum Unglück der Kursk im August 2000.</p>
Russland nach dem Ende der Sowjetunion		
Regensburg : Pustet, 2001	264 S.	
hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien		<p>Eine Bilanz der russischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zehn Jahre nach dem Umbruch 1989/90. Hervorragendes Grundlagenwerk.</p>
Russland in Europa ? Innere Entwicklungen und internationale Beziehungen – heute		
Köln . Böhlau-Verl., 2000	297 S.	

Kernig, Claus D.		Sehr detailreiches Buch über die tieferen Ursachen des Unterganges der Sowjetunion, die der Autor darauf zurückführt, dass Russland den Sprung von der Industrie- zur modernen Dienstleistungsgesellschaft nicht geschafft habe. Mit soziologischen Untersuchungen zu Systemvergleichen. Der Autor zieht eine außerordentlich kritische Bilanz der ersten Schritte Putins und seines bisherigen Programmes, welches den Autor an die Ära Breschnjew erinnert.
Lenins Reich in Trümmern : Schatten über Russlands Zukunft		
Stuttgart; München: Deutsche Verl.-Anst., 2000	428 S.	
Adomeit, Hannes		Beste mir vorliegende Darstellung über die russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin einschließlich der Analyse der neuen Militärdoktrin und des neuen Sicherheitskonzeptes.
Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin: Neue Akzente oder gewohnte Großmachtstalgie?		
Ebenhausen : Stiftung Wissenschaft und Politik, 2000 (SWP – S 434)	146 S.	
Heinz Timmermann (Hg.)		Zur Zeit umfangreichste Gesamtanalyse der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik Putins. Unverzichtbar.
Ein Jahr Präsidentschaft Putin : Kolloquium der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, am 25. Januar 2001 / Hannes Adomeit / Roland Götz / Heinz Timmermann (Hg.)		
Berlin : Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001 (SWP-Studie; S 5)	87 S.	
Jelzin, Boris		Wichtiges Buch des früheren russischen Präsidenten über seine Amtszeit und die Hintergründe des Aufstieges von Putin. Bei allen Vorbehalten gegen die Person Jelzins ein interessantes und unverzichtbares Buch zum Verstehen der Hintergründe der russischen Politik in der zweiten Amtszeit Jelzins seit 1996.
Mitternachtstagebuch : Meine Jahre im Kreml		
München : Propyläen-Verl., 2000	384 S.	
Klebnikow, Paul		Hervorragende Studie über den Einfluß der Oligarchen im Allgemeinen und Boris Beresowskis insbesondere auf die Entscheidungen im Kreml während der Ära Jelzins. Die Hintergründe des Aufstieges Putins werden beleuchtet. Neben der Biographie von Alexander Rahr die beste Analyse des Einflusses der Oligarchen auf die Politik des Kreml.
Der Pate des Kreml : Boris Beresowski und die Macht der Oligarchen		
München : Econ, 2001	492 S.	
Peter W. Schulze, Hans-Joachim Spanger (Hg.)		Wichtige Studie über Staat und Gesellschaft Rußlands nach 1991. Fertiggestellt im Dezember 1999. Enthält wichtige, unverzichtbare Einzelaufsätze zu den obigen Themen.
Die Zukunft Rußlands : Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise		
Frankfurt am Main : Campus-Verl., 2000	424 S.	
Angelika Nußberger, Margareta Mommsen (Hrsg.)		Sammlung von Aufsätzen zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise im Rußland Jelzins. Unverzichtbar zum Verständnis der Probleme, denen sich Putin heute gegenüber sieht.
Krise in Russland : Politische und sozialrechtliche Lösungsansätze		
Berlin : Berlin Verl. Arno Spitz, 1999	229 S.	

hrsg. von Wolfgang Merkel und Andreas Busch		Wichtige Aufsätze zur demokratischen Entwicklung von der Prä- bis zur Postmoderne. Wolfgang Merkel entwickelt hier seinen Begriff der "Defekten Demokratie"; Margareta Mommsen untersucht das "System Jelzin" – Struktur und Funktionsweise des russischen "Superpräsidentalismus".
Demokratie in Ost und West		
Frankfurt am Main : Suhrkamp, 1999	718 S.	
Schneider, Eberhard		Beste Einführung in das politische System der Russischen Föderation. Enthält im Anhang die russische Verfassung.
Das Politische System der Russischen Föderation : Eine Einführung		
Opladen; Wiesbaden : Westdeutscher Verl., 1999	330 S.	
Beyme, Klaus von		Sozialwissenschaftliche Untersuchung über die Gründe des Untergangs der Sowjetunion und die Fehleinschätzungen in der Osteuropaforschung. Kapitel 9 beschäftigt sich kurz mit: Russland unter Putin – mehr Autokratie statt Anarchie ? Schwer zu lesen.
Russland zwischen Anarchie und Autokratie		
Wiesbaden : Westdeutscher Verl., 2001	162 S.	
Mommsen, Margareta		Unverzichtbares und meiner Meinung nach bestes Buch über die Entwicklung Rußlands unter Gorbatschow und Jelzin bis 1995. Aufgrund der fundierten Analysen, insondere der letzten beiden Kapitel: Der Tschetschenienkrieg und die Resowjetisierung des Systems sowie: Eliten und BÜRGER Rußlands auf der Suche nach Identität auch heute noch Grundlagenwerk, um die Entwicklung unter Putin zu verstehen.
Wohin treibt Russland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie		
München : Beck, 1996 (Becksche Reihe; 1002)	327 S.	
Gert-Joachim Glaeßner; Michal Reiman (Hrsg.)		Aufsätze über die Entwicklung in Russland und Osteuropa nach den jeweiligen Systemwechseln. Besonders interessant die Aufsätze von Margareta Mommsen: "Delegative", "halbierte" und "Nomenklatura"-Demokratien. Zu den Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen demokratischer Gemeinwesen in Osteuropa; Michal Reiman: Das sowjetische politische System und das neue Russland: Eine historisch-politologische Brachtung und Jutta Scherrer: Von der Krise im Selbstverständnis der russischen Intelligenzija. – Wichtige Einführung.
Systemwechsel und Demokratisierung : Russland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion		
Opladen : Westdeutscher Verl., 1997	277 S.	
Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute		Einführendes Lehrbuch zu ausgewählten Regierungssystemen Zentral- und Osteuropas. Russland wird dabei als präsidentielles Regierungssystem mit semi-präsidentiellen Elementen beschrieben. Gute Einführung.
Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas : Ein einführendes Lehrbuch		
Opladen : Leske + Budrich, 1999	230 S.	

hrsg. von Reinhard Mutz, Bruno Schoch und Ulrich Ratsch	★★★★★	Wichtige Beiträge zur Europäischen Sicherheitspolitik. Hier auch ein Kapitel. "Ein Jahr Putin – Wo steht Russland?" von Sabine Fischer und ein Beitrag zum Streit um die Raketenabwehr von Götz Neuneck.
Friedensgutachten 2001 / Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Kooperation mit Bonn International Center for Conversion (BICC), Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)		
Münster : Lit, 2001	357 S.	Interessantes, wenn auch von Spekulationen nicht freies Kurzportrait des derzeitigen russischen Präsidenten.
Wehner, Markus	★★★★★	
Von Jelzin zu Putin: in: Wolkogonow, Dimitri: Die Sieben Führer : Aufstieg und Untergang des Sowjetreichs		
Frankfurt am Main: Societäts-Verl., 2001	S. 530-542	

Sofern weitere Buchveröffentlichungen im Referat zitiert sind, die nicht unmittelbar mit Russland unter Putin zu tun haben, ist die jeweilige Veröffentlichung in den Fußnoten angegeben.

Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen

Aufgrund der großen Zahl an unselbstständigen Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften werden hier nur die für den Vortrag verwendeten Zeitungen und Zeitschriften genannt. Auf die jeweilige Veröffentlichung selbst wird in den Fußnoten hingewiesen. Benutzt wurden:

1. Die Beiträge von Werner Adam und Markus Wehner in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung seit August 1999.
2. Die Beiträge von Michael Thumann und seines Vorgängers Christian Schmidt-Häuer in der Wochenzeitschrift "Die Zeit".
3. Die Veröffentlichungen aus dem "Spiegel" zu Putin.
4. Beiträge der Zeitschrift "Osteuropa" und der bis zum Jahr 2000 von dem Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln herausgegebenen "Berichte" und "Aktuellen Analysen". Seit 2001 auch auf die Beiträge der Stiftung Wissenschaft und Politik und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, hier insbesondere die von der Körber-Stiftung herausgegebenen "GUS-Analysen". Die einzelnen Publikationen sind in den Fußnoten angegeben.
5. Das Heft Mai 2000 der Zeitschrift Internationale Politik, welches sich speziell mit dem Thema: "Russland unter Putin" beschäftigt und wichtige Aufsätze zu diesen Themen enthält, insbesondere von Otto Luchterhand und Margareta Mommsen. Sie sind in den Fußnoten angegeben.

Sofern weitere Veröffentlichungen verwendet wurden, sind sie ebenfalls in den Fußnoten angegeben.



Russland unter Putin : Neuer Präsident – neue Politik?

8. Fußnotenübersicht



 ⁽¹⁾ Zit. nach: Alexander Rahr: Wladimir Putin : Der "Deutsche im Kreml". München, 2000, S. 243 | ▲

⁽²⁾ Es gibt zahlreiche biographische Skizzen über Putin. Bei diesem Abschnitt stützte ich mich insbesondere auf folgende Bücher und Aufsätze: Werner Adam: "Das neue Rußland". Wien, 2000., S. 7-14. Tanja Wagensohn: Russland nach dem Ende der Sowjetunion. Regensburg, 2001, S. 180-182, Wehner, Markus: Von Jelzin zu Putin in: Dimitri Wolkogonow: Die Sieben Führer. Frankfurt, 2001, S. 538-540. Mannteufel, Ingo: Rußlands Interimspräsident Wladimir Putin in: Osteuropa 2/2000, S. 123-130. Hilfreich auch der Artikel: "Der Moralagent" von Michael Thumann in: "Die Zeit" vom 23.03.2000. Außerdem stützte ich mich auf die Putin-Biographien von Alexander Rahr, a.a.O., Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin. München, 2000 sowie: "Aus erster Hand: Gespräche mit Wladimir Putin, 2000" | ▲

⁽³⁾ Die Schreibweise der russischen Eigennamen richtet sich nach der jeweiligen Quelle. Ich habe sie nicht normiert. | ▲

⁽⁴⁾ Diese Auffassung vertritt Markus Wehner in seinem oben erwähnten Artikel: "Von Jelzin zu Putin". Diese Meinung kann selbstverständlich in dieser Form nicht belegt werden und ist spekulativ. | ▲

⁽⁵⁾ Dieses Zitat fand sich in mehreren Artikeln, die Putins Machtübernahme kommentierten. | ▲

⁽⁶⁾ Markus Wehner: "Von Jelzin zu Putin" in: Wolkogonow: Die sieben Führer, a.a.O., S. 539. | ▲

⁽⁷⁾ Die wichtigsten Personalveränderungen unter Putin wurden Ende März 2001 vorgenommen, als wichtige Minister, unter anderem der Innen- und der Verteidigungsminister ausgetauscht wurden. Dennoch hat Putin bisher relativ wenig personelle Veränderungen vorgenommen. Ob dies darauf beruht, dass er Jelzin zugesichert habe, für ein Jahr keine personellen Veränderungen zu unternehmen, wie Eberhard Schneider vermutet (SWP-Aktuell 8 vom April 2000, S. 1) oder ob dies auf dieser von Markus Wehner vermuteten Charaktereigenschaft beruht (Markus Wehner: Von Jelzin zu Putin in: Dimitri Wokogonow: Die sieben Führer, a.a.O., S. 539) ist unklar. | ▲

⁽⁸⁾ Als Beispiel hierfür kann das rigide Vorgehen gegen die Medien benannt werden, über das im Kapitel 2

berichtet wird. Außerdem kann die Behandlung des "Falles Nikitin" als Beispiel dafür gewertet werden. Dieser Umweltschützer hatte über die katastrophalen ökologischen Zustände in und um Murmansk für die norwegische Umweltorganisation Bellona veröffentlicht und wurde vom Inlandsgeheimdienst dafür wegen "Spionage" zehn Monate lang in Untersuchungshaft gehalten. Erst im Dezember 1999 wurde Nikitin vom St. Petersburger Stadtgericht in allen Anklagepunkten freigesprochen, doch Putin löste bei der Bildung seiner ersten Regierung das Staatskomitee für Umweltschutz auf und degradierte es zu einer Abteilung des Ministeriums für Rohstoffe. Putin ließ als Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB keinen Zweifel, daß es ausländische Umweltschützer im Zweifelsfall für Spione und einheimische von vornherein für Vaterlandsverräter hielt. «Quelle: Werner Adam: Das neue Rußland, a.a.O., S. 171/72».

Auch die Behandlung des russischen Rundfunkreporters Andrej Babizki, der für Radio Liberty aus Tschetschenien berichtete und russischen Siegesmeldungen mehrfach widersprach und dafür von russischen Soldaten festgenommen und wurde und mehrere Wochen spurlos verschwand, ist ein Beispiel dafür. Nachdem Moskau mehrere Wochen bestritt, etwas mit dem Fall zu tun zu haben, hieß es später, man habe ihn verhaftet, weil er keine Akkreditierung für das Kriegsgebiet besessen und mit bewaffneten Banden zusammengearbeitet habe. Putin sorgte zwar dafür, dass der Journalist aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, jedoch erst, nachdem dieser Fall weltweites Aufsehen erregt hatte. Später gab Babizki an, während seines Verschwindens vom FSB festgehalten worden zu sein. (Quelle: Tanja Wagensohn: Russland nach dem Ende der Sowjetunion, a.a.O., S. 186) | ▲

⁽⁹⁾ vgl.: Aus erster Hand: Gespräche mit Wladimir Putin, a.a.O., S. 222. | ▲

⁽¹⁰⁾ Die deutschsprachige Fassung des unter www.government.gov.ru einsehbaren Artikels ist abgedruckt im Anhang zu der Putin-Biographie von Wolfgang Seiffert. Bei der Darstellung und Bewertung dieser "reinsten Quelle" (Otto Luchterhand) von Putins politischem Denken stütze ich mich hauptsächlich auf folgende Quellen: Mannteufel, Ingo: Rußlands Interimspräsident Vladimir Putin, a.a.O., S. 126-130, Luchterhand, Otto: "Starker Staat" Russland in: Internationale Politik, Mai 2000, S. 9-14, Seiffert, Wolfgang: Wladimir W. Putin, a.a.O., sowie: "Die wirtschaftliche Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft in: Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 3/2000 von Roland Götz. Des weiteren stütze ich mich in der Analyse in diesem

Kapitel auf Wagensohn: Russland, a.a.O., S. 191-193 und die Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin / hrsg. von Hannes Adomeit, Roland Götz und Heinz Timmermann am 25. Januar 2001, SWP-Studie vom März 2001. Zur Analyse vgl. auch: Heinemann-Grüder, Andreas: Putins Reform der föderalen Strukturen: Vom Nachtwächterstaat zum Etatismus, in: Osteuropa Heft 9/2000, S. 979-990. | ▲

(11) Diese Ansicht wird vor allem von den Kommunisten vertreten. | ▲

(12) Zitate alle entnommen aus der Millenniums-Rede Putins, abgedruckt bei Seiffert, a.a.O., S. 139-164 | ▲

(13) An anderer Stelle, in dem Buch: "Aus erster Hand: Gespräche mit Wladimir Putin", a.a.O. erklärt der Präsident wörtlich: "Mir gefällt eigentlich eine andere Formulierung besser – nicht starke, sondern effektive Staatsmacht" (ebd., S. 207). Pragmatismus und Effizienz gehören zu den meist gebrauchten Begriffen in Reden Putins. | ▲

(14) Dieser wichtige Ausspruch findet sich in dem Artikel des "Stern": "Der Schattenmann" von Bettina Sengling vom 03.01.2000. Der Artikel ist abrufbar unter: www.stern.de. Ein weiterer guter Artikel aus dem "Stern" ist der unter der selben Internet-Adresse auffindbare Artikel: "Ein gemachter Mann", der im "Stern" vom 05.04.2001 erschienen ist. | ▲

(15) Die beste Erklärung hierfür gibt ein hochinteressanter Sammelband von Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten: Innen- und außenpolitische Perspektiven Russlands /hrsg. von Wolfgang Bergsdorf. - Erfurt, 2001. Wolfgang Leonhard diskutiert hier mit Wolfgang Bergsdorf, Erzbischof Longin, Sonja Margolina, Irina Scherbakowa und Gerhard Wettig. Irina Scherbakowa empfindet Putin als "großes Fragezeichen", der völlig undurchschaubar sei (ebd., S. 30-34). Denn er sei wahrscheinlich ein effektiver Manager, bei dem niemand wisse, ob er das meine, was er sage. Gerhard Wettig spricht - wie übrigens auch G. G. Diligenskij in seinem Aufsatz: "Putin und die russische Demokratie" in: Osteuropa, Heft 6/2001, S. 647-656, hier S. 653 - davon, Rußlands neuer Präsident habe mehrere Adressaten zu bedienen und konstatiert, man müsse von einer "Mehrgesichtigkeit" Putins ausgehen (ebd., S. 45). Es sei daher nicht sicher, was er wirklich denke und beabsichtige.

Auch Wolfgang Leonhard teilt in der Diskussion die Auffassung, Putin sei mehrgleisig, neigt aber, wie G. G. Diligenskij in seinem oben erwähnten Aufsatz dazu, Putin Glaubwürdigkeit zu unterstellen. Er sei ein widersprüchlicher Mensch, da er einerseits durch den

autoritären Stil im Geheimdienst, andererseits durch den Demokraten Sobtschak geprägt worden sei.

Wörtlich schreibt Leonhard: "Meine letzte Bemerkung gilt der Behauptung, Putin sei undurchschaubar. Gerhard Wettig hat es meiner Auffassung nach vielleicht zutreffender formuliert - die Mehrgleisigkeit, die verschiedenen widerprüchlichen Gesichter. Das würde ich in den Mittelpunkt stellen. Ich würde nicht soweit gehen wie Irina Scherbakowa, dass man Putin überhaupt nichts glauben kann. Nein, in manchen seiner Erklärungen hat er sich durchaus klar zu verschiedenen Dingen bekannt, wenn auch widersprüchlich. Auf die wohl für jeden Politiker interessante Frage: "Welches, Herr Putin, sind Ihre Vorbilder?" nannte Putin drei: Zar Peter den Großen, General de Gaulle und Ludwig Erhard. Immer, wenn ich das berichte, sagt man: "Herr Leonhard, das ist ja völlig widerspruchsvoll." Meine Antwort: "Das ist die Widersprüchlichkeit eines Menschen, der gleichzeitig für die harte Hand ist - Peter der Große -, für autoritäre Handlungsweisen, aber auf dem Boden der republikanischen Tradition steht, wie bei General de Gaulle und für den weitgehenden Verfechter der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, Ludwig Erhard." Ich halte ihn also nicht für undurchschaubar, sondern für widersprüchlich." (ebd., S. 54).

Die Widersprüchlichkeit erklärt Leonhard mit der Biographie Putins und seiner oben erwähnten Prägung sowohl durch den KGB wie auch durch Sobtschak, an dessen demokratischer Grundhaltung wohl kaum zu zweifeln sei: "Er nimmt vieles von Sobtschak auf, geht aber gleichzeitig zum KGB und meldet sich, um für den KGB zu arbeiten."

Diese Widersprüchlichkeit wird auch darin deutlich, dass er sowohl Andropow, als auch Sacharow verehrt, an dessen Grab er einen Kranz niederlegte (vgl.: Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten? , a.a.O., S. 12. Diligenskij zitiert in seinem Aufsatz den verstorbenen Regisseur Oleg Efremov mit den Worten, Putins Problem bestehe darin, daß ihm Dzerzinskij und Sacharow gleichermaßen lieb seien (G. G. Diligenskij: Putin und die russische Demokratie, a.a.O., S. 652). Nichtsdestotrotz weist die russische Historikerin Irina Scherbakowa (in: Was haben wir von Putin zu erwarten?) eindeutig auf autoritäre und restaurative Tendenzen unter Putin hin, die im Kapitel "Medien" und im Verhältnis zu Stalin sichtbar werden und die auch Otto Luchterhand in seinem Aufsatz: "Starker Staat" Russland, a.a.O., S. 9 vertritt. Diese Position, die gleich erläutert wird, teile ich. | ▲

⁽¹⁶⁾ Diese Auffassung vertritt Otto Luchterhand in seinem Aufsatz: "Starker Staat" Russland, a.a.O., S. 9 (ebd.). | ▲

(17) Dies ist eigenartig an der "Sphinx" Putin: in Worten bekennt er sich zu Demokratie und Rechtsstaat, wie etwa in seiner Ansprache anlässlich der Ordensverleihung an Boris Jelzins anlässlich des 10. Jahrestages von dessen Wahl zum russischen Präsidenten ersichtlich wird. Die politische Praxis sieht allerdings anders aus. Ich vermute, dass Putins "Prägung" durch seine Geheimdiensttätigkeit (so Ingo Mannteufel: Interimspräsident Putin, a.a.O., S. 126) dafür verantwortlich ist, die eben stärker ist als die Prägung durch den Demokraten Sobtschak. Vgl. hierzu auch Fußnoten 15 und 205. | ▲

(18) zit. nach: Tanja Wagensohn: Russland nach dem Ende der Sowjetunion, a.a.O., S. 191 | ▲

(19) Eberhard Schneider in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 21 | ▲

(20) Die Zitate sind der SWP-Studie: Ein Jahr Präsidentschaft Putin, a.a.O., S. 9-11 entnommen. | ▲

(21) Ende Zitat des oben erwähnten Abschnittes der Stiftung Wissenschaft und Politik. | ▲

(22) Otto Luchterhand: "Starker Staat Rußland" : Putins ehrgeiziges Programm, a.a.O., S.13/14 | ▲

(23) Luchterhand teilt damit meinen oben erwähnten Befund, sein Bekenntnis zum "starken Staat" verrate ein autoritäres Weltbild. Ich gehe im Fazit dieses Vortrages nochmals ausführlicher auf diesen Aspekt ein. | ▲

(24) Zit. nach: Aus erster Hand: Gespräche mit Vladimir Putin, a.a.O., S. 222 | ▲

(25) Diese Feststellungen sind entnommen dem Abschnitt: "Politische Stabilität, Rückschritt für die Demokratisierung" von Gerhard Simon in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O. Vgl. zu Putins Popularität auch den Artikel von Markus Wehner in der FAZ vom 01. 06.2001: "Putin ist der Gefangene seiner Popularität" | ▲

(26) Vgl. zu dieser Thematik: Markus Wehner: Herrschaft der Oligarchen und Interessengruppen in der FAZ vom 24.04.2001. | ▲

(27) Einen Überblick über die Besitzverhältnisse der Medien gibt der Artikel von Michael Thumann: "Einmal Glasnost und zurück" in der "Zeit" vom 26.04.2001. Ich stütze mich bei diesem Abschnitt auf die Artikel von Markus Wehner, Michael Thumann, Das Buch: Russland nach dem Ende der Sowjetunion von Tanja Wagensohn, S. 193 und die Artikel: "Wie abhängig ist Putin von den Oligarchen" von Eberhard Schneider

sowie: "Wie haben sich die Bedingungen für die Medienfreiheit unter Putin entwickelt?" von Peter Hübner (beide in der Studie: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O.) | ▲

(28) Am besten wird Beresowskis Einfluss geschildert in der Putin-Biographie von Alexander Rahr, a.a.O. sowie in der Biographie von Paul Klebnikow: Beresowski: Der Pate des Kreml: Boris Beresowski und die Macht der Oligarchen. München : Econ, 2001. | ▲

(29) Eberhard Schneider: Wie abhängig ist Putin von den Oligarchen? In: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin": SWP-Studie, S. 18. Laut Wolfgang Leonhard wurde bei den Gesprächen folgender Kompromiss erzielt: "Die Putin-Führung versprach keine neuen Verstaatlichungen vorzunehmen und nicht zu untersuchen, woher die Milliarden kommen, über die die Öligarchen vergüten. Andererseits versprachen die Öligarchen, auf eine Konfrontation gegen die Putin-Führung zu verzichten, keine "unsauberen Geschäfte größeren Stils" zu machen, die Steuern zu bezahlen und ihren Einfluss auf die politischen Regierungsentscheidungen zu verringern." (Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten?, a.a.O., S. 22).

Gerhard Wettig hat in derselben Publikation jedoch auf den Druck Putins auf die Öligarchen hingewiesen, so dass das Wort "Kompromiss" wohl falsch ist. Er schreibt, Putin habe die Öligarchen zu sich gerufen und gesagt: "Wenn ihr brav seid, dann vergessen wir, wie Ihr zu Eurem Reichtum gekommen sei. Dann werden wir auch kein genaues Auge auf Euch werfen." Das hieß mit anderen Worten: Wenn ihr nicht so wollt wie ich, dann werde ich Euch mit aller Härte des Gesetzes bestrafen – eine Einstellung, die das Recht zu einer selektiv gegen politische Gegner zu gebrauchenden Waffe macht." (ebd., S. 49). So werde – so Wettig – putin-frommes Verhalten zur Bedingung für diesen "Kompromiss" gemacht. Eine korrekte Feststellung, wie ich finde. | ▲

(30) Zit. nach: Michael Thumann: "Einmal Glasnost und zurück", a.a.O. | ▲

(31) zit. nach: ebd. | ▲

(32) Angaben nach Markus Wehner: "Herrschaft der Oligarchen und Interessengruppen", a.a.O. | ▲

(33) Peter Hübner: Wie haben sich die Bedingungen für die Medienfreiheit in Rußland entwickelt? In: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O. | ▲

(34) hier zit. nach Hübner, a.a.O. Vgl. auch den Artikel im Internet: "Russischer Geheimdienst setzt Provider unter Druck" unter

www.ix.heise.de/newsticker/data/fr-21.05.99-000/ |



(35) Mit dieser Meinung stehe ich nicht alleine da. Auch die russische Historikerin Irina Scherbakowa teilt diese Auffassung. Sie schreibt im Band: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.o., S. 33: "Es ist eine ganz gefährliche Geschichte, wenn ein Mensch ohne politische Erfahrung, ohne Parteierfahrung, ohne Druck aus seiner Partei selbst allein steht, ohne Opposition...Die Glorifizierung unter Jelzin kann man überhaupt nicht mit dem vergleichen, was sich jetzt um Putin herum abspielt. Es gab immerhin keine Schulbücher, in denen die Kindheit von Jelzin als Musterkindheit dargestellt wurde. Was wir jetzt in St. Petersburg erlebt haben: Es gibt dort ein Schulbuch, in denen Putin den Kindern als Beispiel des Musterknabens angeboten wird. Und das sind für mich gefährliche Anzeichen." (ebd.) Vgl. auch den Artikel von Markus Wehner: "Ein scheinbar Liberaler" in: FAZ vom 07.05.2001. | ▲

(36) Christian Schmidt-Häuer: "Falscher Freund: Wladimir Putin schaltet die Pressefreiheit ab". In: Zeit vom 26.04.2001. | ▲

(37) zit. nach: Aus erster Hand: Gespräche mit Vladimir Putin, a.a.O., S. 169 | ▲

(38) Markus Wehner: "Ein scheinbar Liberaler" in: FAZ, 07.05.2001 | ▲

(39) DPA-Meldung: "Putin zufrieden mit erstem Jahr im Amt – "Nur Lebensniveau schlecht"" vom 07.05.2001. | ▲

(40) ebd. | ▲

(41) Ich stütze mich hier auf den Artikel: "Vorrang für militärische und Sicherheitsbelange?" von Hannes Adomeit in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin, a.a.O., S. 13.16 | ▲

(42) Vgl. DPA-Meldung von Nick Allen vom 01.06.01. | ▲

(43) Adomeit, a.a.O. | ▲

(44) Claus D. Kernig: Lenins Reich in Trümmern: Schatten über Rußlands Zukunft. München, 2000, S. 396 | ▲

(45) Vgl. hierzu das Kapitel: "Der Verfall der Armee", in: Tanja Wagensohn: Rußland nach dem Ende der Sowjetunion, a.a.O., S. 232-235. | ▲

(46) Kernig, a.a.O., ebenso: Walter Schilling: Russlands Militärmacht in: Internationale Politik, Mai 2000, S.28

| ▲

(47) Diese Feststellung und Zahlen nach Adomeit, der sich also der Analyse Kernigs anschließt, vgl. a.a.O. | ▲

(48) Begriff hier entnommen aus: Werner Adam: Das neue Rußland, a.a.O., S. 183. Eine Analyse der Petersburger Seilschaft Putins findet sich in zahlreichen Publikationen. Gut hierzu auch: Wolfgang Seiffert, Wladimir W. Putin, a.a.O., S. 58. | ▲

(49) Die Zeitung: "Sewodnja" sieht die "Petersburg Connection" nach der Regierungsumbildung wesentlich gestärkt und spekuliert darauf, das Ministerpräsident Kasjanow als Kompromisskandidaten bald durch Wirtschafts- und Handelsminister Gref abgelöst werde. Der andere Petersburger, Verteidigungsminister Sergej Iwanow, werde sich nicht in Grefs Wirtschaftsprojekte einmischen, sondern ihm vom Sicherheitsapparat her den Rücken freihalten. "Auf diese Weise wird die ‚Petersburger Mannschaft‘ die Regierung völlig unter ihre Kontrolle nehmen: Gref in der Wirtschaft und Iwanow im Machtapparat" (DPA-Meldung vom 31.03.2001. | ▲

(50) "Frisches Blut für den Kreml" in: Der Spiegel 23/2001 vom 04.06.2001, S. 142 | ▲

(51) Vgl. das Portrait Sergej Iwanows im "Spiegel" 5/2001 vom 29.01.200, in der FAZ von Markus Wehner vom 30.03.2001 sowie den hochinteressanten Abschnitt in dem Buch: "Aus erster Hand: Gespräche mit Wladimir Putin, a.a.O., S. 230-232, in welchem er Iwanow und Patruschew neben dem Leiter seines Wahlkampfstabes, Dima Medwedew, ausdrücklich als Männer seines Vertrauens benennt, mit denen er auf gleicher Wellenlänge liege. Außerdem vertraue er dem Wirtschaftsfachmann Alexej Kudrin, den er im Mai 2000 zum Finanzminister als Nachfolger des zum Ministerpräsidenten berufenen Michail Kasjanow ernannte sowie den Philologen Igor Setschin, der ihm als Dolmetscher dient. | ▲

(52) Alexander Rahr: Wladimir Putin, a.a.O., S. 46. | ▲

(53) Vgl. hierzu: Ingo Mannteufel, Rußlands Interimspräsident Vladimir Putin, a.a.O., S. 126 und Alexander Rahr: Wladimir Putin, a.a.O., hier S. 248 | ▲

(54) Mannteufel, a.a.O. | ▲

(55) Werner Adam, a.a.O. | ▲

(56) ebd., S. 184 | ▲

(57) Wladimir Putin: "Russland an der

Jahrtausendwende" in: Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a.O., S. 141 | ▲

(58) Länderanalyse Rußland der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Jahreswechsel 1999/2000: Nach dem Rücktritt Jelzins: Hoffnung auf Reformfortschritt, S. 8/9 | ▲

(59) Neben der bei Seiffert abgedruckten Millenniumsrede stütze ich mich auf die Analysen von Mannteufel: Rußlands Interimspräsident Vladimir Putin, a.a.O., S. 128 sowie den Beitrag von Roland Goetz: "Die wirtschaftspolitische Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft" in: Aktuelle Analysen des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln vom 06. Januar 2000. | ▲

(60) Wladimir W. Putin: Rußland an der Jahrtausendwende in: Seiffert: Vladimir W. Putin, a.a.O., S. S. 142. | ▲

(61) Putin: Rußland an der Jahrtausendwende in: Seiffert, a.a.O., S. 158 | ▲

(62) Putin: Rußland an der Jahrtausendwende, in: Seiffert, a.a.O., S. 163 | ▲

(63) Goetz: "Die wirtschaftspolitische Programmatik...", a.a.O., hier S. 5 | ▲

(64) Goetz: "Die wirtschaftspolitische Programmatik...", a.a.O., S. 2 | ▲

(65) Michail Gorbatschow in: "Der Spiegel 2/2000 vom 10.01.2000, S. 122-123", hier zit. nach: Mannteufel: Rußlands Interimspräsident Vladimir Putin, a.a.O., S. 128 | ▲

(66) Vgl. auch die zum Teil heftige Kritik, die Wolfgang Seiffert an diesen Ökonomen und Juristen übt (Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a.O. S. 79/80): Er schreibt: "Indessen zeigen die praktischen Erfahrungen, dass man im gegenwärtigen Rußland ohne die ordnende Hand des Staates nicht auskommt und dass hierbei abstrakte ausländische Modelle nicht einfach übertragen werden können." Seifferts Meinung nach brauche Rußland eine Nutzung der eigenen historischen Erfahrungen. Die gäbe es: die Reformen Peters des Großen und die Wirtschaftspolitik des russischen Finanzministers Sergej Witte im 19. Jahrhundert, der die eigene Industrie durch hohe Einfuhrzölle schützte und durch Heranziehung ausländischen Kapitals in großem Stil die Industrialisierung Rußlands voranbrachte. Ich als Referent teile die wirtschaftspolitischen Ansichten Seifferts (vgl. ebd. S. 77-84) und beurteile daher auch die Rede Putins wesentlich positiver als Roland Goetz, a.a.O. | ▲

(67) Vgl.: Alexander Jarjin: "Russlands neuer Wirtschaftskurs hat viele Autoren": DPA-Meldung vom 16.05.2001. Die zentrale Stelle: "Wichtige Punkte des Gref-Programms wurden jedoch durch den als gemäßigt reformorientierten Kasjanow geändert. So korrigierte Kasjanow etwa das von Gref jährlich erwartete Wirtschaftswachstum von acht bis zehn Prozent auf vier bis 4,5 Prozent nach unten." Dies entspricht westlichen Schätzungen: Prof. Dr. Heinrich Vogel, der Direktor des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln schrieb am 29.07.1999 in der FAZ unter dem Titel: "Rußland steckt in einem Rückstau ungelöster Probleme": "Im Licht der vorliegenden makroökonomischen Daten, insbesondere des seit 1991 verzeichneten Rückgangs der Realinvestitionen um rund 75%, kann als Maximum für den Zehnjahreszeitraum bis 2010 eine durchschnittliche Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von nicht mehr als vier Prozent angenommen werden – weit weniger, als das Wirtschaftswachstum in den vergangenen zehn Jahren." Es demonstriert für mich die taktische Flexibilität und Lernfähigkeit Putins, auf diese "realistische Linie" Kasjanows eingeschwenkt zu sein. |

(68) Putin: Rußland an der Jahrhundertwende, in: Seiffert, a.a.O., S. 158. Dies zeigt, dass Putin sich in der Tat zumindest an den Parolen Ludwig Erhards orientiert, der ja – wie oben erwähnt – nach eigenem Bekunden sein Vorbild ist. Es zeigt im übrigen ganz deutlich, dass Putin selber kein Wirtschaftsliberaler im westlichen Sinne ist. Es ist zwar richtig, dass er sich mit Wirtschaftsliberalen wie Gref oder Illarionow umgeben hat. Wolfgang Leonhard schreibt hier in seinem Aufsatz: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.O., S. 22 : "Russland hat heute mit Putin einen national- autoritären Präsidenten, der das Land zentralisiert, die autoritären Strukturen verstärkt, die Autonomie der Regionen drastisch beschränkt, aber gleichzeitig im wirtschaftlichen Bereich liberale Reformer in Schlüsselstellungen eingesetzt, ein klares Wirtschaftsprogramm verkündet hat und mit Entschlossenheit eine marktwirtschaftliche Entwicklung vorantreibt. In der russischen Presse wird diese Kombination als "südkoreanisches Modell" bezeichnet." Gerhard Wettig weist aber in der selben Publikation darauf hin, dass sich Putin zwar offiziell zur Marktwirtschaft bekenne, jedoch immer wieder deutlich gemacht habe – und die oben zitierte Äußerung aus der Millenniumsrede beweist dies meiner Meinung nach – dass er im Staat den Retter, den Heiler auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht sehe (ebd. S. 43). Insofern wäre es meiner Auffassung nach tatsächlich falsch, Putin als Wirtschaftsliberalen zu bezeichnen.

Für mich vertritt er im wirtschaftlichen Bereich – wie die obige Äußerung zeigt – ein Konzept der sozialen Marktwirtschaft nach dem Vorbild Ludwig Erhards. | ▲

⁽⁶⁹⁾ Christian Schmidt-Häuer: Rußland im Aufruhr: Innenansichten aus einem rechtlosen Reich. München, 1993, S. 147 | ▲

⁽⁷⁰⁾ Die Kritik Schmidts am IWF hat dieser häufig geäußert. Ich zitiere sie hier aus dem Nachwort Helmut Schmidts zu dem Buch: "Chinesische Reise" von Georg Blume und Chikako Yamamono, S. 154. Gernot Erler übte die Kritik am IWF in einem Artikel in der Frankfurter Rundschau: "Das organisierte Verhängnis: Die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) gegenüber Rußland" vom 24.11.1999.

Dieser Artikel ist für mich die fundierteste Kritik und Analyse der Politik des IWF gegenüber Rußland. Fairerweise muss jedoch angemerkt werden, dass nicht der IWF alleine, sondern auch interne Ursachen (niedrige Steuereintreibung, Ineffizienz der staatlichen Verwaltung, Kreditaufnahme an den Kreditmärkten nicht nach objektiven Finanzierungsmöglichkeiten, sondern nach den Haushaltswünschen auf allen Staatsebenen) für die schlechte wirtschaftliche Lage in Russland verantwortlich sind. Vgl. hierzu den wichtigen Artikel von: Andrej Zagorskij: "Stabilisierungspolitik von außen" in: Krise in Russland: Politische und sozialrechtliche Lösungsansätze / Angelika Nußberger, Margareta Mommsen (Hrsg.). Berlin, 1999, hier S. 221/222). | ▲

⁽⁷¹⁾ Werner Adam: Das neue Rußland, a.a.O., S. 166. Zu den katastrophalen Folgen der Jelzinschen Wirtschaftspolitik, die weite Teile der Bevölkerung in Armut stürzte vgl. auch: Nowak, Bernhard: Rußland unter Gorbatschow und Jelzin : Der politische Wandel in Rußland 1985 – 1986, unveröff. Manuskript, Kapitel: Wirtschaftsreform und soziale Lage in Rußland seit 1991 und die hier aufgeführten Quellen. Hier stellte ich fest – diese Zahlen sind inzwischen mehrfach bestätigt worden, dass es zu einem Rückgang der Industrieproduktion um 30%-50% gekommen ist.

Roland Goetz stellt in seinem Aufsatz: "Die wirtschaftliche Kluft zwischen Rußland und dem Westen" in: "Rußland in Europa?" / hrsg. vom Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Köln, 2000 fest, die gesamtwirtschaftliche Produktion sowie die Agrarproduktion seien gegenüber 1991 um rund 40% gesunken, die Industrieproduktion um rund 50%. (ebd., S. 137). Es handelt sich um den mit Abstand besten Aufsatz zur russischen und sowjetischen Wirtschaft im letzten Jahrhundert. Auch andere neuere Quellen sprechen von einer Halbierung der

Industrieproduktion, etwa der Artikel von Sebastian Post im Internet: "Russland – Ein Land im Aufbruch?" ,nachzulesen unter www.em-research.de/documents/analysen/russland01.shtml). | ▲

(72) Er sagte wörtlich. "Wir sind Geiseln einer Ökonomie geworden, die auf populistischer Politik basiert." Zit. nach: Putin fordert starken Staat – Missstände in Russland angeprangert. DPA-Meldung vom 08.07.2000. | ▲

(73) Vgl. ebd. sowie: Elfie Siegel: "Putin gesteht Russlands Rückständigkeit ein" in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.07.2000, S. 17. | ▲

(74) Vgl. hierzu: Rußland: Wende im Verhältnis zum IWF? Moskau verzichtet vorläufig auf Gelder des Fonds (SWP-Aktuell 7, April 2001, von Ognian N. Hishow). | ▲

(75) Zahlen nach: FAZ-Länderanalyse Rußland, April 2001, S.8, GUS Barometer, Nr. 26, März 2001, S.2. , Wochenzeitung. "Die Zeit" vom 05. April 2001, "Spiegel" 14/2001 vom 02.04.2001, Wolfgang Leonhard: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.O., S. 20. | ▲

(76) "Russische Handelsbilanz: Ist der Aufschwung gefährdet?" in: SWP-Brennpunkt vom 20.05.2001 | ▲

(77) German Gref: "Stand und Entwicklungsperspektiven der russischen Wirtschaft" in: FAZ-Länderanalyse Rußland, April 2001, S. 19 | ▲

(78) zit. nach: Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten?, a.a.O., S. 20 | ▲

(79) ebd. Allerdings ist – wie Gerhard Wettig in derselben Publikation völlig zu Recht anmerkt, die wirtschaftliche Situation in Russland nach wie vor schlecht. Völlig unzureichende Gehälter oder Renten zwängen – so weit die Möglichkeit bestände, zu Zweit-; Dritt- oder Viertjobs. "In vielen Fällen ist die Datscha mit kleinen Gärtchen drumherum eine wichtige Lebensgrundlage, indem die geernteten Gemüse und Früchte dem Eigenverbrauch und/oder dem Straßenverkauf dienen." (ebd., S. 50). | ▲

(80) Angaben nach FAZ-Länderanalyse Rußland, April 2001. | ▲

(81) Angaben nach Wolfgang Leonhard: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.O. S. 20 | ▲

(82) ebd., S. 20. | ▲

(83) ebd., S. 8. | ▲

⁽⁸⁴⁾ Markus Wehner: "Putin ist der Gefangene seiner Popularität" in: FAZ vom 01.06.2001 | ▲

⁽⁸⁵⁾ Wehner, ebd. Erst am 15.06.2001 billigte die Duma in erster Lesung ein Gesetz, welches die Privatisierung von Grund und Boden zuließ. | ▲

⁽⁸⁶⁾ In einer Rede am 6. Juni 2000 verkündete Putin folgende Ziele: Verbesserung des Schutzes des Eigentums, gleicher Wettbewerb für alle, Befreiung der Unternehmer von überflüssigen Einmischungen durch den Staat, Senkung der Steuerlast, Reform des Bankwesens, deren Tätigkeit transparenter werden solle, Betreiben einer "realistischen" Sozialpolitik, d.h. Streichung von Beihilfen und Vergünstigungen und Finanzierbarkeit sozialer Gesetze. Staatlicher Paternalismus sei ökonomisch nicht mehr möglich und politisch nicht zweckmäßig. (Zit. nach: Wolfgang Leonhard: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.O., S. 21. | ▲

⁽⁸⁷⁾ Zit. nach: Wladimir W. Putin: "Russland an der Jahrtausendwende" in: Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a.O., S. 139 | ▲

⁽⁸⁸⁾ Mit der Außen- und Sicherheitspolitik Putins beschäftigt sich auch eine Sondernummer der Zeitschrift: Osteuropa: Russische Außenpolitik von El'cin zu Putin, Heft 4/5 2001, Hannes Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin (Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2000), "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., Kapitel: Neues außenpolitisches Profil. Ansatzweise stütze ich mich noch auf das Buch von Werner Adam: Das neue Rußland, a.a.O. Kapitel: "Neues altes Denken, S. 189-193 und Tanja Wagensohn: Russland nach dem Ende der Sowjetunion, a.a.O. Informationen über die Außenpolitik Rußlands unter Putin geben auch die regelmäßig erscheinenden GUS-Barometer, die von der Körber-Arbeitsstelle, einer gemeinsamen Einrichtung der Körber-Stiftung, Hamburg und des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin herausgegeben werden. Ich stütze mich bei der Analyse der russischen Außenpolitik unter Putin insbesondere auf die seit Amtsantritt Putins erschienenen Barometer 24, 25 und 26 vom Juni und November 2000 und dem März 2001. Vgl. auch: Wolfgang Leonhard: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.O., Kapitel: Außenpolitik, S. 22 | ▲

⁽⁸⁹⁾ Das Konzept ist abgedruckt in der Zeitschrift: "Internationale Politik Heft 5/2000: "Rußland unter Putin" im Dokumentenanhang, S. 81-96. | ▲

⁽⁹⁰⁾ Das Dokument liegt mir nicht vor. Ich stütze mich hier auf Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, a.a.O.

Quellenangaben zu den Dokumenten siehe dort. Außerdem vgl. die Bewertung dieser Dokumente im Internet: Russland: Sicherheitskonzept Russlands Wunschdenken? unter: www.geopowers.com/Machte/Russland/russland.html sowie die ausführliche Bewertung der Militärdoktrin von Horst Hofmann: Die russische Militärdoktrin 2000 vom März 2001 unter: <http://members.magnet.at/sich.politik/midokneu.htm> | ▲

⁽⁹¹⁾ Darstellung nach Wolfgang Seiffert: Wladimir Putin, a.a.O., S. 88 und Tanja Wagensohn: "Russland nach dem Ende der Sowjetunion, a.a.O., S. 184 sowie Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, a.a.O. | ▲

⁽⁹²⁾ Zit. nach Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, a.a.O., S. 16/17 | ▲

⁽⁹³⁾ Adomeit, a.a.O., "Konzeption der nationalen Sicherheit" in. "Internationale Politik", S. 94. | ▲

⁽⁹⁴⁾ Zit. nach: Tanja Wagensohn. Rußland nach dem Ende der Sowjetunion, a.a.O., S. 184 | ▲

⁽⁹⁵⁾ "Konzeption der Nationalen Sicherheit" in: Internationale Politik, a.a.O., S. 82, zitiert von mir. Adomeit erwähnt den Satz in seiner Publikation: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, a.a.O. auf S. 13 | ▲

⁽⁹⁶⁾ "Konzeption der Nationalen Sicherheit", a.a.O., S. 83, zitiert von mir. Walter Schilling: Russlands Militärmacht in: Internationale Politik, Mai 2000, a.a.O. erklärt sogar kurz und bündig: "Die machtpolitischen Interessen Russlands sind mit dem Aufstieg Putins zum wichtigsten Orientierungspunkt der Politik geworden" (ebd., S. 26). Dies gilt meiner Meinung nach aber schon für die Politik unter Jelzin, wie die unten weiter ausgeführte Tatsache zeigt, dass antiwestliche Stellungnahmen in der neuen Militärdoktrin unter Putin wieder abgeschwächt wurden, vgl. Anm. 90. | ▲

⁽⁹⁷⁾ Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, a.a.O., S. 14 | ▲

⁽⁹⁸⁾ vgl. die eingehende Analyse der Militärdoktrin bei Adomeit, S. 18-20 | ▲

⁽⁹⁹⁾ Adomeit, ebd., S. 24, Einschätzung S. 26-36 | ▲

⁽¹⁰⁰⁾ Adomeit, S. 29 | ▲

⁽¹⁰¹⁾ Adomeit, S. 30 | ▲

⁽¹⁰²⁾ Adomeit, S. 19 | ▲

(103) Zit. nach: Adomeit, S. 31 | ▲

(104) "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 45. Der Artikel stammt ebenfalls von Hannes Adomeit. Vgl. dazu auch Walter Schilling: Russlands Militärmacht, a.a.O., S. 26 | ▲

(105) Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, a.a.O., S. 32 | ▲

(106) Vgl. zu den Beziehungen Rußlands zur EU auch den Artikel von Peter W. Schulze: Vom Nichtverhältnis zur vorsichtigen Annäherung: Rußland und die Europäische Union" in: Osteuropa, Heft 4/5, 2001, S. 440-454. Auch er stellt eine Normalisierung der Beziehungen fest. Mit der Präsidentschaft Putins, der die Beziehungen EU-Russland nicht nur unter machtpolitischen, sondern unter wirtschaftspolitischen Aspekten betrachte, werde ein neues Kapitel in den russisch-europäischen Beziehungen aufgeschlagen (vgl. insbesondere S. 449-451. | ▲

(107) Heinz Timmermann: "Soll der Westen Rußland isolieren, ignorieren oder engagieren? in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 71. | ▲

(108) Zeitungsbeitrag des russischen Außenministers Igor Iwanow in der Nesawissimaja Gaseta vom 20.01.2000, abgedruckt in: Internationale Politik: Rußland unter Putin, Dokumente, S. 96-99, hier zitiert S. 97-98 | ▲

(109) Zit. nach: Hannes Adomeit: "Konzeptionelle Leitlinien in der Außenpolitik Rußlands" in: Osteuropa, Heft 4/5 2001, S. 365. Dieselbe Sichtweise in: Werner Adam: Das neue Rußland, a.a.O., S. 189-193. | ▲

(110) Vgl.: "Sicherheitskonzept Russlands Wunschenken?" Es handelt sich um einen Bericht im Internet über das neue nationale Sicherheitskonzept Russlands und fasst die Konzeption für Nationale Sicherheit vom 10.01.2000, die Militärdoktrin vom 22.4.2000, die Außenpolitische Konzeption und die Doktrin für Informationssicherheit. Diese wichtige Quelle findet sich im Internet unter: www.geopowers.com/Machte/Russland/russland.html. | ▲

(111) Zit. nach: Werner Adam: Das neue Rußland, a.a.O. S. 189 | ▲

(112) vgl. hierzu den gleichnamigen Artikel von Roland Götz in: Osteuropa, Heft 4/5 2001, S. 367-376 und: Hannes Adomeit: Großmachtanspruch oder Anpassung an neue Gegebenheiten? In: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 46. | ▲

(113) Nicht umsonst fordert er nachdrücklich eine

"Ökonomisierung" der Außenpolitik und lehnt die traditionell machtpolitische Sichtweise ab. Dies wird etwa in seiner Millenniumsrede angesprochen. Vgl. auch den Beitrag von Peter W. Schulze: Vom Nichtverhältnis zur vorsichtigen Annäherung: Rußland und die Europäische Union in: Osteuropa, Heft 4/5, 20001, S. 451 und 453. | ▲

(114) Angaben vom Januar 2000, Zit. nach: Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, a.a.O., S. 72 | ▲

(115) Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, a.a.O., S. 72 | ▲

(116) Adomeit, a.a.O., S. 62 | ▲

(117) Adomeit, a.a.O., S. 62, vgl. auch das Kapitel: Der Verfall der Armee in: Wolfensohn: Russland nach dem Ende der Sowjetunion, a.a.O., S. 232-235 und v.a.: Franz Walter: Putin und das Militär: Rußlands Militärorganisation vor einer neuen Reformrunde in: Osteuropa 12/2000, S. 1316-1328, Franz Walter: Zur Entwicklung der russischen Streitkräfte in: Osteuropa 2/2000, S. 131-143. Siehe auch: Walter Schilling: Russlands Militärmacht in: Internationale Politik, a.a.O., S. 26. "Ohne die Bereitschaft, die Streitkräfte drastisch zu verkleinern, wird es im Wesentlichen bei dem aktuellen Zustand bleiben, dass nur etwa ein Drittel der Einheiten und Verbände als voll einsetzbar gelten kann. Das mühsame Niederringen der "Terroristen" im Kaukasus und die erklärte Bereitschaft zum Rückgriff auf nukleare Waffen, wenn mit konventionellen Mitteln die Sicherheit des Landes nicht gewährleistet werden kann, belegen eindrucksvoll, wie ernst der Zustand der russischen Militärmacht ist." (ebd.) | ▲

(118) Franz Walter: Putin und das Militär, a.a.O., S. 1319, Adomeit, a.a.O., S. 67-69 und S. 130 | ▲

(119) Franz Walter: Putin und das Militär, a.a.O., S. 1319 | ▲

(120) Zitate der verschiedenen Putin-Reden bei Adomeit, a.a.O., S. 90. Ich bin auf diese Vorstellungen bereits oben eingegangen und teile die skeptische Bewertung Adomeits und Kernigs (vgl. Kapitel 3, Fußnoten 44-47) | ▲

(121) Vgl. hierzu: Markus Wehner: "Es gibt keinen anderen amerikanischen Präsidenten" in: FAZ vom 12.06.2001, S. 3 | ▲

(122) Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, a.a.O., S. 114 | ▲

(123) Adomeit, a.a.O., S. 114, ähnliche Zahlen bei Bernd

W. Kubbig/Götz Neuneck: Raketenabwehrpläne in Zeiten des amerikanischen Wahlkampfes" in: Friedensgutachten 2000 / hrsg. von Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz und Bruno Schoch. Das Gutachten wird gemeinsam herausgegeben von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (ISFH) und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), S. 254. Die etwas geringeren Zahlenangaben bei Kubbig/Neuneck lassen sich damit erklären, dass hier nur die beantragten Mittel der Clinton-Administration benannt werden und nicht die wahrscheinlich anfallenden Gesamtkosten. Beide (Adomeit und Kubbig/Neuneck) nennen für ihre Zahlen leider keine direkten Quellen. | ▲

(124) Adomeit, a.a.O., S. 114 | ▲

(125) So etwa in seiner Grundsatzrede vor der russischen Duma anlässlich der Ratifizierung des Start-II-Vertrages am 14.04.2000, vgl. dazu Adomeit, a.a.O., S. 112 | ▲

(126) Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, a.a.O., S. 115/116. Vgl. auch die Ankündigung von Putins Gegenmaßnahmen im Falle des Bruches des bestehenden ABM-Vertrages: Putin droht USA im Streit um Raketenabwehr mit atomarer Aufrüstung. DPA-Meldung vom 23.06.2001. Putin sagt darin, ein Bruch des bestehenden ABM-Vertrages bedeute, dass alle Länder, darunter Russland, das Recht bekämen, ihre Raketen mit atomaren Mehrfach-Sprengköpfen zu bestücken. "Das ist die billigste Antwort, gegen die es in den nächsten 50 oder vielleicht 100 Jahren keinen Schutz geben wird", betonte Putin in ungewohnter Deutlichkeit (zit. nach: ebd.) | ▲

(127) ebd., S. 116 | ▲

(128) Wolfgang Leonhard spricht ganz explizit davon, die russische Führung unterscheide zwischen den Ländern, die früher im Warschauer Pakt gewesen seien und den Ländern, die früher zur Sowjetunion gehört hätten. "Unverblümt und offen wird ausgesprochen, dass der Beitritt baltischer Staaten zur NATO zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, vielleicht sogar zu einer neuen Konfliktsituation führen könnte. (zit. nach: Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten?, a.a.O., S. 23. Ich stimme als Referent diesen Ausführungen zu und stehe daher einer zweiten Runde der NATO-Osterweiterung sehr kritisch gegenüber. Das gleiche hat auch der frühere Außenminister Kinkel in einem Zeitungsbeitrag in der FAZ vom 06.07.2001, S. 12 ausgedrückt. Anderer Auffassung in dieser Hinsicht: Frank Umbach:

Russland und die Nato-Osterweiterung – Integration, Kooperation oder Isolation? In: Osteuropa, Heft 4/5 2001, S. 423-440. Nach seiner – durchaus lesenswerten – Analyse sei der russische Vorwurf und jener westlicher Kritiker der NATO-Osterweiterung, daß die Nato und der Westen Russland bewußt und systematisch isoliere sowie die strategischen Interessen Russlands nicht berücksichtige, weitgehend haltlos. Zudem habe die NATO durchaus Zurückhaltung und Verständnis für die russischen Sicherheitsinteressen gezeigt (ebd., S. 438). | ▲

(129) Peter Rudolf: Optionen amerikanischer Russlandpolitik unter Präsident George W. Bush in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a..O., S. 76/77. | ▲

(130) vgl. Markus Wehner: "Es gibt keinen anderen amerikanischen Präsidenten", a.a.O. | ▲

(131) vgl. hierzu: Roger E. Kanet: Zwischen Konsens und Konfrontation: Rußland und die Vereinigten Staaten in: Osteuropa, Heft 4/5, 2001, S. 509-521, hier S. 521 | ▲

(132) ebd. | ▲

(133) vgl. Markus Wehner: "Es gibt keinen anderen amerikanischen Präsidenten", a.a.O. sowie Markus Wehner: "Die Botschaft lautet: Moskau ist zurück auf der Weltbühne" in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2001, S. 8 | ▲

(134) vgl. Markus Wehner: Ein scheinbar Liberaler in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.6.2001 | ▲

(135) Anders bewertet Wolfgang Leonhard die Intensivierung dieser Beziehungen. Leonhard schreibt: "Die Reisen Putins nach China, Nordkorea und Kuba sind nicht als Wiederherstellung der früheren ideologisch-politischen Beziehungen zu den kommunistischen Ländern zu werten, sondern dienen allenfalls dem Ziel, die eigenständige Außenpolitik Russlands zu verdeutlichen." (Wolfgang Leonhard: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.O., S. 24). | ▲

(136) DPA-Meldung vom 06.06.2001 | ▲

(137) Gudrun Wacker: China, Japan und Indien in der russischen Außenpolitik in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a. O., S. 64 | ▲

(138) ebd. | ▲

(139) Gudrun Wecker: China, Japan und Indien in der russischen Außenpolitik, a.a.O., S. 63 | ▲

(140) DPA-Meldung: China unterstützt Russlands

Bemühungen um Stabilität vom 14.06.2001. | ▲

(141) So gab es gemeinsame Gipfeltreffen mit den Präsidenten Chinas, Rußlands und den asiatischen GUS-Republiken zu diesem Thema, vgl. den Artikel von Petra Korolenko: "Jiang Zemin und Putin beraten über Zusammenarbeit" in: FAZ vom 15.06.2001. Putin und Jiang Zemin berieten hier auch zusammen mit den Staatsoberhäuptern der zentralasiatischen Staaten Kirgisien, Tadschikistan, Kasachstan, Usbekistan. Diese Treffen, die bislang ein loses Forum bildeten, sollen sich als "Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit" etablieren.(ebd.) | ▲

(142) laut DPA-Meldung vom 01.06.01, vgl. hierzu auch die GUS-Barometer der Körber-Arbeitsstelle, a.a.O. Die GUS-Barometer sind auf der Homepage der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik unter www.dgap.org/gusbar/gus.htm abrufbar. Das Verhältnis Rußlands zur GUS unter Putin wird ausführlich dargestellt in dem Artikel von Olga Alexandrova: Schwierige Restauration alter Abhängigkeiten: Rußlands Politik gegenüber der GUS in: Osteuropa, Heft 4/5 2001, S. 465. | ▲

(143) GUS-Barometer Nr. 26 vom März 2001, hrsg. von der Körber-Arbeitsstelle, a.a.O. | ▲

(144) vgl. "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O. , S. 48 und 69-73 sowie: GUS-Barometer Nr. 26, a.a.O. Außerdem den Beitrag von Peter W. Schulze: Vom Nichtverhältnis zur vorsichtigen Annäherung: Rußland und die Europäische Union in: Osteuropa Heft 4/5, 2001, S. 448 | ▲

(145) Heinz Timmermann: Soll der Westen Rußland isolieren, ignorieren oder engagieren? In: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 69. Auch Wolfgang Leonhard schreibt eindeutig, die außenpolitische Besorgnis der Putin-Führung gelte zwar der Nato-Osterweiterung, insbesondere der Einbeziehung der früher zur Sowjetunion gehörenden Staaten Estland, Lettland und Litauen, die von der russischen Führung eindeutig abgelehnt werde (und für den Fall der Aufnahme dieser Länder in die Nato werde es zu einer Verschlechterung der Beziehungen Russland – Nato, vielleicht sogar zu einer Konfliktsituation kommen). Dies gelte jedoch nicht für die EU-Osterweiterung, die "im großen und ganzen von Russland akzeptiert, teilweise sogar positiv gesehen wird." (zit. nach: Wolfgang Leonhard: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.O., S. 23). | ▲

(146) ebd. | ▲

(147) GUS-Barometer Nr. 26 vom März 2001, a.a.O. | ▲

(148) ebd. | ▲

(149) Heinz Timmermann: Soll der Westen Rußland isolieren, ignorieren oder engagieren? In: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 72 | ▲

(150) Walter Schilling: "Russlands Militärmacht" in: Internationale Politik, a.a.O., S. 24. | ▲

(151) vgl. auch die Anmerkungen von Peter W. Schulze in seinem Beitrag: Rußland und die Europäische Union in: Osteuropa, Heft 4/5, 2001, a.a.O., Fußnote 106. Putin fordert Schulze zufolge eine "Ökonomisierung" der Außenpolitik, vgl. Fußnote 100. | ▲

(152) Vladimir Putin: Rußland an der Jahrtausendwende in: Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a.O., S. 152. | ▲

(153) Äußerung von Putin, zitiert nach: Seiffert: Vladimir Putin, a.a.O., Umschlagrückseite | ▲

(154) vgl. dazu die Millenniumsrede Putins und die Anmerkungen im wirtschaftspolitischen Teil dieses Abschnittes. | ▲

(155) vgl.: Sicherheitskonzept Russlands: Wunschdenken? im Internet: www.geopowers.com/Machte/Rusland/rusland.html | ▲

(156) Markus Wehner: Von Jelzin zu Putin in: Wolkogonow: Die sieben Führer, a.a.O., S. 539 | ▲

(157) vgl. die von mir oben zitierten ausführlichen Äußerungen von Außenminister Iwanow. | ▲

(158) Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a.O., S. 94. | ▲

(159) Alexander Rahr: Wladimir Putin, a.a.O., S. 263. | ▲

(160) Wolfgang Ischinger: Die Zukunft Russlands liegt in Europa in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.07.2000, S. 12. Ebenso: Ludger Volmer: Deutschland und Rußland in Europa in: Rußland in Europa? / hrsg. vom Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, a.a.O., S. 3, worin er die Hoffnung ausdrückt, Rußland möge seine Verantwortung als europäische Macht ausüben (ebd.) sowie: Michael Thumann: Schau westwärts, Putin: Russland muss begreifen: Seine Zukunft heißt Europa in: "Zeit" vom 04.01.2001. | ▲

(161) Dieses Interesse besteht schon aus den oben erwähnten wirtschaftspolitischen Gründen und lässt sich – wie oben gezeigt wurde, auch an der neuen Außenpolitischen Konzeption (s.o.) ablesen. Vgl. auch den Absatz: "Wir sind Europäer" in: Aus erster Hand:

Gespräche mit Wladimir Putin, a.a.O., S. 196. Er sagt hier ganz deutlich: "Natürlich ist Russland kein einheitliches Land. Aber wir sind ein Teil der westeuropäischen Kultur. *Und darin liegt unser eigentlicher Wert.*" (ebd., kursiv von mir.) | ▲

(162) Sengling, Bettina. Der Schattenmann in: "Stern" vom 03.01.2000, a.a.O. | ▲

(163) zit. nach: Wolfgang Leonhard: "Was haben wir von Putin zu erwarten?" , a.a.O., S. 33 | ▲

(164) zit. nach: Aus erster Hand: Gespräche mit Wladimir Putin, a.a.O., S. 51 | ▲

(165) Wie bereits angedeutet, spricht er selber lieber von der "effektiven" Staatsmacht, zit. nach: Aus erster Hand: Gespräche mit Wladimir Putin, a.a.O., S. 207. | ▲

(166) vgl. insbesondere den ersten Abschnitt von Putins Millenniumsrede. | ▲

(167) "Ein gemachter Mann" in: Stern vom 04.05.2001. Der Artikel ist im Stern-Archiv abrufbar. Zum Begriff "vlast" siehe die Erläuterungen von Gerhard Wettig in: Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten, a.a.O., S. 47/48, vgl. Fußnote 212. | ▲

(168) Wladimir W. Putin: Rußland an der Jahrtausendwende in: Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a.O., hier S. 152/153,. Kursive Stellen von mir. | ▲

(169) So etwa in dem lesenswerten Beitrag von Margareta Mommsen: "Sphinx im Kreml: Was kann der Westen von Putin erwarten?" in: Internationale Politik, Heft Mai 2000, S. 21-22. | ▲

(170) vgl. mein außerordentlich kritisches Portrait der Jelzin-Ära in meinem Aufsatz: Rußland unter Gorbatschow und Jelzin von 1997. Unveröff. Manuskript. Mit Quellen. Aktuell dazu: Wolfgang Leonhard: "Was haben wir von Putin zu erwarten?", a.a.O., S. 12/13. | ▲

(171) Christian Schmidt-Häuer: Michail Gorbatschow. 4., völlig überarb. u. erw. Ausg.. München, 2000, S. 98. | ▲

(172) Über die Politik und Zielsetzung Andropows wie auch über die Bilanz der Breschnjew-Ära informieren zahlreiche Gorbatschow-Biographien und auch die Erinnerungen Gorbatschows. Sie sind im Rahmen dieses Vortrages jedoch nur relevant, um die Popularität Putins zu erklären. | ▲

(173) So etwa die treffende Bilanz bei Werner Adam: Das

neue Rußland, a.a.O., S. 90-105 | ▲

(174) Margareta Mommsen: Wohin treibt Rußland: Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie. München, 1996, S. 267/68 | ▲

(175) Werner Adam: Das neue Rußland, a.a.O., S. 166. | ▲

(176) ebd., S. 105 | ▲

(177) Margareta Mommsen: Wohin treibt Rußland, a.a.O., S. 293 | ▲

(178) laut Stiftung Wissenschaft und Politik. Zahlen entnommen aus: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 11 aus dem einführenden Aufsatz von Gerhard Simon: Putin als Verkörperung des "russischen Weges". Auch G. G. Diligenskij beschäftigt sich in seinem Aufsatz: "Putin und die russische Demokratie" mit den Ursachen der Popularität Putins. Das "Phänomen Putin" lasse sich nur in diesem sozialpsychologischen Kontext der heutigen russischen Gesellschaft verstehen. Das Vertrauen in Putin jedoch ausschließlich mit autoritären Neigungen des russischen Bewusstseins zu erklären, wäre zu einfach. "Bei der herrschenden Desorientierung fällt es dem heutigen Russen äußerst schwer, eine rationale politische Wahl zu treffen. Sie ist nicht möglich wegen der extremen Verschwommenheit und Unbestimmtheit des geistig-politischen Erscheinungsbildes der politischen Kräfte und Akteure, die keine Verbindung zu den Interessen der großen sozialen Gruppen haben und deren Programme und Alternativen nicht deutlich werden. Unter diesen Umständen bleibt dem einfachen Wähler nichts anderes übrig, als seine Wahl zu personifizieren und sie auf der Basis von Mutmaßungen über die persönlichen Eigenschaften der Bewerber um die Macht zu treffen, wobei der Rahmen für solche Mutmaßungen um so größer ist, je weniger die Wähler über den Kandidaten wissen." (Quelle: G. G. Diligenskij: "Putin und die russische Demokratie" in: Osteuropa, Heft 6/2000, S. 651).

Putin – so Diligenskij – sei kaum als harter autoritärer Führer zu sehen, der bereit wäre, der Gesellschaft seinen Willen aufzuzwingen und über jeden Widerstand hinwegzugehen. "Eher ist bei ihm eine Unsicherheit zu spüren, die er dadurch zu überwinden versucht, dass er an die vorherrschenden Stimmungen in der Gesellschaft appelliert. Seine hohen Zustimmungswerte bedeuten ihm sehr viel, und er will es offensichtlich nicht dazu kommen lassen, dass sie zurückgehen. In seinen Reden ist das Bemühen zu spüren, den Anhängern aller in Rußland gängigen geistig-politischen Tendenzen zu gefallen: Kommunisten und Demokraten, "Westlern" und Nationalisten." (ebd., S. 653). | ▲

(179) Wolfgang Merkel: Defekte Demokratien in: Wolfgang Merkel / Andreas Busch (Hrsg.): Demokratie in Ost und West. Frankfurt am Main, 1999, S. 361-381. Dieser Begriff wird von Klaus von Beyme als unglücklich bezeichnet, da er postuliere, dass es perfekte Demokratien geben würde (Klaus von Beyme: Systemwechsel und Demokratisierung: Russland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion. Wiesbaden, 2001. Hier S. 140) | ▲

(180) ebd., S. 367 | ▲

(181) G. O'Donnell: "Delegative Democracy" in: Journal of Democracy 5 (1994), H. 1, S. 55-96, hier zit. Nach: Margareta Mommsen. Wohin treibt Rußland, a.a.O., S. 236. Delegative Demokratie bedeutet nach Klaus von Beyme, dass die Entscheidungsbefugnis an einen mehr oder weniger charismatischen Führer, meist den Präsidenten im semipräsidentiellen oder gar dreiviertelpräsidentiellen System (wie in einigen GUS-Staaten) delegiert werde. (Klaus von Beyme: Russland zwischen Anarchie und Autokratie, a.a.O., S. 140.)

Ebenso: Margareta Mommsen: Wohin treibt Russland, a.a.O., S. 236.: "Im Unterschied zur repräsentativen Demokratie zeichnet sich dieser Systemtyp durch weitgehende Übertragung von Macht und Verantwortung auf einen Präsidenten aus, der aufgrund schwacher Institutionen in seinen Handlungen unkontrolliert bleibt, sich auf Technokraten stützt und die Traditionen paternalistischer Herrschaft fortsetzt." (ebd.)

Russland kann aufgrund der starken Vollmachten des russischen Präsidenten nicht als semipräsidentiales System bezeichnet werden. Es ist vielmehr als präsidentielles Modell mit semi-präsidentiellen Elementen zu bezeichnen (so zutreffend Ulrich Widmaier/Andrea Gawrich/ Ute Becker: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas: Ein einführendes Lehrbuch. Opladen, 1999, hier S. 28).

Ebenso: Wolfgang Merkel: Systemtransformation. Opladen, 1999, S. 455. Merkel unterscheidet folgende Regierungstypen: Parlamentarische Regierungssysteme (Ungarn), parlamentarisch-präsidentielle Systeme (Polen), Präsidentiell-parlamentarische Mischsysteme (Russland) und Präsidentielle Regierungssysteme (Weißrußland). Vgl.: Kapitel 3.1, S. 444-469. Er schreibt: "Im präsidentiell-parlamentarischen Regierungssystem ist die Position des Staatspräsidenten sowohl bei der Bestellung des Regierungschefs als auch bei der Abberufung der Regierung stärker herausgehoben als in parlamentarisch-präsidentiellen Mischsystemen." (ebd., S. 455). Einzelheiten des russischen Regierungssystems vgl. Eberhard Schneider: Das

politische System der Russischen Föderation : eine Einführung. – Opladen, 1999.

Einzelheiten des russischen Regierungssystems habe ich in meinem Aufsatz. "Russland unter Gorbatschow und Jelzin, a.a.O. ausgeführt. Obwohl Margareta Mommsen vom "Superpräsidialismus" unter Jelzin spricht (so etwa in ihrem Aufsatz: "Das System Jelzin: Struktur und Funktionsweise des russischen "Superpräsidialismus" in: "Demokratie in Ost und West" /hrsg. von Wolfgang Merkel u. Andreas Busch, a.a.O., S. 290-309), kann dieser nicht als "starker" Präsident angesehen werden (so richtig: G. G. Diligenskij: Putin und die russische Demokratie in: Osteuropa, Heft 6/2001, hier S. 648, der – in Anlehnung an westliche Forscher, von einer "hybriden" Mischform spricht, ebd.).

Putin hingegen gilt als "starker" Präsident, was – wie noch gezeigt werden wird, eine Ursache seiner anhaltenden Popularität ist (so Markus Wehner: Von Jelzin zu Putin in: Dimitri Wolkogonow: Die sieben Führer, hier S. 541). | ▲

(182) ein Begriff, den laut Margareta Mommsen der russische Politikwissenschaftler Sergej Markow verwendet, um die Eigenschaften des Putin-Regimes, welches seine Popularität auf das von den gleichgeschalteten Medien produzierte Image zurückführt, beschreibt. Quelle: Margareta Mommsen: "Sphinx im Kreml" in: Internationale Politik, Heft Mai 2000, a.a.O., S. 21-22 | ▲

(183) Margareta Mommsen: Wohin treibt Rußland, a.a.O., S. 235. Dieses Phänomen beschreibt am deutlichsten Andrej J. Melwil in seinem Aufsatz: Russland im neuen Jahrtausend: Demokratie oder Oligarchie, Autoritarismus oder Plutokratie? in: Die Zukunft Russlands: Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise / Peter W. Schulze; Hans-Joachim Spanger (Hg.). Frankfurt 2000. Er schreibt: "Der Autoritarismus von heute geht weit über die bekannten autoritären Neigungen der Staatsmacht hinaus...Bei aller gebotenen Zurückhaltung gegenüber voreiligen Prognosen lässt sich jedenfalls nicht zuverlässig ausschließen, dass Umstände zusammentreffen könnten, unter denen sich die gegenwärtige russische Macht autoritär wandeln oder auf der Welle einer breiten populistischen Reaktion auf die schwierige sozialökonomische Wirklichkeit in die Hände irgendeines autokratischen Retters übergehen könnte." (ebd., S. 63). Der Aufsatz wurde noch zur Zeit Jelzins verfasst. Aber genau dies scheint mir eine Erklärung für Putins Popularität zu sein: er scheint für die Bevölkerung und die nicht demokratisch geprägten Eliten (deren Fehlen G. G. Diligenskij in seinem oben erwähnten Aufsatz:

Putin und die russische Demokratie in: Osteuropa, Heft 6/2001 als entscheidenden Faktor für die nicht erfolgte konsequente demokratische Entwicklung in Russland verantwortlich macht (ebd., S. 649)) offenbar nicht nur als starker, handlungsfähiger Präsident, sondern vielleicht tatsächlich als "autokratischer Retter" /Melwil) wahrgenommen zu werden. | ▲

(184) So Boris Orlov: Das Problem des "Großmachtdenkens" in der russischen Geschichte in: Osteuropa, Heft 6/2001, S. 671 und Otto Luchterhand: "Starker Staat" Russland : Putins ehrgeiziges Programm in: Internationale Politik, Heft 5/2000, a.a.O., S. 13/14. Anderer Meinung ist G. G.Diligenskij in: Putin und die russische Demokratie in: Osteuropa, Heft 6/2001. Er schreibt auf den Seiten 652 und 653 in diesem Aufsatz, der bürokratische Pragmatismus Putins bedeute keine Gleichgültigkeit in bezug auf Werte und Ideologie, und der bedeute auch keinen Zynismus. Er befürworte weder einen autoritären oder demokratischen Entwicklungsweg für Rußland. Putin sei in den Fragen der Demokratie und des Autoritarismus einfach indifferent, diese Probleme seien für ihn sekundär im Vergleich zu seinen Hauptzielen und Werten: Etatismus und Großmachtstatus.

Immerhin stimme ich Diligenskij darin zu, dass Putin den Wert der Demokratie nicht verinnerlicht hat. Ich folge ansonsten der im ersten Kapitel angedeuteten Argumentation von Otto Luchterhand: "Starker Staat" Russland. Putins ehrgeiziges Programm" in: Internationale Politik Heft 5/2000, a.a.O., S. 13/14." | ▲

(185) Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a.O., S. 84. | ▲

(186) Alle diese Äußerungen Putins sind entnommen aus seiner Millenniumsbotschaft: Wladimir W. Putin: "Rußland an der Jahrtausendwende" in: Wolfgang Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a.O., hier S: 149-151. | ▲

(187) Jutta Scherrer: "Die Erfindung von Russlands Größe: Vladimir Putins Doktrin vom mächtigen Staat ist am Ende. Sie war ohnehin nichts als eine rückwärts gewandte Utopie" in: "Die Zeit", Heft 23/2000, hier entnommen aus dem Internet unter: www.zeit.de/ | ▲

(188) Ebd., vgl. auch die obigen Äußerungen von Margareta Mommsen in ihrem Buch: Wohin treibt Rußland, insbesondere S. 248 und 287. | ▲

(189) Boris Orlov: Das Problem des "Großmachtdenkens" in der russischen Geschichte in: Osteuropa, Heft

6/2001, S. 657-671, hier S. 671. | ▲

(190) Jutta Scherrer: "Die Erfindung von Russlands Größe", a.a.O. | ▲

(191) Gerhard Simon: Putin als Verkörperung des "russischen Weges" in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 11 | ▲

(192) Markus Wehner: Von Jelzin zu Putin in: Dimitri Wolkogonow: Die sieben Führer, a.a.O., S. 541, ebenso der gleiche Autor in: Putin ist der Gefangene seiner Popularität in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.06.2001, so auch: GUS-Barometer Nr. 25, November 2000, a.a.O. und Gerhard Simon: "Putin als Verkörperung des russischen Weges" in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 11. In der "gewissen Stabilisierung" sieht – bei allen Gefahren – auch Wolfgang Leonhard ein Verdienst Putins. Vgl. Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten?, a.a.O., hier S. 17. Dieser Feststellung kann ich als Referent teilweise zustimmen. Aber wenn Stabilisierung zur Friedhofsruhe wird – oder – weniger polemisch wie Gerhard Simon es ausdrückt – zur Stagnation, wird es – finde ich – gefährlich für die demokratische Entwicklung in Russland. | ▲

(193) Bilanz nach Gerhard Simon: "Putin als Verkörperung des russischen Weges" in: "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 11/12 | ▲

(194) So die vorsichtig-abwägende Bilanz von Wolfgang Leonhard im Januar 2001 in: Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten?, a.a.O., S. 18. | ▲

(195) So Simon in: ebd. Andere Auffassungen über die Außenpolitik, insbesondere ihre Fixierung auf alte Machtkategorien von Einflusszonen, Nullsummenlösungen und geostrategischen Positionen bei Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin, insbesondere S. 143, wo ausdrücklich von "größerem Pragmatismus und größerer Flexibilität im Verhältnis zum Westen" anstelle von größerer Distanz zum Westen gesprochen wird.

Eine andere Auffassung über die Rolle der Machtpolitik in den außenpolitischen Beziehungen vertritt insbesondere Peter W. Schulze: "Vom Nichtverhältnis zur vorsichtigen Annäherung: Rußland und die Europäische Union" in: Osteuropa, Heft 4/5 2001, S. 449, wo von "Ökonomisierung der Außenpolitik" gesprochen wird und S. 451.

Vgl. auch hierzu die wegweisenden Aufsätze von Außenminister Iwanow in: Internationale Politik, Heft 5/2001, S. 96-99 sowie noch deutlicher in seinem Aufsatz: "Neue Prioritäten russischer Außenpolitik" in: Internationale Politik, Heft 8/2000, S. 65-70, in dem er die Außenpolitik unter Putin nach der Erstellung der

"Außenpolitischen Konzeption" vom Sommer 2000 erläutert, die nach wie vor auf Partnerschaft und Zusammenarbeit mit dem Westen gerichtet sei: "Für unsere ausländischen Partner und die ganze Weltgemeinschaft bedeutet das, dass sie in Russland einen zuverlässigen, verantwortungsvollen und kalkulierbaren Partner haben werden, der zur Entwicklung der langfristigen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in Interesse der sicheren Zukunft Europas und der Welt bereit ist." (ebd., s. 70).

Auch Margareta Mommsen spricht in ihrem Aufsatz: "Sphinx im Kreml" in: Internationale Politik, Heft 5/2000, S. 21-22 ausdrücklich davon, die Imperative einer ökonomischen Modernisierung gingen in Richtung einer wieder stärkeren Annäherung an die USA wie an die Europäische Union. Allerdings werde es nicht zur Neuauflage der sogenannten "romantischen" russischen Außenpolitik kommen, wie sie in ihrem Drängen nach einer starken Westbindung für die Anfänge der Ära Jelzin und für den Außenminister Andrej Kosyrew charakteristisch waren. (ebd. S. 22). Man kann also meiner Meinung nach zusammenfassend sagen, dass die Annäherung an den Westen aus ökonomischen Zwängen der Außenpolitik und nüchternen rationalen Erwägungen resultiert und damit der nüchternen, pragmatischen Denkweise Putins entgegenkommt. Die Annäherung an den Westen ist also für ihn eine Sache der Vernunft und keine "Herzensangelegenheit". | ▲

(196) zit. nach: Gerhard Simon: "Putin als Verkörperung des "russischen Weges?" in. "Ein Jahr Präsidentschaft Putin", a.a.O., S. 12. | ▲

(197) Anna Wolff-Poweska: "Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften" in: "Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, S. 35-54, zit. nach: Margareta Mommsen: "Delegative", "halbierte" und "Nomenklaturea"-Demokratien. Zu den Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen demokratischer Gemeinwesen in Osteuropa" in: Systemwechsel und Demokratisierung / Gert-Joachim Glaebner / Michal Reiman (Hrsg.), S. 233-271, hier S. 251. | ▲

(198) Was für mich kein Wunder ist: Rußland hat in seiner politischen Kultur in diesem Jahrhundert zunächst eine autokratische Monarchie, dann die Diktatur des Kommunismus erlebt. Die demokratischen "Erfahrungen" beschränken sich auf die Zeit des Umbruches zwischen Februar- und Oktoberrevolution 1917, also zu jener Zeit ganze 9 Monate zwischen Abdankung des Zaren und dem kommunistischen Umsturz und auf die Zeit nach dem Amtsantritt Gorbatschows 1985, dessen Perestroika zu einer Demokratisierung führte, die dann unter Jelzin

zu formal demokratischen Strukturen mit demokratischen Wahlen führte.

Dennoch hatte das Jelzin-Regime demokratische Defizite. Die Politikwissenschaft spricht nicht umsonst in Anlehnung an Wolfgang Merkel von der "defekten Demokratie" in Rußland (s.o.).

Vgl. hierzu auch: Boris Orlov: Das Problem des "Großmachtdenkens" in der russischen Geschichte in: Osteuropa, Heft 6/2001. Er schreibt: "Allein im 20. Jahrhundert veränderte sich das politische System dreimal: die Abschaffung der Autokratie im Ergebnis der demokratischen Februarrevolution von 1917; die Schaffung eines politischen Einparteiensystems, das von Oktober 1917 bis August 1991 existierte; die Proklamierung einer demokratischen Republik mit einem mit großen Vollmachten ausgestatteten Präsidenten an der Spitze, die schon im achten Jahr existiert, wenn man die Wahl El'cins zum ersten Präsidenten Russlands im Juni 1991 als Ausgangspunkt nimmt." (Zitat ebd., S. 658). Er führt die "strukturellen Defizite des russländischen Staates" darauf zurück, dass während der gesamten Periode der russländischen Autokratie, die durch das Tatarenjoch verschärft worden sei, keine Staatsverfassung verabschiedet worden sei, in der die Wechselbeziehungen zwischen der Staatsmacht und der Bevölkerung geregelt worden wäre. | ▲

(199) vgl. hierzu: Werner Sörgel: Die Transformation der Identität: russische Widersprüche in fünf Generationen: in: Die Zukunft Russlands, a.a.O., S. 241-271. | ▲

(200) So die Beschreibung von Andrej J. Melwil: Russland im neuen Jahrtausend: Demokratie oder Oligarchie, Autoritarismus oder Plutokratie? in: Die Zukunft Russlands, a.a.O., hier S. 63. | ▲

(201) Diesen Begriff prägte Richard Pipes, um die Ursachen des autokratischen russischen Staates zu beschreiben. Den Begriff zitiere ich hier nach: Christian Schmidt-Häuer: Russland im Aufruhr, a.a.O., S. 77. Vgl. hierzu auch: Tim Guldemann: Moral und Herrschaft in der Sowjetunion : Erlebnis und Theorie. Frankfurt, 1984, hier S. 48, vgl. die informativen Kapitel bei Guldemann, S. 47-50: Die Erbschaft des patrimonialen Staates sowie: Die Wurzeln des patrimonialen Staates. Auch Guldemann entlehnt den Begriff von Pipes: Russland vor der Revolution. München, 1977. | ▲

(202) Werner Adam: Das neue Rußland, a.a.O., S. 166, Margareta Mommsen: Wohin treibt Rußland, a.a.O., S. 287 | ▲

(203) Wladimir W. Putin: "Rußland an der Jahrtausendwende" in: Seiffert: Wladimir W. Putin,

a.a.O., S. 153 | ▲

(204) zit. nach: Bettina Sengling: Der Schattenmann, a.a.O. | ▲

(205) G. G. Diligenskij: "Putin und die russische Demokratie" in: "Osteuropa", Heft 6/2001, S. Diese von Diligenskij - und auch von mir nach Analyse von Putins Millenniumsrede angebotene Deutung, auch Putin habe die Demokratie nicht verinnerlicht, ist "wohlwollend" insofern, als sie Putin Ehrlichkeit in seinen Absichten unterstellt. Die andere Variante wäre die, die Diskrepanz zwischen Putins Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat einerseits und seinen erkennbaren Handlungen in diesem Jahr andererseits darauf zurückzuführen, dass Putin es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt und seine Kritiker in Geheimdienstmanier als Feinde betrachtet, die man schlicht belügen könne.

Deutlich wird dieser Disput in den Ansichten zwischen Wolfgang Leonhard und Irina Scherbakowa in: Wolfgang Leonhard: Was haben wir von Putin zu erwarten? Vgl. hierzu die Anmerkungen in Fußnote 15. Während Leonhard Putin Glaubwürdigkeit unterstellt und ihn nur für widersprüchlich hält, (vgl. ebd., S. 54), hält ihn Irina Scherbakowa für undurchschaubar und unglaubwürdig. (ebd., S. 33). Wettig geht in der gleichen Publikation von der "Mehrgesichtigkeit" Putins aus: "Er hat schließlich viele heimische Adressatengruppen zu bedienen. Bei den vielen Rollen, die er spielt und den vielen Gesichtern, die er aufsetzt, bin ich nicht sicher, was er wirklich denkt und beabsichtigt." (ebd., S. 45).

Auch Diligenskij schreibt, Putin achte auf die Stimmungen in der Gesellschaft und in seinen Reden sei das Bemühen zu spüren, den Anhängern aller in Rußland gängigen geistig-politischen Tendenzen zu gefallen. (G. G. Diligenskij: Putin und die russische Demokratie in: Osteuropa, Heft 6/2001, hier S. 653). Aber auch Diligenskij geht zwar von Unsicherheit, jedoch Ehrlichkeit Putins in seinen Absichten aus und teilt voll und ganz die Position Leonhards. Welche der beiden Varianten korrekt ist, wird die Zukunft sicherlich zeigen. Wie oben bereits angedeutet, teile ich allerdings nicht Diligenskij's Ansicht, Putin befürworte weder einen autoritären noch einen demokratischen Entwicklungsweg, sondern teile hier die Auffassung Luchterhands, dass sich Russland unter Putin auf einen autoritären Entwicklungsweg begibt. (Quelle: G. G. Diligenskij: Putin und die russische Demokratie in: Osteuropa, Heft 6/2001, S. 647-656, hier S. 653) | ▲

(206) Markus Wehner: "Als Junge wollte Putin für sein Vaterland Heldentaten vollbringen" in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.03.2000 | ▲

(207) Für ein konservatives Weltbild spricht neben der

Propagierung der "russischen Idee" auch die explizierte Berufung auf populäre patriotische Werte in seiner Millenniumsrede (Wladimir W. Putin: "Rußland an der Jahrtausendwende" in: Seiffert: Wladimir W. Putin, a.a. O., S. 151/152).

Auf diese Hinwendung zum Patriotismus weist Margareta Mommsen: "Sphinx im Kreml" in: Internationale Politik, Heft Mai 2000, a.a.O., S. 21 ausdrücklich hin. Nach Ernst –Otto Czempiel: "Friedensstrategien" ist die explizite Hervorhebung dieser Werte ein Zeichen, dass das demokratisch-republikanische Herrschaftssystem eben noch nicht voll ausgebildet sei, es sich also um ein autoritäres Regime handele (Ernst-Otto Czempiel: "Friedensstrategien", Wiesbaden, 1998, S. 174/175.) | ▲

(208) ebd. Dies ist ja ebenfalls die Auffassung von Diligenskij in: "Putin und die russische Demokratie" in: Osteuropa, Heft 6/2001, a.a.O., hier insbesondere S. 653. | ▲

(209) Margareta Mommsen: Wohin treibt Rußland?, a.a.O., S. 294 | ▲

(210) Kursiv von mir. Vgl. auch die oben gemachten Anmerkungen von Andrej J. Melwil: Russland im neuen Jahrtausend: Demokratie oder Oligarchie, Autoritarismus oder Plutokratie? in: Die Zukunft Russlands, a.a.O., insbesondere S. 61-66. | ▲

(211) Margareta Mommsen: Wohin treibt Rußland?. A.a.O., S. 300 | ▲

(212) Dafür spricht, dass in Russland die soziologischen Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung geschaffen worden sind: dies sind nach Diligenskij:

1. schon bestehende demokratische Institutionen, die von der Mehrheit der Bürger Russlands als nicht rücknehmbare Normen des gesellschaftlichen Lebens anerkannt sind;
2. 20-25% der Bürger Russlands befürworten eine Entwicklung des Landes nach dem Modell der westlichen Demokratie unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten. Dies sind die jungen, aktiven Schichten der städtischen Bevölkerung mit hoher Bildung und Kultur. Dieser Anteil dürfte mit dem Generationswechsel in der russischen Bevölkerung zunehmen.
3. Das Unvermögen der Staatsmacht, im Interesse der Mehrheit der Gesellschaft zu handeln, könne im Prinzip eine breite demokratische Opposition ins Leben rufen. Dies könne der Fall sein, wenn sich die wirtschaftliche und soziale Krise verschärfen sollte.

4. Die Verbindung Russlands mit der zivilisierten europäischen (bzw. atlantischen) Welt sei eine exogene Voraussetzung für die Demokratisierung (zit. nach: G.G. Diligenskij: Putin und die russische Demokratie in: Osteuropa, Heft 6/2001, S. 648/649).

Pessimistischer, was die Demokratisierung Russlands angeht, argumentiert Andrej J. Melwil: Russland im neuen Jahrtausend: Demokratie oder Oligarchie, Autoritarismus oder Plutokratie? in: Die Zukunft Russlands, a.a.O., der aber auch im Aufkommen einer Mittelklasse ähnlich wie im Westen die soziale Basis der Demokratie erblickt (Melwil, a.a.O., S. 52). Trotz der Entwicklung zu oligarchischen Strukturen der Machtbeziehungen, die Melwil als Haupthindernis für die demokratische Entwicklung des Landes betrachtet (S. 64/65) und der Kontinuität autoritärer Traditionen (S. 63) verlief die Entwicklung Russlands keineswegs eindimensional, sondern weise vielfältige und auch widersprüchliche Facetten auf: "Die Demokratisierungsprozesse der achtziger und neunziger Jahre in Russland haben insoweit einen weiteren Vektor in die demokratische Entwicklung eingeführt – mit offenem Ausgang." (ebd., S. 66.)

Vollkommen pessimistisch argumentiert Gerhard Wettig in: Wolfgang Leonhard: Was haben wir unter Putin zu erwarten, a.a.O., S. 45-46. Er sagt: "Weiterhin fehlt als Hintergrund eine Zivilgesellschaft, das heißt ein Bürgertum, das aufgrund eigener Leistungen und eigener wirtschaftlicher Errungenschaften auf eigenen Füßen stünde und ein Selbstbewußtsein gegenüber der Staatsmacht hätte. In Russland steht nach wie vor allein die Staatsmacht im Vordergrund. Schon das dafür verwendete Wort "Vlast" hat einen ganz anderen Klang als bei uns die Begriffe Staat und staatliche Gewalt. Es bezeichnet die einschränkungslose Gewalt, die dem Herrscher – dem "gosudar", von dem sich der Staat ("gosudarstvo") herleitet – über die Bevölkerung verliehen ist...Diese Vorstellung lässt grundsätzlich keinen Raum für Beschränkung und Teilung der staatlichen Gewalt." (ebd.)

Es seien keine zivilgesellschaftlichen sozialen Strukturen entstanden, die Oligarchen verdankten ihre wirtschaftliche Macht und Vergünstigung ihren Verbindungen zur Staatsmacht, also der "Begünstigung durch die "Gewalten"". Auch das Fehlen von echten Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) , die Gefährdung der Pressefreiheit sowie das Fehlen eines demokratischen Bewußtseins in breiten Schichten der Bevölkerung sei für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft nicht förderlich (ebd., S. 49). An diesen Beispielen wird deutlich, wie pessimistisch die Situation in Russland unter Putin gesehen wird.

Langfristig halte ich jedoch die oben erwähnte Prognose von Margareta Mommsen – schon aufgrund der von Diligenskij oben erwähnten soziologischen Voraussetzungen für die Demokratisierung – nach wie vor für zutreffend. | ▲

⁽²¹³⁾ Alternative Entwicklungsszenarien hat Wolfgang Leonhard in seinem Buch: Spiel mit dem Feuer skizziert: Wolfgang Leonhard: Spiel mit dem Feuer: Russlands schmerzhafter Weg zur Demokratie. Bergisch-Gladbach, 1996. In Anlehnung an Leonhard habe ich in meinem Aufsatz: Russland unter Gorbatschow und Jelzin: Der politische Wandel in Russland 1985-1996 in Kapitel 7 Stellung bezogen.

Ich erörterte dort neben der Weiterentwicklung zur Zivilgesellschaft folgende Varianten: Rückkehr zum Sowjetsystem, Militärputsch oder Militärdiktatur, Bürgerkrieg zwischen den GUS-Ländern, Zerfall Russlands und Wiederholung der "jugoslawischen Zustände." Diese dort erörterten Entwicklungen scheinen mir unter Putin noch unwahrscheinlicher als unter Jelzin, da – wie ausführlich geschildert – unter Putin eine gewisse Stabilisierung Russlands zu beobachten ist.

Die von mir skizzierte Rückkehr zum patrimonialen Staat mit begrenztem Pluralismus, die ich damals schon als mittelfristig, nicht langfristig, wahrscheinlichste Entwicklungsperspektive benannt hatte, scheint unter Putin einzutreten. Ich schrieb damals: "Russland wurde immer von Personen regiert, seine Institutionen waren immer schwach. Die Sehnsucht nach einem starken Mann und einer sinnstiftenden Ideologie ist groß. Das System legitimiert sich durch Rückgriffe auf die "ruhmreiche" Vergangenheit (vgl. der Wiedereinführung der alten sowjetischen Hymne unter Putin), dem Bekenntnis zur russisch-orthodoxen Kirche und dem Sieg im Zweiten Weltkrieg. Der von der Jelzin-Führung im August 1996 ausgeschriebene Wettbewerb, der die besten Vorschläge für eine neue nationale Ideologie belohnt, zeugt von der Suche nach ungebrochener Legitimität. Die demokratischen Entwicklungen werden allerdings nicht rückgängig gemacht werden, die Elite und die Bevölkerung gewöhnen sich zunehmend an demokratische Spielregeln. Allerdings scheint die Entwicklung aus den genannten Gründen das bestehende Präsidialsystem zu konservieren, ein parlamentarisches System ist aufgrund der institutionellen Schwächen unwahrscheinlich." Trotz für mich besorgniserregender autoritärer Entwicklungstendenzen unter Putin halte ich an diesen Sätzen weiterhin unverändert fest. | ▲



